

# STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

21. JAHRGANG

JUNI 1968



## INHALT

Seite

Sozialprodukt und wirtschaftliche Leistung der Bereiche im Jahre 1967	133
Die Elektrizitätsversorgung im Jahre 1966 und ihre Entwicklung seit 1950	140
Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. Dezember 1967	150
Aufwand der Sozialhilfe im Jahre 1967	155
Haltung von Zuchtsauen im Dezember 1967	159
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	41*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	47*



HERAUSGEBER  
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS



In Kürze erscheint das

## Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland-Pfalz 1968

Umfang 378 Seiten, Oktavformat, Preis: Karton DM 8,—, Leinen DM 10,—



Das Taschenbuch enthält vor allem die statistischen Ergebnisse der Haushaltsrechnungen 1966, des Personal- und Schuldenstandes, der kommunalen Steuereinnahmen und Hebesätze 1967 sowie der Schlüsselzuweisungen und Realsteuerkraft 1968. Daneben sind ausgewählte Resultate der Steuerstatistiken und Vergleichszahlen der Bundesländer zu finden.

Das Werk bringt in detaillierter Gliederung die gesamten Finanzen des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die wichtigsten Resultate der Gemeindefinanzstatistik und die Berechnungsgrundlagen der Schlüsselzuweisungen sind  
für alle Gemeinden

einzeln nachgewiesen. Dadurch sind instruktive Vergleiche unter den Gebietskörperschaften möglich. Das handliche Nachschlagewerk ist auf die Bedürfnisse aller Verwaltungszweige zugeschnitten.

### Zeichenerklärungen

- |                                                                                      |                        |
|--------------------------------------------------------------------------------------|------------------------|
| — = nichts vorhanden                                                                 | Ø = Durchschnitt       |
| 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit | p = vorläufige Angabe  |
| . = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich     | r = berichtigte Angabe |
| .. = Angabe sachlogisch nicht möglich                                                | s = geschätzte Angabe  |
| ... = Angabe fällt später an                                                         |                        |

### STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND - PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland - Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland - Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,—; Jahresabonnement DM 20,—; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## RHEINLAND-PFALZ

21. Jahrgang

Heft 6

Juni 1968

### Sozialprodukt und wirtschaftliche Leistung der Bereiche im Jahre 1967

Das Bruttoinlandsprodukt von Rheinland-Pfalz erreichte 1967 den Wert von 25,0 Mrd. DM, was eine Steigerung um 5,4% gegenüber 1966 bedeutet. Mit dieser Wachstumsrate liegt Rheinland-Pfalz - wesentlich deutlicher noch als im Jahr zuvor, in dem es ebenfalls den höchsten Zuwachs verzeichnen konnte - an der Spitze der Bundesländer. Die Meßzahl auf Basis 1960 = 100 belief sich auf 180. Im Bundesgebiet war die wirtschaftliche Entwicklung indessen noch von der 1966 einsetzenden Konjunkturabschwächung geprägt: insgesamt betrug hier die Zuwachsrate des nominellen Bruttoinlandsprodukts + 0,6%, wobei der Tiefpunkt im 1. Halbjahr lag, dessen Wert den entsprechenden von 1966 um 0,1% unterschritt<sup>1)</sup>. Die Meßzahl für das Bundesgebiet bezifferte sich auf 163. Schaltet man die Preiseinflüsse aus, so beläuft sich der reale Zuwachs (Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Preisen von 1954) in Rheinland-Pfalz sogar auf + 5,8%, während im Bundesdurchschnitt mit einer Veränderungsrate von - 0,1% ein ganz leichter Rückgang eintrat. Seit 1960 ist, bei realer Betrachtungsweise, das rheinland-pfälzische Bruttoinlandsprodukt um 44% angestiegen, das des Bundesgebietes dagegen nur um 31%. Damit konnte Rheinland-Pfalz seinen Anteil am nominellen Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebietes auf 5,2%, am realen sogar auf 5,3% steigern. 1960 hatten die Vergleichswerte noch bei 4,7 bzw. 4,8% gelegen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von nominell 6 896 DM und real DM 4 840 haben sich die Pro-Kopf-Werte dem Bundesdurchschnitt weiter genähert. Bemerkenswert an diesen Ergebnissen ist neben der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, die Rheinland-Pfalz eine gewisse Sonderstellung unter den Ländern des Bundesgebietes einräumt, vor allem auch die Tatsache, daß erstmals seit 1953 der reale Zuwachs höher war als der nominelle, das heißt, daß sich in den vorausgeschätzten Werten des Sozialprodukts 1967 nach fast 15 Jahren zum ersten Mal wieder ein Preisrückgang ausdrückt, der allerdings, wie die weitere Untersuchung zeigt, aus den Ergebnissen für nur ganz bestimmte Bereiche resultiert.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die Höhe des Bruttoinlandsprodukts 1967 waren die Impulse, die von der industriellen Produktion und von der Ausfuhr auf das wirtschaftliche Geschehen ausgingen. Der Index der industriellen Produktion auf Basis

1958 erhöhte sich 1967 auf 224, was einer Produktionssteigerung von 7,9% gegenüber 1966 entspricht. Die höchste Zuwachsrate unter den Industriehauptgruppen verzeichneten mit + 26,3% die Investitionsgüterindustrien, und hier vor allem der Straßenfahrzeug- und der Maschinenbau, deren Produktion um 63,4 bzw. 18,9% größer war als im Jahr zuvor, was in der Hauptsache auf die Neuansiedlung einiger großer Betriebe des Büromaschinenbaues und der Kraftfahrzeugbranche zurückzuführen ist. Die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien weiteten ihre Produktion ebenso wie die Nahrungs- und Genussmittelindustrien um 6,1% aus, während die Verbrauchsgüterindustrien eine Produktionsminderung um 3,5% hinnehmen mußten. Im gleichen Zeitraum ging die industrielle Produktion des Bundesgebietes (ohne West-Berlin) um 2% zurück. Der Index belief sich hier 1967 auf 157.

Der Export dehnte sich im Jahre 1967 um 18,7% aus (Bundesgebiet + 8,0%). Damit hat sich der Anstieg des Vorjahres (+ 26,2%) zwar nicht wiederholt, doch knüpft der genannte Wert an die hohen Zuwachsraten Mitte der 50er Jahre an. Neben der als Folge des engeren wirtschaftlichen Zusammenschlusses anzusehenden Ausweitung der Ausfuhr in EWG-Länder (+ 21,9%) muß vor allem die bemerkenswerte Exporttätigkeit der rheinland-pfälzischen Wirtschaft nach den Ostblockländern hervorgehoben werden, deren Volumen 1967 um mehr als 50% über dem des Jahres 1966 und damit erstmals höher lag als der Export in die Vereinigten Staaten. Frankreich vermehrte den Import rheinland-pfälzischer Waren um mehr als ein Viertel auf 645 Mill. DM und blieb damit weiterhin wichtigstes Exportland für Rheinland-Pfalz. Auch Italien als zweitgrößter Abnehmer steigerte den Import rheinland-pfälzischer Produkte beachtlich (+ 36,5%).

Daß in Rheinland-Pfalz die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen höher war als die in jeweiligen Preisen - in den elf Ländern des Bundesgebiets trifft dies außerdem nur noch für Bremen zu -, hat seine Ursachen in den besonderen strukturellen Gegebenheiten des Landes. In Rheinland-Pfalz sind zwei Wirtschaftsbereiche mit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Anteilsquoten an der Entstehung des Sozialprodukts beteiligt: der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei - und hier insbesondere der Weinbau - sowie das Baugewerbe. Gerade in diesen beiden Bereichen aber sind im vergangenen Jahr

<sup>1)</sup> Vgl. G. Hamer und Mitarbeiter: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1967. Wirtschaft und Statistik, Jg. 1968, Heft 2, Februar 1968.



Jahr	Rheinland-Pfalz					Bundesgebiet			
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	Anteil am Bundes- ergebnis in %	DM je Einwohner	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1960=100	DM je Einwohner
BIP in jeweiligen Preisen									
1960	13 888	10,8	100	4,7	4 108	296 640	.	100	5 351
1961	15 300	10,2	110	4,7	4 478	326 600	10,1	110	5 814
1962	16 505	7,9	119	4,7	4 774	354 880	8,7	120	6 233
1963	18 174	10,1	131	4,8	5 202	377 960	6,5	127	6 563
1964	19 842	9,2	143	4,8	5 622	414 600	9,7	140	7 116
1965	21 751	9,6	157	4,8	6 097	453 830	9,5	153	7 691
1966 <sup>p</sup>	23 677	8,9	170	4,9	6 573	481 510	6,1	162	8 074
1967 <sup>s</sup>	25 000	5,4	180	5,2	6 896	484 400	0,6	163	8 090
BIP in Preisen von 1954									
1960	12 173	9,0	100	4,8	3 600	254 980	.	100	4 600
1961	12 777	5,0	105	4,7	3 739	269 170	5,6	106	4 792
1962	13 055	2,2	107	4,7	3 776	280 180	4,1	110	4 921
1963	13 888	6,4	114	4,8	3 975	289 860	3,5	114	5 033
1964	14 990	7,9	123	4,8	4 247	309 400	6,7	121	5 310
1965	15 838	5,7	130	4,8	4 440	326 810	5,6	128	5 538
1966 <sup>p</sup>	16 556	4,5	136	5,0	4 596	334 160	2,2	131	5 603
1967 <sup>s</sup>	17 500	5,8	144	5,3	4 840	333 900	- 0,1	131	5 577

besonders augenscheinliche Preisrückgänge zu verzeichnen gewesen. Der auf Bundesebene für das Kalenderjahr 1967 berechnete Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Basis 1961/62 bis 1962/63 = 100) liegt mit 105,2 um fast 8 Punkte unter dem des Kalenderjahres 1966. Allein der Gelderlös aus Weinmostverkäufen fiel von 135 DM je Hektoliter im Jahre 1966 um fast ein Drittel auf 91 DM im vergangenen Jahr, wobei die Weißweinsorten (Rückgang von 140 auf 94 DM) wesentlich stärker betroffen waren als die Rotweinsorten (Rückgang von 89 auf 72 DM). Auch für die Entwicklung der seit Anfang der 50er Jahre rapide ansteigenden Baupreisindizes des Bundesgebiets brachte das Jahr 1967 eine Umkehrung: der Gesamtbaupreisindex für Wohngebäude (Basis 1962 = 100) ging von 116,1 im Jahre 1966 auf 113,8 im Durchschnitt des Jahres 1967 zurück.

### 1. Land- und Forstwirtschaft

Das Bruttoinlandsprodukt des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei vermochte im Jahre 1967 trotz Rekordernten den Höchststand des Vorjahres (1,472 Mrd. DM) nicht wieder zu erreichen, sondern nahm geringfügig um 0,8% ab. Die Beteiligung der Land- und Forstwirtschaft an der wirtschaftlichen Leistung aller Bereiche ging auf 5,8% zurück und ist damit erstmals in der Nachkriegszeit unter die 6%-Grenze gesunken. Einen höheren Anteil an der wirtschaftlichen Leistung hat die Landwirtschaft nur noch in Schleswig-Holstein (9,5%), Niedersachsen (8,7%) und in Bayern (5,9%). Am gesamten Bruttoinlandsprodukt der Land- und Forstwirtschaft im Bundesgebiet ist Rheinland-Pfalz aus diesem Grunde überdurchschnittlich hoch mit 7,1% beteiligt. Zwar liegen die Angaben über das Bruttoinlandsprodukt der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft in konstanten Preisen für das Jahr 1967 zur Zeit noch nicht vor, doch läßt sich anhand der Ergebnisse über Ernten und tierische Produktion mit ziemlicher Bestimmtheit sagen, daß bei realer Betrachtungsweise ein nicht unbeträchtlicher Zuwachs zu verzeichnen sein

wird, zumal auch im Bundesgebiet das reale Wachstum der Land- und Forstwirtschaft bei einer Zuwachsrate von + 8,7% ganz erheblich über dem nominellen lag. Das Bruttoinlandsprodukt der Land- und Forstwirtschaft im Bundesgebiet in jeweiligen Preisen erhöhte sich wegen der stark gefallen Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte nämlich nur um 1,1%.

Die Witterung verlief 1967 im großen und ganzen für das Wachstum der Kulturpflanzen recht vorteilhaft, so daß die pflanzliche Produktion bei nahezu allen Fruchtarten noch viel bessere Ergebnisse brachte als im Jahre 1966. Infolge dieser Rekordernte kam es jedoch zu einem nicht unerheblichem Rückgang der Preise, der sich negativ auf den Produktionswert der Landwirtschaft auswirkte. Der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ging für die pflanzliche Produktion von 106,0 im Jahresdurchschnitt 1966 um 11% auf 94,3 im vergangenen Jahr zurück. Die Getreideernte belief sich auf 1,3 Mill. t und übertraf damit die des Vorjahres um rund 25%. Voraussetzung dafür, daß dieser enorme Zuwachs erreicht werden konnte, obwohl sich die Anbaufläche nur ganz geringfügig vergrößerte, waren die durchweg höheren Hektarerträge. Alle Getreidearten erbrachten Flächenleistungen, wie es sie bisher in dieser Höhe in Rheinland-Pfalz noch nie gegeben hatte. Auch die Kartoffelernte zeigte 1967 ein sowohl in Qualität als auch Quantität befriedigendes Ergebnis. Wesentlich stärker noch als beim Getreide (— 6,3%) sanken indessen bei den Kartoffeln (Speisekartoffeln — 40,9%) wegen des reichlichen Angebots die Preise unter das Niveau des vorangegangenen Jahres. Ähnlich günstig verliefen Bestellung und Wachstum der Rüben. Die für Rheinland-Pfalz besonders bedeutungsvolle Weinmosternte belief sich 1967 auf 4,5 Mill. hl, womit das Vorjahresergebnis um mehr als 1 Mill. hl übertroffen wurde. 89,7% der Gesamternte entfielen auf Weißmost und 10,3% auf Rotmost. Nicht nur in der Quantität — es war die drittgrößte Weinmosternte seit 1910 —, sondern auch hinsichtlich der Qualität ist der 67er Jahrgang als



befriedigend anzusprechen. Am besten schnitten die rheinhessischen Weinbaugebiete mit einem Anteil der guten und sehr guten Qualitäten von nahezu 60% ab. An der gesamten Weinmosternte des Bundesgebietes hatte Rheinland-Pfalz dabei einen Anteil von 74,9% und konnte somit seine Quote um 3,0 Punkte ausdehnen. Wegen der großen Erntemenge und der Konzentrierung des Angebots auf nur wenige Tage war es den Winzern freilich nicht möglich, für ihre Ernte auch nur annähernd die Mostpreise des Vorjahres zu erhalten. Auch die in Rheinland-Pfalz sehr verbreiteten Obst- und Gemüsekulturen erbrachten insgesamt überdurchschnittlich gute Erträge, die zum Teil noch über den 1966er Rekordernten lagen. Der Index der Erzeugerpreise für Gemüse aber ging ebenfalls zurück, und zwar um rund 20% von 114,2 im Monatsdurchschnitt 1966 auf 91,2 im Jahre 1967. Dagegen ist der Erzeugerpreisindex für Obst 1967 nicht gefallen, sondern um nicht ganz 20% gestiegen, weil sich der durch die Rekordernte erst in den Herbstmonaten einsetzende Preisverfall im Monatsdurchschnitt nicht entscheidend auswirken konnte.

Der Wert der tierischen Produktion ist im Jahre 1967 zurückgegangen. Ebenso wie bei der pflanzlichen Produktion waren es Preiseinflüsse, welche diese Entwicklung im wesentlichen bestimmten. Der Index der Erzeugerpreise tierischer Produkte (Basis 1961/62 bis 1962/63 = 100) ist im Monatsdurchschnitt im Bundesgebiet von 115,4 auf 108,9, das heißt um 5,6% zurückgegangen. Die Gesamtschlachtungen von Großschlachttvieh inländischer Herkunft beliefen sich auf rund 163 000 t und haben damit gegenüber 1966 um 0,6% abgenommen. Mit Ausnahme der Bullenschlachtungen, aus denen rund 4% mehr Fleisch anfielen, waren alle übrigen Tierarten an dieser rückläufigen Entwicklung beteiligt, die noch dadurch verstärkt wurde, daß die Erzeugerpreise für Großschlachttvieh im Schnitt um 8,3% nachließen. Der stärkste Preisverfall war bei Schweinen mit — 12,8% zu beobachten. In Geflügelschlachtereien fielen 1967 rund 336 t Geflügelfleisch an, 79 t mehr als 1966. Der Mehrerzeugung von etwa 30% steht allerdings ein Preisrückgang von nahezu 13% gegenüber. Auch die Erzeugung von Milch und Eiern stieg, bei nachlassenden Preisen, weiter an. Der Produktionsausweitung von + 3,2 bzw. + 12,6% stand ein Rückgang der Erzeugerpreise von — 1,0 bzw. — 8,3% gegenüber.

## 2. Produzierendes Gewerbe

Der Beitrag des Waren produzierenden Gewerbes, das sich aus den Bereichen Energie- und Wasserwirtschaft, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe zusammensetzt, zum rheinland-pfälzischen Bruttoinlandsprodukt belief sich 1967 auf 12,9 Mrd. DM und hat damit gegenüber dem Vorjahr um 6,4% zugenommen. Zwar konnte nicht der Zuwachs von 1965 auf 1966 (+ 8,6%) wiederholt werden, doch ist der Anstieg angesichts der im gleichen Zeitraum im Bundesgebiet zu verzeichnenden Rezession - kein anderes Land hat eine auch nur annähernd so hohe Wachstumsrate zu verzeichnen, das Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes nahm im Bundesgebiet insgesamt sogar um 3,1% ab - als be-

Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet 1960 - 1967 (in jeweiligen Preisen)

Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienstleistungen
<b>Rheinland-Pfalz</b>				
Mill. DM				
1960	1 355	6 951	2 610	2 973
1961	1 306	7 746	2 822	3 425
1962	1 250	8 444	3 081	3 730
1963	1 400	9 271	3 253	4 249
1964	1 352	10 249	3 518	4 724
1965	1 370	11 186	3 833	5 361
1966 <sup>p</sup>	1 472	12 151	4 022	6 031
1967 <sup>s 1)</sup>	1 500	12 900	4 000	6 600
Veränderung zum Vorjahr in % 2)				
1961	- 3,6	11,4	8,1	15,2
1962	- 4,3	9,0	9,2	8,9
1963	12,0	9,8	5,6	13,9
1964	- 3,4	10,5	8,1	11,2
1965	1,4	9,1	9,0	13,5
1966 <sup>p</sup>	7,4	8,6	4,9	12,5
1967 <sup>s</sup>	- 0,8	6,4	- 0,5	8,9
1960 = 100 2)				
1961	96	111	108	115
1962	92	121	118	125
1963	103	133	125	143
1964	100	147	135	159
1965	101	161	147	180
1966 <sup>p</sup>	109	175	154	203
1967 <sup>s</sup>	108	186	153	221
Anteil der Wirtschaftsbereiche am BIP in %				
1960	9,8	50,0	18,8	21,4
1961	8,5	50,6	18,4	22,4
1962	7,6	51,1	18,7	22,6
1963	7,7	51,0	17,9	23,4
1964	6,8	51,6	17,7	23,8
1965	6,3	51,5	17,6	24,6
1966 <sup>p</sup>	6,2	51,2	17,0	25,4
1967 <sup>s</sup>	5,8	51,8	16,0	26,3
Anteil am Bundesergebnis in %				
1960	7,6	4,4	4,5	4,8
1961	7,3	4,4	4,5	4,9
1962	7,0	4,4	4,4	4,8
1963	7,3	4,7	4,4	5,0
1964	6,6	4,7	4,4	5,0
1965	6,8	4,7	4,3	5,0
1966 <sup>p</sup>	7,3	4,9	4,3	5,1
1967 <sup>s</sup>	7,1	5,4	4,2	5,1
<b>Bundesgebiet</b>				
Mill. DM				
1960	17 720	158 080	58 490	62 350
1961	17 940	174 700	63 400	70 560
1962	17 970	189 910	69 670	77 330
1963	19 280	199 000	73 920	85 760
1964	20 510	218 910	80 610	94 570
1965	20 130	238 870	88 370	106 460
1966 <sup>p</sup>	20 270	248 270	93 930	119 040
1967 <sup>s 1)</sup>	20 500	240 700	94 800	128 500
Veränderung zum Vorjahr in % 2)				
1961	1,2	10,5	8,4	13,2
1962	0,2	8,7	9,9	9,6
1963	7,3	4,8	6,1	10,9
1964	6,4	10,0	9,1	10,3
1965	- 1,9	9,1	9,6	12,6
1966 <sup>p</sup>	0,7	3,9	6,3	11,8
1967 <sup>s</sup>	1,1	- 3,1	0,9	7,9
1960 = 100 2)				
1961	101	111	108	113
1962	101	120	119	124
1963	109	126	126	138
1964	116	138	138	152
1965	114	151	151	171
1966 <sup>p</sup>	114	157	161	191
1967 <sup>s</sup>	116	152	162	206
Anteil der Wirtschaftsbereiche am BIP in %				
1960	6,0	53,3	19,7	21,0
1961	5,5	53,5	19,4	21,6
1962	5,1	53,5	19,6	21,8
1963	5,1	52,7	19,5	22,7
1964	4,9	52,8	19,4	22,8
1965	4,4	52,6	19,5	23,5
1966 <sup>p</sup>	4,2	51,6	19,5	24,7
1967 <sup>s</sup>	4,2	49,7	19,6	26,5

1) Gerundete Werte. - 2) Errechnet nach nichtgerundeten Ergebnissen.



sonders auffallendes Zeichen für die günstige Situation der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu werten. Die Meßzahl auf Basis 1960 erreichte mit 186 einen neuen Höchststand in der Nachkriegszeit; der entsprechende Wert des Bundesgebietes belief sich auf 152. Schon 1966, als sich im Bundesgebiet der Konjunktumschwung abzuzeichnen begann, war Rheinland-Pfalz von dem allgemeinen Nachlassen des Aufwärtstrends nicht betroffen worden. Der Grund hierfür ist unter anderem darin zu sehen, daß in Rheinland-Pfalz einige Industriezweige mit überdurchschnittlich hohen Quoten an der Produktion beteiligt sind, die sich in den letzten Jahren als typische Wachstumsindustrien herausgestellt haben, wie die chemische Industrie und der Maschinenbau. Allerdings darf dabei auch nicht übersehen werden, daß einige industrielle Großbetriebe ihre Kapazität erstmals 1967 voll ausgelastet haben und damit sehr wesentlich zu diesem positiven Ergebnis beitrugen. Bedingt durch die gegenläufige Entwicklung konnte das Waren produzierende Gewerbe des Landes seinen Anteil am Bundesergebnis dieses Bereichs um 0,5 Punkte auf 5,4% steigern; 1960 hatte diese Quote noch 4,4% betragen. Am Bruttoinlandsprodukt des Landes ist das Waren produzierende Gewerbe mit 51,8% beteiligt. Diese Quote wird nur von den hochindustrialisierten Ländern Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Saarland übertroffen. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 49,7%.

Für die Energie- und Wasserwirtschaft ergab sich 1967 eine Produktionssteigerung von 5,0%, die, ebenso wie schon in den beiden Vorjahren, allein auf den vergrößerten Ausstoß der Gasversorgungsunternehmen zurückzuführen ist, deren Produktion gegenüber dem Vorjahr um weit mehr als ein Drittel zunahm. Die Elektrizitätsversorgungsunternehmen mußten indessen Produktionseinbußen hinnehmen. Verbunden mit dieser Entwicklung der Produktion war ein Preisanstieg für Strom, Gas und Wasser im Bundesgebiet von durchschnittlich 1,1%; der Preis für elektrischen Strom blieb konstant, Gas- und Wasserversorgungsunternehmen erhöhten dagegen ihre Preise um 0,7 bzw. 7,8%. Die Bedeutung des Bergbaues in Rheinland-Pfalz ist infolge der Grubenstilllegungen in den letzten Jahren auf ein Minimum abgesunken.

Der Hauptanteil an der wirtschaftlichen Leistung des produzierenden Gewerbes hat das verarbeitende Gewerbe, auf das rund drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts dieses Bereichs entfallen. Hier ist es wiederum die Industrie, gegenüber deren Leistungsvolumen das Handwerk nur von untergeordneter Bedeutung bleibt. Der Index der industriellen Produktion stieg 1967 um 7,9%; läßt man das Bauhauptgewerbe und die Energiewirtschaft unberücksichtigt, dann erhöht sich die Zuwachsrate sogar auf + 8,9%. Innerhalb der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die mit 8,2 Mrd. DM über zwei Fünftel des gesamten Industrieumsatzes stellten und einen Produktionszuwachs von 6,1% verbuchen konnten, verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Größeren Zunahmen bei der chemischen Industrie, die mit weit mehr als der Hälfte am Umsatz dieses Industriebereichs beteiligt ist und deren Produktion um

rund 10% höher war als im Jahre zuvor, der NE-Metallindustrie (+ 16,0%) sowie der Gummi und Asbest verarbeitenden Industrie (+ 22,8%) standen Produktionseinschränkungen bei den Eisen-, Stahl- und Tempergießereien (— 15,0%) und bei der Industrie Steine und Erden (— 8,5%) gegenüber. Als Folgeerscheinung der Rezession in der Bauwirtschaft wurden hier vor allem die Sand- und Kiesindustrie, die Schiefergewinnung, die Ziegelindustrie sowie die Bims- und Bimssteinindustrie vom Nachlassen der inländischen Nachfrage betroffen; alle diese Zweige verzeichneten Produktionseinbußen von mehr als 10%.

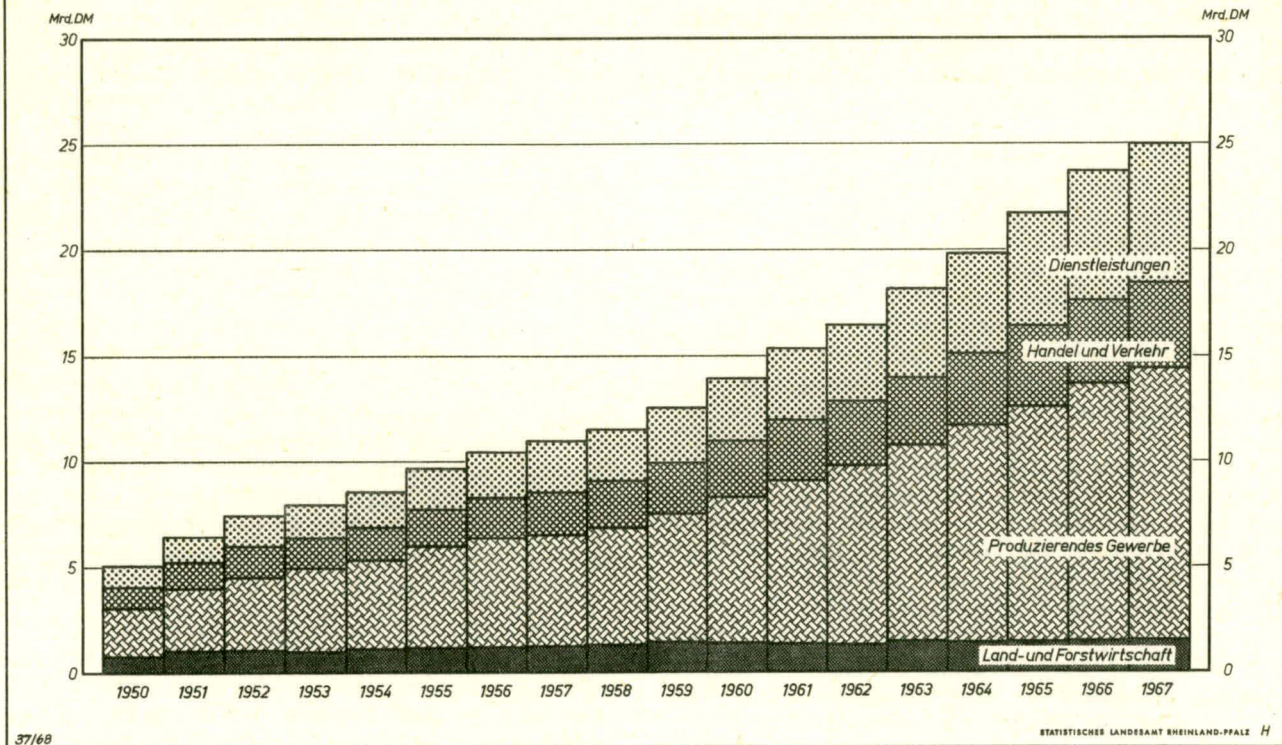
Die Investitionsgüterindustrien, als deren bedeutendste der Maschinenbau, der Fahrzeugbau und die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie anzusprechen sind, erfuhren mit einer Produktionsausdehnung von mehr als einem Viertel (+ 26,3%) die höchste Zunahme unter den vier Industriehauptgruppen. Ihr Umsatz übertraf 1967 mit rund 4,5 Mrd. DM erstmals sogar den der bisher, gemessen am Umsatz, zweitstärksten Gruppe, der Verbrauchsgüterindustrien. Das vom Fahrzeugbau (+ 63,4%) und Maschinenbau (+ 18,9%) getragene Produktionswachstum konnte erreicht werden, obwohl die ebenfalls zu diesem Bereich zählenden Industriezweige Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik sowie Stahlverformung Produktionsminderungen zwischen — 8 und — 14% hinnehmen mußten. Welch enorme Bedeutung der Straßenfahrzeugbau in den vergangenen Jahren gewonnen hat, wird aus der Entwicklung des Indexes der industriellen Produktion (1958 = 100) deutlich, der 1967 einen Stand von 2 636 erreichte.

Die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien, die 1967 mit 4,2 Mrd. DM gut ein Fünftel zum industriellen Umsatz beigetragen haben, war um 3,5% geringer als im Jahre 1966. Die kräftigsten Einbußen erlitten hier Textil- (— 13,4%), Bekleidungs- (— 12,4%) und Schuhindustrie (— 8,1%), während Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie (+ 5,3%) sowie die Kunststoff verarbeitende Industrie (+ 6,4%) verhältnismäßig unbedeutende Produktionszunahmen zu verzeichnen hatten. Bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien führte die Produktionssteigerung von + 6,1% zu einer Erhöhung des Umsatzes auf 2,8 Mrd. DM. Während sich die Ernährungsindustrie, die zum Umsatz dieses Bereichs 93,9% beigetragen hat, mit einem Produktionszuwachs von + 9,1% überdurchschnittlich entwickelte, kam es 1967 bei der Tabakverarbeitung wie bereits im Vorjahr zu ganz erheblichen Produktionseinschränkungen, die sich auf mehr als ein Viertel beliefen. Infolge der im Rahmen der Strukturbereinigung dieses Industriezweiges ausgesetzten Stilllegungsprämien erreichte die Meßzahl auf Basis 1958 den neuen Tiefststand von 42.

Die durchweg vorherrschenden Produktionszunahmen konnten sich jedoch nicht voll auf das nominell errechnete Bruttoinlandsprodukt des verarbeitenden Gewerbes auswirken, da in vielen Zweigen die Erzeugerpreise industrieller Produkte zurückgingen. Für die Erzeugnisse der gesamten



## Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt 1950 - 1967



37/68

STATISTISCHES LANDESBÜRO RHEINLAND-PFALZ H

verarbeitenden Industrie belief sich der Erzeugerpreisindex 1967 im Monatsdurchschnitt im Bundesgebiet auf 104,8 und lag damit um 1,0% unter dem Vorjahreswert. Den stärksten Preisverfall mußten mit - 2,5% die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien hinnehmen, deren Index (100,7) sogar unter das Preisniveau von 1958 gesunken ist. Bei den Investitions- (- 1,0%) und Verbrauchsgüterindustrien (- 0,6%) war das Nachlassen der Preise nicht so ausgeprägt, und die Nahrungs- und Genussmittelindustrien vermochten sogar durchschnittlich um 0,9% höhere Erzeugerpreise zu erzielen als 1966.

Wie stark der Einfluß des Exports 1967 auf die rheinland-pfälzische Wirtschaft war, zeigt sich deutlich, wenn man die Entwicklung von Auslands- und Inlandsumsätzen der verarbeitenden Industrie vergleicht. Anders als 1965, als das Wirtschaftswachstum im wesentlichen auf einer hohen inländischen Nachfrage basierte, war 1966 und - in noch stärkerem Umfang - 1967 die ausländische Nachfrage der bestimmende Faktor für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung. Während der Inlandsumsatz der Industrie 1967 mit einer Zuwachsrate von weniger als 4% eine verhältnismäßig geringe Ausdehnung erfuhr, konnten die mit ausländischen Kunden getätigten Umsätze um über 20% gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die Exportquote, die sich 1965 noch auf 16,3% und 1966 auf 18,2% belaufen hatte, überstieg 1967 die 20%-Grenze (20,7). An dem hohen Auslandsumsatz war erneut die chemische Industrie maßgeblich beteiligt. Sie erzielte 1967 einen Gesamtumsatz von rund 5,3 Mrd. DM, wovon mehr als ein Drittel auf

den Export entfiel, der damit gegenüber dem Vorjahr um 8,5% zugenommen hat. Von den übrigen Zweigen der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sei noch die eisenschaffende Industrie genannt, die ihren Umsatz mit dem Ausland um rund ein Viertel von 140 Mill. auf 174 Mill. DM zu steigern vermochte; ihre Exportquote überschritt damit erstmals 25%. Insgesamt nahm der Auslandsumsatz der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien um 10,6% zu, während die Entwicklung der im Bundesgebiet getätigten Umsätze rückläufig war (- 4,1%); die Exportquote stieg damit von 25,5 auf 28,3%. Nahezu die gleiche Exportquote (28,4%) haben im Jahre 1967, bei einer Zunahme des Auslandsumsatzes um fast die Hälfte, die Investitionsgüterindustrien erreicht, deren wichtigster Zweig, der Maschinenbau, beim Export ein Umsatzplus von über 32% erwirtschaften konnte. Mit einer Exportquote von 40,4% hat sich der Maschinenbau dem in Rheinland-Pfalz immer noch am stärksten exportorientierten Industriezweig, der Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie, auf weniger als 6 Punkte genähert. Die stärkste Ausweitung des Auslandsumsatzes überhaupt verzeichnete 1967 der ebenfalls zu den Investitionsgüterindustrien zählende Fahrzeug- und Schiffsbau, dessen Exportvolumen mit 22 Mill. DM sich gegenüber 1966 nahezu vervierfachte. Die Inlandsumsätze der Investitionsgüterindustrien haben im gleichen Zeitraum mit einer Wachstumsrate von + 19,8% wesentlich weniger zugenommen als die Geschäftstätigkeit mit ausländischen Kunden. Noch viel stärker divergiert die Entwicklung von Inlands- und Auslandsumsatz bei den Verbrauchsgüterindustrien. Hier steht einer Ausweitung des



Exports um 18,0% ein Stagnieren der mit deutschen Kunden getätigten Umsätze gegenüber. Als die beiden am meisten exportorientierten Industriezweige in diesem Bereich sind die feinkeramische Industrie und die oben bereits erwähnte Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie mit Exportquoten von 25,3 und 46,3% zu nennen.

Während im verarbeitenden Gewerbe die Rezessionserscheinungen, von denen mehrere Wirtschaftszweige erfaßt waren, durch Produktionsausweitungen bei anderen Branchen kompensiert wurden und durch forcierten Ausbau der Wachstumsindustrien insgesamt sogar ein nicht unbeträchtlicher Zuwachs ermittelt werden konnte, ist das Baugewerbe, das nach der Industrie den zweitgrößten Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt des Waren produzierenden Gewerbes leistet, im Jahre 1967 von einem Konjunkturrückgang betroffen worden. Trotz günstiger Witterungsbedingungen ging die Produktion des Bauhauptgewerbes, das am Leistungsvolumen des Baugewerbes mit mehr als vier Fünfteln beteiligt ist, um 7,2% zurück. Der Beschäftigtenstand und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden waren sogar um jeweils etwa ein Zehntel niedriger als 1966, während beim Umsatz der Rückgang nur 3,6% ausmachte. Der relativ geringe Umsatzschwund ist sicherlich zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß das Dezemberergebnis 1967, wegen der damaligen Ungewißheit über die Auswirkungen der Mehrwertbesteuerung, den Monatsdurchschnitt um nahezu die Hälfte übertraf. Insgesamt erwirtschafteten die Betriebe und Unternehmen des Bauhauptgewerbes 1967 einen Umsatz von 2,7 Mrd. DM, von dem 1,3 Mrd. DM auf den privaten Bau und 1,4 Mrd. DM auf den öffentlichen und Verkehrsbau entfielen. Bei der letztgenannten Bauart hatte der Umsatz damit, dank der konjunkturellen Stützungsmaßnahmen seitens Bund, Land und Gemeinden, die gleiche Höhe wie 1966 erreicht, so daß sich der Rückgang allein auf den privaten Bau (— 7,1%) konzentrierte. Bedeutsamerweise zeigten sich hier die Bauherren aus Gewerbe und Landwirtschaft sehr zurückhaltend bei der Auftragsvergabe, denn die Umsätze im gewerblichen und landwirtschaftlichen Bau fielen um 11,7 bzw. sogar 17,1%, während der Wohnungsbau, der immerhin über die Hälfte des Volumens vom privaten Bau stellt, seine Leistung von 1966 nahezu wiederholen konnte (— 1,6%). Die aufgezeigte Rezession im Baugewerbe wurde verstärkt durch zum Teil nicht unbeträchtliche Einbußen bei den von den Bauunternehmen erzielten Preisen. Der Gesamtbaupreisindex für den Neubau von Wohngebäuden (1962 = 100) fiel 1967 um 2,0%, für Bauleistungen am Gebäude um 2,2%. An diesem Rückgang waren nahezu alle Bauleistungsarten beteiligt, die größten Einbußen verzeichneten aber die Preise für Erd- und Grundbaurarbeiten sowie für Rohbaurarbeiten mit — 7,9% und — 11,3%. Damit sind die Preise dieser beiden Bauleistungsarten unter das Niveau von 1963 gesunken. Auch im Tiefbau, wo sich der Preisverfall bereits in den Jahren 1964 und 1965 abzuzeichnen begann, gingen die Preise erneut zurück. Der für den Straßenbau auf Basis 1962 = 100 ausgewie-

sene Index von 91,8 ist sogar niedriger noch als 1961.

### 3. Handel und Verkehr

Das Bruttoinlandsprodukt des Bereichs Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung belief sich 1967 auf 4,0 Mrd. DM. Der im Jahre zuvor erzielte Wert wurde also geringfügig um 0,5% unterschritten. Damit hat sich der bereits 1966 beobachtete Trend eines nachlassenden Wachstums in diesem Bereich fortgesetzt. Da sich gleichzeitig die Beiträge der übrigen Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt vergrößerten, führte diese Entwicklung zu einer weiteren Einschränkung des Anteils von Handel und Verkehr am Bruttoinlandsprodukt auf 16,0%. Fünf Jahre vorher hatte diese Quote noch 18,7% betragen. Der nunmehr festgestellte Anteil ist hinter demjenigen Baden-Württembergs der niedrigste, den Handel und Verkehr in allen Ländern des Bundesgebietes haben; im Bundesgebiet beläuft er sich auf 19,6%. Die höchsten Quoten haben die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen; hier machen die Beiträge dieses Bereiches zum Bruttoinlandsprodukt jeweils weit mehr als ein Drittel aus.

Sowohl der Handel, dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt dieses Bereichs etwa zwei Drittel ausmacht, als auch Verkehr und Nachrichtenübermittlung mußten gegenüber 1966 Einbußen hinnehmen, wobei der Handel auf Grund einer gewissen Stagnation im Großhandel und in der Handelsvermittlung, noch relativ besser abschnitt. Das spürbare Nachlassen der privaten Nachfrage schlug sich vor allem im Umsatz des Einzelhandels nieder. Während bereits 1966 die Zuwachsrate der Einzelhandelsumsätze mit + 4,1% nurmehr halb so hoch gewesen war wie im Vorjahr, kehrte sich 1967 die Entwicklung sogar ins Negative: die Umsätze des rheinland-pfälzischen Einzelhandels gingen insgesamt um 1,6% gegenüber dem Vorjahr zurück. Die stärksten Einbußen verzeichnete der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (— 8,1%), wobei wiederum die Nachfrage nach Kraftwagen und Krafträdern am meisten nachgelassen hatte. In dieser Branche unterschritten die Umsätze die des Vorjahres durchschnittlich um mehr als ein Zehntel, in anderen blieben sie um 1,7

Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen  
in den Ländern des Bundesgebiets 1967  
(in jeweiligen Preisen)

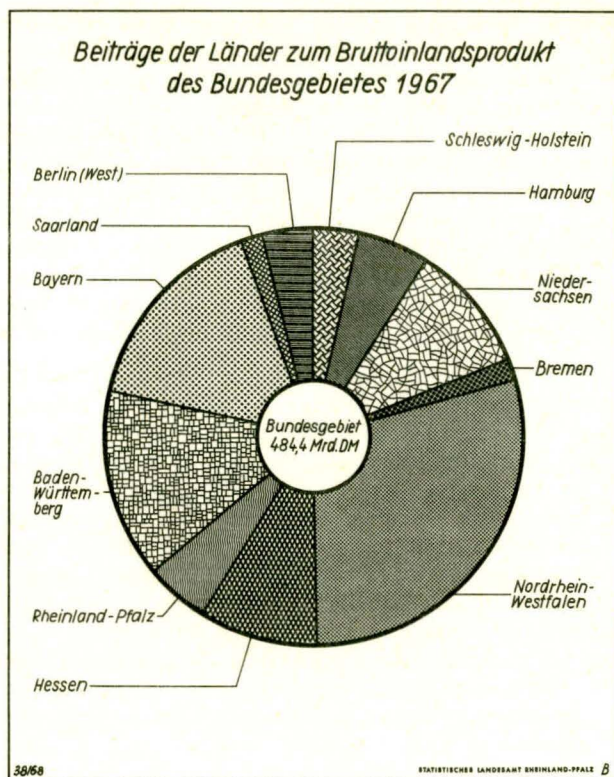
Land	Mrd. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	Anteil am Bundes- ergebnis in %	DM je Ein- wohner
Schleswig-Holstein	17,3	3,3	3,6	6 947
Hamburg	26,4	2,3	5,4	14 341
Niedersachsen	48,6	- 0,6	10,0	6 961
Bremen	7,8	1,8	1,6	10 374
Nordrhein-Westfalen	141,1	0,0	29,1	8 381
Hessen	44,9	1,8	9,3	8 552
Rheinland-Pfalz	25,0	5,4	5,2	6 896
Baden-Württemberg	71,0	- 0,9	14,7	8 307
Bayern	75,8	0,2	15,6	7 389
Saarland	7,4	- 1,4	1,5	6 545
Berlin (West)	19,2	2,2	4,0	8 831
Bundesgebiet	484,4	0,6	100,0	8 090



bis 3,8% darunter. Hingegen vermochten der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (+ 2,9%) - die Warenhäuser, die an diesem Zweig großen Anteil haben, steigerten ihre Umsätze, vor allem auf Grund der hohen Verkaufserlöse in den Abteilungen Nahrungs- und Genußmittel, um 2,5% - und der Einzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 1,4%) ihre Umsätze auszuweiten. Die besten Resultate unter allen Branchen erzielte der Einzelhandel mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln, Putz- und Reinigungsmitteln, dessen Umsatz um über ein Zehntel höher war als 1966. Das Niveau der Einzelhandelspreise hat sich im vergangenen Jahr nur relativ wenig erhöht; der Index für den gesamten Einzelhandel (Basis 1958) stieg um 0,8% auf 120. Die Preise der Lebensmittelgeschäfte blieben konstant, in Geschäften für Textilwaren und Schuhwerk sowie für Hausrat und Wohnbedarf entsprach die Preisentwicklung etwa der durchschnittlichen Erhöhung, während bei den sonstigen Branchen des Einzelhandels die Preise zwischen 2 und 3% angestiegen sind.

Im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung, der zusammen etwa ein Drittel zum Bruttoinlandsprodukt des Handels und Verkehrs beisteuert, verlief die Entwicklung ebenfalls nicht den Erwartungen entsprechend. Die Erlöse aus Beförderungsleistungen im Personenverkehr mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln (ohne die Erlöse aus dem Schienenverkehr der Bundesbahn), die sich von 1965 auf 1966 noch um nahezu ein Zehntel erhöht hatten, blieben im vergangenen Jahr mit rund 149 Mill. DM sogar um ein Geringes unter den Einnahmen des Vorjahres. Diese Entwicklung wurde vom Linienverkehr bestimmt, auf den der weitaus überwiegende Teil der Einnahmen entfällt. Mindereinnahmen waren hier vor allem beim Straßenbahn- und Obusverkehr zu verzeichnen sowie bei den Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten). Dem stehen höhere Einnahmen im Orts- und Nachbarortslinienverkehr mit Kraftomnibussen und im Überlandlinienverkehr gegenüber. 48 Mill. DM oder knapp ein Drittel des Gesamtbetrages vereinnahmten kommunale und gemischtwirtschaftliche Verkehrsunternehmen, die damit ihre Einnahmen um 1,5% gegenüber dem Vorjahr verbessern konnten. Jeweils rund ein Viertel entfiel auf private Unternehmen und die Deutsche Bundesbahn, der Rest von 24 Mill. DM auf die Deutsche Bundespost. Bundesbahn und Bundespost steigerten ihre Einnahmen ebenfalls geringfügig, so daß die privaten Unternehmen als einziger der vier Träger des Personenverkehrs mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln eine Einnahmeschränkung, und zwar in Höhe von - 3,9%, hinnehmen mußten.

Da zur Zeit der Drucklegung dieses Heftes noch keine Angaben über den Güterverkehr auf Eisenbahn und Lastkraftwagen für 1967 vorliegen, kann die Entwicklungsdarstellung des Güterverkehrs nur anhand des Güterumschlages der Binnenschifffahrt erfolgen. Die Bedeutung dieses Verkehrszweiges, der in Rheinland-Pfalz etwa die Hälfte des gesamten Gütervolumens auf sich vereinigt, im Bundes-



gebiet dagegen nur ein Viertel, ist in der günstigen Lage der Industriezentren des Landes links und rechts des Rheins begründet. Der Güterumschlag der Binnenschifffahrt verringerte sich 1967 trotz recht günstiger Wasserführung des Rheins um 3,7% auf 33,8 Mill. t, von denen diesmal, anders als im Vorjahr, etwas mehr als die Hälfte auf den Güterempfang entfielen. Zu dieser Entwicklung trug in besonderem Maße der geringe Umschlag von Kohle und von Steinen und Erden bei. Daß sich die Einschränkungen in verhältnismäßig engen Rahmen hielten, ist nicht zuletzt den hohen Zuwachsraten beim Umschlag chemischer Erzeugnisse (+ 10,5%) und von Mineralöl und Mineralölerzeugnissen (+ 6,1%) zu verdanken.

#### 4. Dienstleistungen

Den höchsten Zuwachs unter den vier zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen hatte 1967 wiederum das Bruttoinlandsprodukt der Dienstleistungen zu verzeichnen. Bei einer Wachstumsrate von + 8,9% erreichte es den Wert von 6,6 Mrd. DM, womit sich sein Anteil an der gesamten wirtschaftlichen Leistung des Landes auf 26,3% stellte. 1960 hatte sich die Quote noch auf 21,4% belaufen. Die Bedeutung der Dienstleistungen in Rheinland-Pfalz entspricht damit der Bedeutung dieses Bereichs im Bundesgebiet, wo ihr Anteil 26,5% ausmacht. Die niedrigste Beteiligung am Bruttoinlandsprodukt unter den Ländern des Bundesgebiets haben die Dienstleistungen in Bremen (23,9%), die höchste in Berlin-West (30,8%). Zum Bundesergebnis von 128,5 Mrd. DM, dessen Wachstum etwas geringer war (+ 7,9%), hat Rheinland-Pfalz 5,1% beigetragen.

An dem Wachstum von 8,9% waren die einzelnen Sektoren des Bereichs Dienstleistungen in unter-



schiedlichem Maße beteiligt. Das Bruttoinlandsprodukt der Kreditinstitute und des Versicherungsgewerbes erhöhte sich beachtlich, wenn auch die Zuwachsraten an die der beiden Vorjahre, die jeweils über 10% betragen hatten, nicht herankamen. Das gleiche gilt für den Bereich Wohnungsvermietung, der auch die Nutzung von Eigentümerwohnungen enthält. Hierbei ist natürlich zu berücksichtigen, daß sich der Index der Wohnungsmieten (1962 = 100) im Bundesgebiet von 129,7 im Durchschnitt des Jahres 1966 auf 138,2 im Jahre 1967, das heißt um 6,6% erhöhte.

Am Bruttoinlandsprodukt der von Unternehmen und freien Berufen erbrachten Dienstleistungen, das von 1966 auf 1967 geringfügig zunahm, hat das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe einen nicht unbeträchtlichen Anteil. Nachdem bereits im vorangegangenen Jahr der Umsatzzuwachs des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes auf + 3,9% zusammengeschrumpft war, kam die Aufwärtsentwicklung 1967 ganz zum Stillstand. Die Stagnation resultiert aus einem leichten Anstieg im Beherbergungsgewerbe (+ 2,0%) und einem entsprechenden Rückgang im Gaststättengewerbe (— 2,0%). Obwohl die Zahl der Fremdenübernachtungen im Sommerhalbjahr 1967 nur etwa die gleiche Höhe wie im Jahr zuvor erreicht hatte — eine größere Einbuße ist dank der vermehrten Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland verhindert worden — ist der Übernachtungsumsatz im Beherbergungsgewerbe von 1966 auf 1967 um nahezu 10% gestiegen, was auf einen nicht geringen Preisanstieg schließen läßt. Die besten Erfolge konnten die Hotels melden, deren Gesamtumsätze sich um nahezu 5% und deren Übernachtungsumsätze sich sogar um fast 13% vergrößerten. Dagegen konnte, umgekehrt wie 1966, der Umsatz aus Verpflegung nur geringfügig ausgedehnt werden. An der negativen Entwicklung im Gaststättengewerbe waren alle Sparten beteiligt. Überdurchschnittliche Verluste hatten Cafés sowie Bars, Tanz- und Vergnügungslokale, deren Gesamtumsätze um jeweils rund 3% die Vorjahresergebnisse unterschritten. Hinzu kommt hier, daß der Preisindex der Lebenshaltung für den Verzehr in Gaststätten (Basis 1962) um 2,5% von 118,5 auf 121,5 angestiegen ist, so daß die reale Entwicklung im Gaststättengewerbe noch schwächer war. Auch in den übrigen Zweigen der von Unternehmen und

freien Berufen erbrachten Dienstleistungen waren im vergangenen Jahr die Wachstumsraten niedriger als 1966. Die Ursache hierfür ist darin zu sehen, daß sich der Anstieg der Arbeitsverdienste 1967 weiter verminderte und daß viele Haushalte darüber hinaus vermehrt zum Sparen neigten. Von der daraus resultierenden Dämpfung der privaten Nachfrage waren insbesondere auch die privaten Dienstleistungen betroffen.

Das Bruttoinlandsprodukt des Staates, das die wirtschaftliche Leistung der Gebietskörperschaften und der Sozialversicherung umfaßt, nahm hingegen 1967 erneut beträchtlich zu. Sein Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt hatte in Rheinland-Pfalz 1965 die 10%-Grenze überschritten. Zur neuesten Entwicklung haben unter anderem wieder vermehrte Personaleinstellungen, insbesondere im Schul- und Bildungswesen, beigetragen. Am 2. Oktober 1967, dem Stichtag der Personalstandsstatistik, waren rund 111 800 Beamte, Angestellte und Arbeiter im Dienst des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände tätig. Das sind 2,4% mehr als ein Jahr vorher. Von den rund 64 100 vollbeschäftigten Bediensteten des Landes entfielen mehr als 24 600 auf den Aufgabenbereich Bildungswesen. Der Personalstand des Landes hat sich 1967 um 3,8% vergrößert, woran der Zuwachs im Bildungswesen von + 8,6% maßgeblich beteiligt war. Etwa die Hälfte des neu eingestellten Personals, hauptsächlich Vertragslehrer, war in Volks- und Sonderschulen tätig. Zugänge wiesen neben dem Unterrichtswesen vor allem auch die Finanz- und Steuerverwaltung, die Straßenbaubehörden, Krankenhäuser und Heilstätten auf. Während der Anteil der Beamten am Personalstand des Landes gleich blieb, hat sich die Quote der Angestellten auf Kosten der Arbeiter leicht vergrößert. Die Zahl der in gemeindlichen Verwaltungen und Wirtschaftsunternehmen Beschäftigten belief sich im Oktober 1967 auf rund 39 600, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 0,4% entspricht. Diese geringfügige Veränderung resultiert aus einer gegenläufigen Entwicklung einerseits im Personalstand der Behörden und Einrichtungen, der um 1,3% ausgeweitet wurde, andererseits der wirtschaftlichen Unternehmen, bei denen Rationalisierungsmaßnahmen eine Verminderung der Beschäftigtenzahl um 3,6% ermöglichten.

Dipl.-Volkswirt J. Gebauer

## Die Elektrizitätsversorgung im Jahre 1966 und ihre Entwicklung seit 1950

### 1. Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung

Bei den Unternehmen der öffentlichen Elektrizitätsversorgung sind die drei folgenden Gruppen voneinander zu unterscheiden:

(1) *Überregionale Versorgungsunternehmen*, die über große eigene Kraftwerke verfügen und untereinander durch ein weitverzweigtes Netz von Fernleitungen verbunden sind, wobei über die Stromlieferungen vielfach feste vertragliche

Vereinbarungen bestehen. Sie übernehmen oft die Verteilung bis zum Endverbraucher; in vielen Fällen liegt diese Aufgabe aber noch in den Händen von kommunalen Versorgungsunternehmen. Daneben beliefern sie regionale Versorgungsunternehmen.

(2) *Regionale Versorgungsunternehmen*, die sich in ihrer Tätigkeit auf ein enger umgrenztes Gebiet beschränken. Zur Deckung des Bedarfs stehen teilweise zwar eigene Stromerzeugungsanlagen zur Verfügung, die in der Mehrzahl der Fälle



aber nicht ausreichen, so daß zusätzliche Lieferverträge mit überregionalen Versorgungsunternehmen abgeschlossen werden. Viele regionale Versorgungsunternehmen sind vollständig auf die Versorgung durch überregionale Versorgungsunternehmen angewiesen, was in der Regel seinen Niederschlag in einer entsprechenden kapitalmäßigen Beteiligung (direkt oder über andere Gesellschaften) findet, sofern es sich nicht überhaupt um reine Tochtergesellschaften handelt. Auch bei den regionalen Versorgungsunternehmen bleibt die Stromverteilung an die Endverbraucher häufig noch kommunalen Versorgungsunternehmen überlassen.

- (3) *Kommunale Versorgungsunternehmen*, die den Strom fast vollständig von überregionalen und regionalen Versorgungsunternehmen beziehen, in deren Versorgungsräumen sie liegen. Soweit früher einmal eigene Kraftwerke vorhanden waren, sind sie im Laufe der Zeit bis auf wenige Ausnahmen stillgelegt worden, da die Stromerzeugung in großen Anlagen erheblich rationeller betrieben werden kann. Die kommunalen Versorgungsunternehmen befassen sich daher heute normalerweise nur noch mit der Stromverteilung an die Endverbraucher innerhalb der betreffenden Städte oder Gemeinden. Kommunale Versorgungsgesellschaften haben sich in besonders großer Zahl in der Pfalz erhalten. Während die Pfalzwerke AG, deren Versorgungsgebiet sich im wesentlichen mit dem Regierungsbezirk Pfalz deckt, noch 151 kommunale Versorgungsunternehmen beliefert (sogenannte A-Gemeinden), bestehen in den anderen Landesteilen insgesamt nur noch 24 kommunale Versorgungsunternehmen; in allen übrigen Städten und Gemeinden erfolgt die Stromverteilung bis zum Endverbraucher unmittelbar durch das betreffende überregionale oder regionale Versorgungsunternehmen.

Die Versorgungsräume der einzelnen Elektrizitätsversorgungsunternehmen sind so gegeneinander abgegrenzt, daß die Versorgung jeweils ausschließlich in den Händen eines Unternehmens liegt, da es unwirtschaftlich wäre, wenn in einem Gebiet mehrere Unternehmen in Konkurrenz zueinander auftreten würden. Dies ist ein Grundsatz, der für jede wirtschaftliche Tätigkeit gilt, die ein relativ engmaschiges Netz von Leitungen zur Voraussetzung hat (Elektrizitäts-, Gas-, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung). Die Übernahme der Versorgung wird rechtlich durch eine Konzession begründet, die jeweils von den betroffenen Gebietskörperschaften vergeben und mit der die Erlaubnis zur Verlegung der erforderlichen Leitungen erteilt wird. Die Ausschließlichkeit der Versorgung in den Konzessionsgebieten wird zusätzlich durch sogenannte Demarkationsverträge abgesichert, indem sich die Unternehmen verpflichten, ihre Tätigkeit nicht ohne vorherige Absprache über das bisherige Versorgungsgebiet auszudehnen. Da die Unternehmen durch diese Regelung für ihr Versorgungsgebiet ein absolutes Angebotsmonopol erhalten, unterliegt die Elektrizitätsversorgung der staatlichen Aufsicht (Energiewirtschaftsgesetz).

In die Elektrizitätsversorgung des Landes teilen sich ein großes überregionales Versorgungsunternehmen, die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE), und 9 regionale Versorgungsunternehmen, von denen 2 reine Tochtergesellschaften der RWE sind.

- (1) *Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE), Essen*: Dieses große überregionale Versorgungsunternehmen, das in der deutschen Energiewirtschaft eine hervorragende Stellung einnimmt und dessen Versorgungsgebiet überwiegend in Nordrhein-Westfalen liegt, versorgt über die Betriebsverwaltungen in Trier, Andernach, Düren, Brühl, Idar-Oberstein und über 2 Tochtergesellschaften (Rhein-Nahe-Kraftversorgung GmbH, Bad Kreuznach, und Elektrizitätswerk Siegerland GmbH, Siegen), die sich zu 100% im Besitz der RWE befinden und ihrer Funktion nach den Betriebsverwaltungen gleichzusetzen sind, den Regierungsbezirk Koblenz, mit Ausnahme der Kreise Neuwied und Koblenz (Stadt und Land) sowie des nördlichen Teils des Landkreises Birkenfeld. Die RWE übernimmt dabei die Stromverteilung fast überall bis zum Endverbraucher; nur in relativ wenigen Städten und Gemeinden bleibt die Verteilung auf örtlicher Ebene kommunalen Versorgungsgesellschaften vorbehalten (Kirn, Bad Kreuznach, Oberwesel, Pracht, Trier, Wittlich, Zell). Nicht im Besitz der RWE befinden sich weiterhin die Ortsnetze von Andernach und Cochem, wobei der Betrieb in Andernach von der Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz, und in Cochem von der Rheinischen Energie AG (RHENAG), Köln, geführt wird. Die Versorgung erfolgt aus eigenen Großkraftwerken im Kölner Raum und im Ruhrgebiet; daneben werden aber auch größere Strommengen über das Verbundsystem aus dem süddeutschen Raum und dem Saarland bezogen. Im Vergleich dazu ist der Anteil des Stroms, der aus den Laufwasserkraftwerken der Moselstautufen (Engpaßleistung 180 MW), dem Speicherkraftwerk an der Drohn, einem rechten Nebenfluß der Mosel (Engpaßleistung 6 MW), sowie einigen weiteren kleineren in Rheinland-Pfalz gelegenen Wasserkraftwerken gewonnen wird, weniger bedeutend. Das Kapital der RWE befindet sich überwiegend in privater Hand, jedoch verfügt die öffentliche Hand (Städte, Kreise u. a.) insofern über die Stimmenmehrheit, als sie neben den Inhabersaktien Namensaktien mit 20fachem Stimmrecht besitzt.
- (2) *Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG (KEVAG), Koblenz*: Das Versorgungsgebiet der KEVAG deckt sich im wesentlichen mit dem Stadt- und Landkreis Koblenz (ohne die zum Versorgungsgebiet der Kraftversorgung Rhein-Wied AG gehörenden Gemeinden, einschließlich der im Loreleykreis liegenden Gemeinde Braubach) sowie dem Ober- und Unterwesterwaldkreis. Eigene von der KEVAG belieferte kommunale Versorgungsunternehmen haben in diesem Raum nur Hachenburg und Höhr-Grenzhausen. Die KEVAG besitzt keine eigenen Stromerzeu-



gungsanlagen; sie bezieht den benötigten Strom vollständig von der RWE, die noch vor der Stadt Koblenz (40%) mit einem Anteil von 50% größter Kapitaleigner ist.

- (3) *Kraftversorgung Rhein-Wied AG, Neuwied*: Die Gesellschaft versorgt den Landkreis Neuwied (einschließlich der im Landkreis Koblenz liegenden Gemeinden Bubenheim, Kärlich, Kettig, Mülheim und Weißenthurm), wobei in Neuwied und Niederbieber-Segendorf kommunale Versorgungsunternehmen zwischengeschaltet sind. Das Stromaufkommen wird fast vollständig durch Lieferungen der RWE abgedeckt. Die RWE ist an dem Kapital des Unternehmens nicht unmittelbar, sondern über die Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Mannheim, beteiligt, die neben dem Landkreis Neuwied (47,15%) und der Stadt Neuwied (12,02%) einen Kapitalanteil von 40,83% hält. Die RWE-Beteiligung an der Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft macht über 50% aus, während sich 46% im Besitz der Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt/Main, befinden, an der die RWE aber auch zu über 50% beteiligt ist.
- (4) *Main-Kraftwerke AG (MKW), Frankfurt/Main*: Zum Versorgungsgebiet der MKW, dessen Schwerpunkt im Frankfurter Raum liegt, gehören auch der Unterlahn- und der Loreleykreis (mit Ausnahme von Braubach). Die Stromverteilung erfolgt hier unmittelbar an die Endverbraucher ohne die Einschaltung kommunaler Versorgungsunternehmen. Die MKW verfügt über eigene Stromerzeugungsanlagen, zu denen auch die Laufwasserkraftwerke der Lahnstautufen gehören, deren Engpaßleistung mit 9 MW aber nicht ins Gewicht fällt. Der das Aufkommen aus den eigenen Kraftwerken übersteigende Bedarf wird durch Lieferungen der RWE gedeckt. Die RWE ist an dem Kapital der MKW unmittelbar zu 34% und über die Elektrizitäts-Actien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt/Main, beteiligt (vgl. hierzu die Ausführungen im vorhergehenden Abschnitt), die ebenfalls einen Kapitalanteil von 34% hält; der kommunale Besitz ist dagegen wesentlich geringer (Stadt Frankfurt etwa 10%, verschiedene Städte und Kreise rund 16%).
- (5) *Oberstein-Idarer-Elektrizitäts-AG, Idar-Oberstein*: Die Gesellschaft befindet sich fast vollständig im Besitz der RWE, von der sie in Ermangelung eigener Stromerzeugungsanlagen auch den gesamten Strom zur unmittelbaren Weiterverteilung an die Endverbraucher bezieht. Das Versorgungsgebiet beschränkt sich auf den nördlichen Teil des Landkreises Birkenfeld.
- (6) *Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG, Mainz*: Das Versorgungsgebiet umfaßt die Städte Mainz und Wiesbaden sowie eine Reihe der angrenzenden Gemeinden; in Rheinland-Pfalz handelt es sich dabei überwiegend um die Gemeinden, die sich in westlicher Richtung an das Stadtgebiet von Mainz anschließen und bis nach Ingelheim reichen. Die Gesellschaft übernimmt jedoch - von Ausnahmen (öffentliche Einrichtungen) abgese-

hen - nicht unmittelbar die Verteilung des Stroms an die Endverbraucher. Die Stromlieferungen gehen vielmehr an die Stadtwerke von Mainz und Wiesbaden, die ihn entweder an die Endverbraucher oder an andere kommunale Versorgungsunternehmen weiterleiten. So werden über die Stadtwerke Mainz in Rheinland-Pfalz die Stadtwerke von Budenheim, Finthen, Groß-Winthernheim, Hechtsheim, Ingelheim und Lauenheim versorgt. Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG haben sich sowohl rechtlich als auch wirtschaftlich eine größere Selbständigkeit bewahrt als die übrigen regionalen Elektrizitätsversorgungsunternehmen des Landes. Das Kapital befindet sich zu je 50% in den Händen der Städte Mainz und Wiesbaden. Außerdem verfügt die Gesellschaft über ein Großkraftwerk (Engpaßleistung 359 MW), dessen Erzeugung den Bedarf des Versorgungsgebiets weitgehend deckt; darüber hinaus benötigte Strommengen werden von der RWE bezogen.

- (7) *Elektrizitätswerk Rheinhessen AG, Worms*: Die Gesellschaft versorgt den Regierungsbezirk Rheinhessen mit Ausnahme des Versorgungsgebiets der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG im Norden sowie einiger Gemeinden des Landkreises Bingen, die von der Rhein-Nahe-Kraftversorgung GmbH, Bad Kreuznach, einer Tochtergesellschaft der RWE, beliefert werden. In der Stromverteilung an die Endverbraucher sind nur in Alzey, Nierstein und Oppenheim kommunale Versorgungsunternehmen zwischengeschaltet. Auch die Elektrizitätswerk Rheinhessen AG erhält den benötigten Strom überwiegend von der RWE, zu einem geringeren Teil von der Großkraftwerk Mannheim AG. Das Kapital der Gesellschaft befindet sich zu je 50% im Besitz der Stadt Worms und der Rheinelektra AG, Mannheim, an der die RWE zu über 50% beteiligt ist.
- (8) *Pfalzwerke AG, Ludwigshafen*: Das Versorgungsgebiet deckt sich im wesentlichen mit dem Regierungsbezirk Pfalz. Obwohl es sich bei der Pfalz um einen zum Teil sehr stark industrialisierten Raum handelt, verfügen die Pfalzwerke über keine eigenen Stromerzeugungsanlagen. Der Strombedarf wird durch Lieferungen der RWE gedeckt, welche die RWE ihrerseits zum Teil von der Großkraftwerk Mannheim AG übernimmt; an dieser Gesellschaft sind die Pfalzwerke zu 40,45% beteiligt (übrige Anteilseigner: Stadt Mannheim 40,45%; Baden-Werk AG Karlsruhe, 19,10%). Im Gegensatz zu den Verhältnissen in den anderen Landesteilen liegt die Stromverteilung an die Endverbraucher in der Pfalz immer noch überwiegend in den Händen kommunaler Versorgungsunternehmen. Insgesamt beliefern die Pfalzwerke noch 151 kommunale Versorgungsunternehmen. In noch stärkerem Maße bleibt die Stromverteilung an die Endverbraucher kommunalen Versorgungsunternehmen nur noch im Versorgungsbereich der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG überlassen, die allerdings über eigene Kraftwerke verfügen, auf deren Betrieb sie sich weitgehend konzentriert haben.



# Überregionale und regionale Elektrizitätsversorgungsunternehmen





Einige der von den Pfalzwerken versorgten Stadtwerke decken ihren Strombedarf zum Teil auch aus eigenen Stromerzeugungsanlagen, von denen aber nur noch die Kraftwerke in Pirmasens und Kaiserslautern eine nennenswerte Bedeutung besitzen. Hauptaktionär ist der Bezirksverband Pfalz, der 55,18% des Kapitals hält; weitere Anteilseigner sind die Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Mannheim, mit 27,85% (an der die RWE direkt und indirekt in erheblichem Umfang beteiligt ist; vgl. hierzu den Abschnitt über die Kraftversorgung Rhein-Wied AG) und die Stadt Ludwigshafen mit 9,25%.

## 2. Kraftwerke

Im Jahre 1966 wurden von dem gesamten Stromaufkommen für die öffentliche Versorgung in Höhe von 8 114 Mill. kWh nur 2 228 Mill. kWh aus Kraftwerken gedeckt, die von den öffentlichen Elektrizitätsunternehmen in Rheinland-Pfalz betrieben werden; das sind lediglich 27,5%. Dieser Anteil erhöht sich allerdings, wenn man die Stromerzeugungsanlagen der Industrie in die Rechnung miteinbezieht, da die Stromerzeugung der industriellen Kraftwerke mit 3 044 Mill. kWh erheblich größer war als die der öffentlichen Kraftwerke, so daß die aus Stromerzeugungsanlagen in Rheinland-Pfalz gewonnene Strommenge - nach der entsprechenden Korrektur des Stromaufkommens - insgesamt auf 47,4% zu veranschlagt ist.

Obwohl die Gesamtleistung der im Land gelegenen Kraftwerke also - insbesondere wenn man die industriellen Stromerzeugungsanlagen außer Betracht läßt - erheblich hinter dem Strombedarf zurückbleibt, ist die Versorgung des Landes durch das Verbundsystem, das vor allem zwischen den Wärmekraftwerken im Ruhrgebiet und Kölner Raum und den Wasserkraftwerken in Süddeutschland, Österreich und der Schweiz besteht und dessen Fernleitungen Rheinland-Pfalz durchqueren, in ausreichendem Maße gesichert. Von besonderer Bedeutung ist hier das Netz der 380 und 220 kV-Leitungen, dessen Hauptadern aus dem Kölner Raum über

Koblenz in den Raum Ludwigshafen/Mannheim führen. Als wichtige Querverbindungen fungieren die Leitungen, die aus dem Saarland durch die Pfalz in den Raum Ludwigshafen/Mannheim und von Koblenz nach Trier verlaufen. Vom Kölner Raum aus gehen weiter zwei durch die westlichen und nordöstlichen Randgebiete des Landes führende Leitungsstränge, und zwar über Trier in das Saarland und über Betzdorf und Limburg in den Raum Frankfurt. An dieses Netz unmittelbar angeschlossen sind auch die an den Grenzen des Landes liegenden Großkraftwerke Mannheim mit einer Engpaßleistung von 685 MW und Vianden in Luxemburg, ein Pumpspeicherwerk mit einer Engpaßleistung von 900 MW, die zur Versorgung des Landes in erheblichem Maße beitragen. Aus den Fernleitungen wird der Strom an bestimmten zentralen Punkten in das 110 kV-Netz eingespeist, von dem aus die Weiterverteilung an die Endverbraucher über Mittel- und Niederspannungsleitungen erfolgt.

Das Verbundsystem erlaubt es, die Stromerzeugung schwerpunktmäßig dort zu betreiben, wo die Standortbedingungen am günstigsten sind. Für die Anlage von Wärmekraftwerken bieten sich in dieser Hinsicht auf Grund entsprechend großer Stein- und Braunkohlenvorkommen das Ruhrgebiet und der Kölner Raum als besonders vorteilhaft an, während für den Bau von Wasserkraftwerken sehr gute Voraussetzungen vor allem im Alpengebiet gegeben sind. Trotz der günstigen Versorgungsmöglichkeiten über das Verbundsystem und des weiteren Ausbaues des Fernleitungsnetzes hat sich der Anteil am gesamten Stromaufkommen des Landes, der für die öffentliche Versorgung in Rheinland-Pfalz selbst erzeugt wird, über den Zeitraum von 1950 bis 1966 hinweg nicht verringert. Allerdings lassen sich verschiedene Entwicklungsstadien gegeneinander abgrenzen, da sich die Engpaßleistung der Kraftwerke im Gegensatz zu dem ziemlich kontinuierlich ansteigenden Stromverbrauch sprunghaft verändert hat. Betrachtet man zunächst die Entwicklung der Wärmekraftwerke, so zeigt sich, daß die Erhöhung der

Stromerzeugung der Kraftwerke 1950 - 1966

Jahr	Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen					Kraftwerke von Industrieunternehmen <sup>1)</sup>					
	ins- gesamt	Wasserkraftwerke			Wärme- kraft- werke	ins- gesamt	Wasser- kraft- werke	Wärmekraftwerke			
		zu- sammen	Lauf- wasser	Speicher und Pump- speicher				zu- sammen	betrieben mit		
									Kohle	Heizöl	sonstigen Brenn- stoffen
MWh											
1950	369 387	50 438	.	.	318 949	782 821	5 228	777 593	776 853	-	740
1951	489 420	110 226	.	.	379 194	.	.	.	.	.	.
1952	514 081	109 381	96 966	12 415	404 700	783 298	5 474	777 824	777 170	-	654
1953	466 668	82 534	78 179	4 355	384 134	935 887	3 467	932 420	931 739	-	681
1954	523 564	107 832	100 590	7 242	415 732	1 068 847	5 348	1 063 499	1 062 731	-	768
1955	605 937	106 908	99 557	7 351	499 029	1 152 135	4 488	1 147 647	1 146 774	-	873
1956	578 131	143 262	132 532	10 730	434 869	1 261 934	6 917	1 255 017	1 247 697	-	7 320
1957	611 917	130 610	118 792	11 818	481 307	1 392 030	8 202	1 383 828	1 379 273	-	4 555
1958	727 925	150 231	136 559	13 672	577 694	1 593 790	6 671	1 587 119	1 585 327	-	1 792
1959	778 122	99 019	90 121	8 898	679 103	1 835 300	2 900	1 832 400	1 809 400	-	23 000
1960	912 197	142 933	131 258	11 675	769 264	1 810 000	4 900	1 805 100	1 804 900	-	200
1961	1 045 392	154 891	140 214	14 677	891 041	1 981 200	6 100	1 975 100	1 279 900	562 500	132 700
1962	1 050 267	195 360	184 132	11 228	854 907	2 042 500	4 600	2 037 900	1 486 400	507 300	44 200
1963	1 273 501	260 641	252 134	8 507	1 012 860	2 246 604	3 208	2 243 396	1 646 117	523 198	74 081
1964	1 578 902	348 965	338 797	10 168	1 229 937	2 476 254	4 255	2 471 999	1 556 729	813 706	101 564
1965	2 044 602	767 160	748 706	18 454	1 277 442	2 734 100	7 000	2 727 100	1 175 500	1 446 900	104 700
1966	2 362 056	960 922	944 462	16 460	1 401 134	3 001 889	6 720	2 995 169	1 193 547	1 725 132	76 490

1) Stromerzeugungsanlagen von über 1 000 kVA Nennleistung.



Jahr	Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen					Kraftwerke von Industrieunternehmen <sup>1)</sup>					
	ins- gesamt	Wasserkraftwerke			Wärme- kraft- werke	ins- gesamt	Wasser- kraft- werke	zu- sammen	Wärmekraftwerke		
		zu- sammen	Lauf- wasser	Speicher und Pump- speicher					betrieben mit		
									Kohle	Heizöl	sonstigen Brenn- stoffen
MW											
1950	120,0	16,0	.	.	104,0	166,1	1,8	164,3	163,8	-	0,5
1951	136,0	32,0	.	.	104,0	.	.	.	.	.	.
1952	127,9	31,3	25,2	6,1	96,6	211,1	1,9	209,2	208,6	-	0,6
1953	126,9	30,2	24,1	6,1	96,7	224,7	2,0	222,7	222,1	-	0,6
1954	153,4	30,2	24,1	6,1	123,2	232,9	1,9	231,0	230,5	-	0,5
1955	181,1	33,7	27,6	6,1	147,4	256,3	1,9	254,4	253,8	-	0,6
1956	143,9	33,7	27,6	6,1	110,2	262,5	1,9	260,6	259,5	-	1,1
1957	135,9	33,7	27,6	6,1	102,2	299,5	1,9	297,6	293,5	-	4,1
1958	237,3	35,1	29,0	6,1	202,2	354,0	2,0	352,0	350,9	-	1,1
1959	240,3	35,1	29,0	6,1	205,2	351,3	1,9	349,5	347,9	-	1,6
1960	243,9	35,1	29,0	6,1	208,8	378,9	2,0	376,9	375,5	-	1,4
1961	229,7	43,1	37,0	6,1	186,6	382,4	2,0	380,4	319,3	44,9	16,2
1962	280,2	90,8	84,7	6,1	189,4	400,3	1,8	398,5	294,9	84,4	19,2
1963	380,2	90,8	84,7	6,1	289,4	403,6	1,6	402,0	290,5	92,2	19,3
1964	419,8	130,2	124,1	6,1	289,6	435,9	1,8	434,1	255,8	157,0	21,3
1965	459,1	169,5	163,4	6,1	289,6	514,5	1,7	512,8	257,2	233,4	22,2
1966	598,1	208,5	202,4	6,1	389,6	606,5	1,7	604,8	254,9	327,4	22,5

1) Stromerzeugungsanlagen von über 1 000 kVA Nennleistung.

Engpaßleistung in den Jahren 1954 und 1955 durch Stilllegungen in den beiden folgenden Jahren wieder wettgemacht wurde und die Kapazität 1957 mit 102 MW noch geringer war als 1950 (104 MW). Im Anschluß daran lassen sich im wesentlichen drei Ausbaustadien feststellen: auf 202 MW im Jahre 1958, 289 MW im Jahre 1963 und 390 MW im Jahre 1966. Dagegen hielt sich die Engpaßleistung der Wasserkraftwerke bis zum Jahre 1960 (35 MW) etwa auf dem gleichen Niveau und stieg erst mit dem Bau der Laufwasserkraftwerke an den Moselstautufen bis auf 209 MW im Jahre 1966. Die Darstellung der Engpaßleistung ist allerdings nur ein Aspekt; da die Auslastung der Kraftwerke gewissen Schwankungen unterliegt, ergibt sich für die Stromerzeugung ein zum Teil abweichender Entwicklungsverlauf. Insgesamt gesehen sank die Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz im Verhältnis zum Stromaufkommen von 1950 bis 1957 auf Grund der im großen und ganzen konstant bleibenden Kapazität von 22 auf 13%. In den folgenden Jahren hielt sich dieser Anteil etwa bei 15%. Mit dem stärkeren Ausbau der Wärmekraftwerke 1963 und 1966 und der Inbetriebnahme der Moselkraftwerke nahm die Stromerzeugung aus den im Land gelegenen Anlagen so zu, daß sie 1966 schon 28% des Stromaufkommens ausmachte.

In einem sehr viel stärkerem Maße als die Kraftwerke der Elektrizitätsversorgungsunternehmen wurden die von Industrieunternehmen betriebenen Stromerzeugungsanlagen ausgebaut. Anders als im Bereich der Elektrizitätsversorgungsunternehmen ist hier jedoch ein im ganzen gesehen gleichmäßiger Anstieg der Engpaßleistung zu beobachten. Zwar variieren die Zuwachsraten von Jahr zu Jahr recht erheblich, was bei der relativ geringen Anzahl von Stromerzeugungsanlagen nicht anders zu erwarten ist; aber bereits bei der Bildung von Fünfjahresdurchschnitten (1950 bis 1955, 1956 bis 1960, 1961 bis 1965) ergeben sich jährliche Zunahmen, die zwischen 6 und 9% liegen. Wasserkraftwerke spielen unter den industriellen Stromerzeu-

gungsanlagen nur eine geringe Rolle; ihre Engpaßleistung hat sich im Verlaufe der Jahre kaum geändert und betrug 1966 lediglich 1,7 MW. Eine einschneidende Umstrukturierung ist dagegen bei den Wärmekraftwerken festzustellen, die bis 1960 fast ausschließlich mit Kohle betrieben wurden und deren Engpaßleistung zunächst von 164 MW im Jahre 1950 bis auf 376 im Jahre 1960 anstieg. Seitdem wurden die Kohlekraftwerke aber in zunehmendem Maße auf Heizöl umgestellt, so daß ihre Engpaßleistung bis auf 255 MW im Jahre 1966 zurückging. Bedingt durch diesen Umstellungsprozeß, der sich auch dahingehend auswirkte, daß innerhalb des Neubauprogramms den Heizölkraftwerken der Vorzug gegeben wurde, erhöhte sich die Engpaßleistung der mit Heizöl betriebenen Kraftwerke auf 327 MW im Jahre 1966. Im Verlauf von nur 6 Jahren haben die Heizölkraftwerke somit einen Anteil von 54% an der gesamten Engpaßleistung der von Industrieunternehmen betriebenen Stromerzeugungsanlagen erreicht, während gleichzeitig der Anteil der Kohlekraftwerke von 99 auf 42% gesunken ist. Die Engpaßleistung der mit sonstigen Brennstoffen betriebenen Kraftwerke nahm zwar ebenfalls von nur 1,4 MW im Jahre 1960 bis auf 22,5 MW im Jahre 1966 zu, blieb aber vergleichsweise doch noch recht gering (Anteil 3,7%).

### 3. Stromaufkommen für die öffentliche Elektrizitätsversorgung und seine Verwendung

a. Stromaufkommen: Das Stromaufkommen für die öffentliche Versorgung setzt sich zusammen aus der Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz, der Industrie-einspeisung und dem Saldo des Stromaustausches mit den anderen Bundesländern und dem Ausland. Dieser Wert ist noch um den Pumpstromverbrauch, der zum Betrieb der Pumpspeicherwerke verwandt wird, zu vermindern, da diese Strommenge ebenso wie der Eigenverbrauch der Kraftwerke, der zur Ermittlung der Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz von der Stromerzeugung abzusetzen ist, nicht



Strombilanz für die öffentliche Elektrizitätsversorgung 1950 - 1966

Jahr	Strom- erzeugung der Kraftwerke	Eigen- verbrauch der Kraftwerke	Stromabgabe der Kraft- werke an das öffentl. Netz (Sp. 1 - Sp. 2)	Industrie- einspeisung	Strom austausch mit den anderen Bundesländern und dem Ausland			Pump- strom- verbrauch	Stromauf- kommen 1) insgesamt (Sp. 3 + Sp. 4 + Sp. 7 - Sp. 8)
					Strom- bezug	Strom- lieferungen	Saldo (Sp. 5 - Sp. 6)		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
1950	369 387	18 222	351 165	39 839	2 121 394	941 304	1 180 090	-	1 571 094
1951	489 420	24 023	465 397	33 140	2 535 917	1 077 133	1 458 784	-	1 957 321
1952	514 081	25 766	488 315	18 662	2 894 362	1 098 055	1 796 307	-	2 303 284
1953	466 668	23 392	443 276	17 189	2 590 114	532 066	2 058 048	-	2 518 513
1954	523 564	26 369	497 195	16 300	2 694 126	215 083	2 479 043	-	2 992 538
1955	605 937	31 446	574 491	12 844	3 397 774	401 763	2 996 011	-	3 583 346
1956	578 131	30 319	547 812	14 602	3 868 410	441 755	3 426 655	3 000	3 986 069
1957	611 917	32 024	579 893	10 131	4 200 448	429 430	3 771 018	7 926	4 353 116
1958	727 925	39 364	688 561	10 973	4 164 396	356 360	3 808 036	5 955	4 501 615
1959	778 122	60 498	717 624	9 021	4 438 913	445 817	3 993 096	9 101	4 710 640
1960	912 197	68 874	843 323	20 531	5 138 226	539 240	4 598 986	7 605	5 455 235
1961	1 045 392	78 681	966 711	16 158	5 428 384	625 542	4 802 842	7 007	5 778 704
1962	1 050 267	79 294	970 973	16 149	5 880 383	679 852	5 200 531	7 752	6 179 901
1963	1 273 501	97 851	1 175 650	15 614	7 244 645	1 780 667	5 463 978	7 911	6 647 331
1964	1 578 902	116 170	1 462 732	32 208	8 030 768	2 362 096	5 668 672	11 144	7 152 468
1965	2 044 602	123 709	1 920 893	38 550	8 550 282	2 857 281	5 693 001	8 394	7 644 050
1966	2 362 056	134 445	2 227 611	35 790	9 114 523	3 255 361	5 859 162	8 895	8 113 668

1) Einschl. Übertragungsverluste.

für die öffentliche Versorgung zur Verfügung steht. Das Stromaufkommen erhöhte sich von 1 571 Mill. kWh im Jahre 1950 bis auf 8 114 Mill. kWh im Jahre 1966. Die Zuwachsraten waren in der ersten Hälfte der 50er Jahre besonders hoch und lagen zum Teil weit über 10%. Seit 1961 steigt das Stromaufkommen jährlich nahezu kontinuierlich um etwa 7%. Über die Entwicklung des Anteils am Stromaufkommen, der durch im Land gelegene Stromerzeugungsanlagen aufgebracht wird, wurde im vorangegangenen Kapitel über die Kraftwerke bereits berichtet. Der Umfang der Industrie einspeisung schwankt sehr stark, ohne eine eindeutige Entwicklungstendenz erkennen zu lassen. Mit nur 36 Mill. kWh ist ihr Anteil am gesamten Stromaufkommen sehr gering (0,4%), so daß der Saldo des Strom austausches mit den anderen Bundesländern und dem Ausland praktisch die Veränderung des gesamten Stromaufkommens einerseits und die Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz andererseits als Differenzposition widerspiegelt. Da die Entwicklung der Stromerzeugung bis in die zweite Hälfte der 50er Jahre erheblich hinter dem Anstieg des Stromverbrauchs zurückblieb, mußte ein ständig wachsender Teil des Bedarfs durch den Bezug über das Verbundsystem gedeckt werden. Mit dem Ausbau der Engpaßleistung der Wärmekraftwerke und der Inbetriebnahme der Laufwasserkraftwerke an den Moselstautufen erhöhte sich jedoch die Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz stärker als der Strombedarf, so daß die Zuwachsraten der per Saldo zu beziehenden Strommengen tendenziell abnahmen. Während die Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz von 1950 bis 1957 jährlich um 7,5% anstieg, so daß bei einer Erhöhung des Stromaufkommens um durchschnittlich 15,7% eine Zunahme des Strombezuges um 18,0% erforderlich war, erreichte die durchschnittliche Zuwachsrate für die Stromabgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz in dem folgenden Zeitabschnitt von 1957 bis 1966 den Wert von 16,1%; da gleichzeitig das gesamte Stromaufkommen nur noch um durchschnittlich 7,2% zunahm,

sank die entsprechende Zuwachsrate für den Strombezug auf 5,0%.

In dem Strom austausch mit den anderen Bundesländern und dem Ausland überwiegt in Rheinland-Pfalz auf Grund der unzureichenden eigenen Stromerzeugungsanlagen der Strombezug. Bei den Stromlieferungen an andere Bundesländer und das Ausland handelt es sich zu einem großen Teil um die Durchleitung von Strom, da die Stromerzeugung in erster Linie zur Deckung des Eigenbedarfs in den jeweiligen Versorgungsgebieten des Landes benötigt wird. Mit 3 255 Mill. kWh übertrafen die Stromlieferungen an andere Bundesländer und das Ausland die Abgabe der Kraftwerke an das öffentliche Netz um 46%. Die größten Stromlieferungen kommen aus Nordrhein-Westfalen. Sie sind in den letzten zehn Jahren etwas stärker gestiegen (82%) als der Nettobezug insgesamt (71%); 1966 beliefen sie sich auf 5 374 Mill. kWh. Erhebliche Strommengen kommen auch aus dem Saarland; nachdem sie bis 1955 relativ gering waren und von 1956 bis 1963 zwischen 400 und 800 Mill. kWh schwankten, liegen sie seit 1964 über 2 000 Mill. kWh. Allerdings haben sich auch die in das Saarland gehenden Stromlieferungen, die bis 1961 lediglich zwischen 100 und 150 Mill. kWh ausmachten, erheblich erhöht; 1966 erreichten sie 1 010 Mill. kWh, so daß der Nettostrombezug aus dem Saarland nur 1 039 Mill. kWh betrug. Die Strombezüge aus Baden-Württemberg lassen keine eindeutige langfristige Tendenz erkennen. 1966 hielten sie sich mit 700 Mill. kWh in etwa auf dem Niveau der vorangegangenen drei Jahre. Im Strom austausch mit Hessen und dem Ausland überwiegen die Lieferungen die Bezüge. Während sich die Bezüge aus Hessen in den letzten zehn Jahren zwischen 50 und 100 Mill. kWh bewegten (1966: 96 Mill. kWh), zeigen die Lieferungen in diesem Zeitraum einen zwar in einigen Jahren unterbrochenen, aber im ganzen doch anhaltenden Anstieg bis auf 801 Mill. kWh im Jahre 1966. Die Nettolieferungen betrugen damit in diesem Jahr 705 Mill. kWh und übertrafen noch die Nettolieferungen in



Stromaustausch mit den anderen Bundesländern und dem Ausland 1950 - 1966

Jahr	Strombezug aus anderen Bundesländern und dem Ausland					Stromlieferungen an andere Bundesländer und das Ausland				Saldo	
	ins- gesamt	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Baden- Württem- berg	Saarland	Ausland	ins- gesamt	Hessen	Saarland		Ausland
	MWh										
1950	2 121 394	1 428 024	21 262	631 294	40 514	300	941 304	760 885	47 040	18 755	1 180 090
1951	2 535 917	1 596 077	21 973	886 433	31 434	-	1 077 133	885 875	46 847	-	1 458 784
1952	2 894 362	1 795 842	27 911	1 047 533	16 916	6 160	1 098 055	921 211	58 190	5 490	1 796 307
1953	2 590 114	2 074 342	25 927	416 167	28 909	44 769	532 066	420 607	102 541	851	2 058 048
1954	2 694 126	2 299 034	17 534	269 939	13 585	94 034	215 083	126 512	88 189	382	2 479 043
1955	3 397 774	2 796 457	41 675	284 245	234 173	41 224	401 763	230 076	134 189	37 498	2 996 011
1956	3 868 410	2 950 089	93 822	299 871	512 185	12 443	441 755	237 330	137 823	66 602	3 426 655
1957	4 200 448	3 193 796	83 924	465 566	453 455	3 707	429 430	210 510	112 756	106 164	3 771 018
1958	4 164 396	3 288 652	66 169	381 020	426 897	1 658	356 360	215 700	106 713	33 947	3 808 036
1959	4 438 913	3 512 470	53 080	415 936	384 905	72 522	445 817	317 459	128 333	25	3 993 096
1960	5 138 226	3 836 154	61 807	542 705	602 465	95 095	539 240	399 407	139 833	-	4 598 986
1961	5 428 384	3 816 971	104 261	608 394	775 632	123 126	625 542	475 659	149 791	92	4 802 842
1962	5 880 383	4 265 909	91 253	928 768	538 945	55 508	679 852	426 525	179 167	74 160	5 200 531
1963	7 244 645	5 159 531	73 245	769 438	779 441	462 990	1 780 667	545 131	608 004	627 532	5 463 978
1964	8 030 768	4 197 963	57 539	737 349	2 267 114	770 803	2 362 096	702 391	570 413	1 089 292	5 668 672
1965	8 550 282	4 500 449	81 645	744 176	2 394 243	829 769	2 857 281	718 605	803 636	1 335 040	5 693 001
1966	9 114 523	5 374 223	95 528	699 657	2 049 067	896 048	3 255 361	800 942	1 009 793	1 444 626	5 859 162

das Ausland in Höhe von 549 Mill. kWh. Der Strom-austausch mit dem Ausland ist seit langem erheblichen Veränderungen unterworfen; lediglich für die drei letzten Jahre (1964 bis 1966) ist eine Stabilisierung der Verhältnisse festzustellen, die durch eine gleichmäßige Zunahme der Bezüge von 771 auf 896 Mill. kWh und der Lieferungen von 1 089 auf 1 445 Mill. kWh charakterisiert wird.

Zieht man für das letzte Jahr des Untersuchungszeitraums (1966) Bilanz, so ergibt sich, daß die Strommenge, die zur Deckung des rheinland-pfälzischen Bedarfs benötigt (8 123 Mill. kWh einschließlich des Pumpstromverbrauchs) und darüber hinaus nach Hessen und in das Ausland netto, das heißt nach Abzug der Bezüge aus diesen Gebieten, geliefert wurde (1 254 Mill. kWh), zu 23,8% von den in Rheinland-Pfalz gelegenen Kraftwerken erzeugt, zu 0,4% durch die Industrie eingespeist und zu 75,8% aus anderen Bundesländern bezogen wurde, wobei 75,6% des per Saldo bezogenen Stroms aus Nordrhein-Westfalen, 14,6% aus dem Saarland und 9,8% aus Baden-Württemberg kamen.

b. Stromabsatz: Während sich die vorstehende Darstellung über das Stromaufkommen und seine Zusammensetzung auf die Angaben aus den monatlichen Erhebungen bei den Elektrizitätsversorgungsunternehmen stützt, stehen Ergebnisse über den Stromabsatz nur aus der Jahresstatistik zur Verfügung. Wegen der unterschiedlichen Ansatzpunkte decken sich die Zahlen nicht ganz. Während die Angaben über das Stromaufkommen noch die Übertragungsverluste miteinschließen, handelt es sich bei den Ergebnissen über Menge und Wert des Stromabsatzes um die mit den Beziehern abgerechneten Lieferungen. Hinzu kommt, daß die Versorgungsräume der regionalen und überregionalen Versorgungsgesellschaften zum Teil über die Ländergrenzen hinausgreifen und es vielfach erhebliche Schwierigkeiten macht, den in den rheinland-pfälzischen Gebietsteil gehenden Stromabsatz zu ermitteln. Vielfach können diese Angaben nur relativ grob geschätzt werden, so daß auch aus diesem Grund gewisse Abweichungen zwischen den Ergebnissen über das Stromaufkommen und den Strom-

absatz unvermeidbar sind. Die Entwicklung des gesamten Stromverbrauchs wird daher noch am genauesten durch die Angaben aus den monatlichen Erhebungen über das Stromaufkommen dargestellt. Wenn der Aussagewert der Ergebnisse, die aus den jährlichen Erhebungen über den Stromabsatz zur Verfügung stehen, in ihrer regionalen Abgrenzung durch die genannten Fehlerquellen bis zu einem gewissen Grad auch beeinträchtigt wird, so ist ihr Genauigkeitsgrad doch hinreichend, um die Veränderungen des Stromverbrauchs der einzelnen Verbrauchergruppen in ihrer Tendenz zutreffend aufzuzeigen. Dabei ist allerdings bezüglich der Zuordnung der Verbraucher zu den verschiedenen Gruppen zu beachten, daß die Energieversorgungsunternehmen natürlich keine Unterlagen darüber haben, aus denen zu entnehmen ist, in welchem Bereich der wirtschaftliche Schwerpunkt der Verbraucher liegt, soweit sich dies nicht einwandfrei aus der Festlegung des Tarifs ergibt. Daraus erklären sich die Differenzen gegenüber den Angaben für den Stromverbrauch bestimmter Verbrauchergruppen, die auf Erhebungen bei den entsprechenden Stromverbrauchern selbst basieren, wie sie zum Beispiel für die Industrie durchgeführt werden (vgl. hierzu Abschnitt 4. Strombilanz der Industrie).

Der größte Stromverbraucher war mit 4 868 Mill. kWh im Jahre 1966 die Industrie. Dabei gibt diese Zahl nur den über das öffentliche Netz bezogenen Strom wieder. Bezieht man den in industriellen Stromerzeugungsanlagen erzeugten und in den Betrieben unmittelbar verbrauchten Strom mit ein (Stromerzeugung abzüglich der in das öffentliche Netz eingespeisten Strommenge), so ergibt sich ein industrieller Gesamtverbrauch von 7 880 Mill. kWh. Während der von der Industrie über das öffentliche Netz bezogene Strom an dem Gesamtabsatz der Energieversorgungsunternehmen an Endverbraucher mit 60% beteiligt ist, beläuft sich der gesamte Stromverbrauch der Industrie auf 71% des um die Erzeugung der industriellen Kraftwerke erhöhten Stromaufkommens für die öffentliche Versorgung. Im Vergleich zu den Bezugs- bzw. Verbrauchszahlen der Industrie nehmen sich die Anteile der übrigen Verbrauchergruppen relativ bescheiden aus. Die



Stromabsatz an Endverbraucher nach Verbrauchergruppen 1950 - 1966

Jahr	Insgesamt	Industrie <sup>1)</sup>	Verkehrs- einrichtungen <sup>2)</sup>	Übrige gewerbliche Wirtschaft	Öffentliche Ein- richtungen	Land- und Forst- wirtschaft	Haushalte
MWh							
1950	1 376 849	929 603	43 322	95 379	95 606	47 407	165 532
1951	1 747 184	1 210 108	47 633	116 176	111 526	56 611	205 130
1952	1 936 156	1 284 763	52 849	140 364	157 960	62 031	238 189
1953	2 260 421	1 485 921	56 728	170 289	221 597	66 481	259 405
1954	2 746 561	1 877 843	58 574	179 227	271 238	73 064	286 615
1955	3 303 187	2 295 404	63 638	207 773	313 171	86 724	336 477
1956	3 748 447	2 575 291	67 152	245 037	355 504	100 377	405 116
1957	4 142 740	2 857 281	69 764	272 896	375 370	109 108	458 321
1958	4 203 977	2 792 186	73 123	304 368	393 430	119 438	521 432
1959	4 475 413	2 928 432	74 333	336 462	430 477	125 516	580 193
1960	5 102 085	3 387 789	77 411	376 590	465 941	136 779	657 575
1961	5 247 817	3 444 321	69 550	407 432	458 712	150 748	717 054
1962	5 795 208	3 763 556	71 576	462 318	516 400	165 507	815 851
1963	6 286 491	3 996 688	71 405	519 997	561 651	195 815	940 935
1964	6 797 512	4 259 100	71 388	560 378	616 115	214 728	1 075 803
1965	7 655 019	4 666 073	65 151	643 212	688 481	220 160	1 371 942
1966	8 140 451	4 867 916	66 403	712 778	718 853	240 941	1 533 560

1) Einschl. Durchleitung (Industrie an Industrie über das öffentliche Netz). - 2) Ohne die Deutsche Bundespost, die unter den öffentlichen Einrichtungen erfaßt wird.

Quoten sind dabei jeweils noch geringer, wenn man von dem umfassenderen Gesamtwert ausgeht, der die industrielle Stromerzeugung miteinschließt. Mit einem Stromverbrauch von 1 534 Mill. kWh (18,8 bzw. 13,7%) heben sich die privaten Haushalte hier deutlich heraus, während die öffentlichen Einrichtungen 719 Mill. kWh (8,8 bzw. 6,4%), die übrige gewerbliche Wirtschaft 713 Mill. kWh (8,8 bzw. 6,4%), die Land- und Forstwirtschaft 241 Mill. kWh (3,0 bzw. 2,2%) und die Verkehrseinrichtungen 66 Mill. kWh (0,8 bzw. 0,6%) bezogen.

In den letzten zehn Jahren ist der Stromverbrauch der privaten Haushalte am stärksten gestiegen, und zwar um 279%. Diese Entwicklung spiegelt die Steigerung des Lebensstandards wider, die breite Bevölkerungsschichten in dieser Zeit erlebten und die sich nicht zuletzt in der Anschaffung von Kühlschränken und Gefriertruhen, Elektroherden, Waschmaschinen, Warmwasserbereitern, Küchenmaschinen, Heizgeräten und Nachtstromspeicheröfen, Spülmaschinen und zahlreichen anderen elektrischen Haushaltsgeräten manifestierte. Auch die Erhöhung des Stromverbrauchs der Land- und Forstwirtschaft war mit 140% sehr beträchtlich, insbesondere wenn man bedenkt, daß die Zahl der bäuerlichen Betriebe in diesem Zeitraum erheblich zurückging. Noch stärker nahm aber der Stromverbrauch der übrigen gewerblichen Wirtschaft zu (191%); bei der Mehrzahl der in dieser Gruppe zusammengefaßten Verbraucher handelt es sich um Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe. Die Industriebetriebe und die öffentlichen Einrichtungen haben ihren Stromverbrauch seit 1956 bei einer Gesamtzunahme um 104 bzw. 102% etwas mehr als verdoppelt. Da die Industrie einen wachsenden Teil des Stromverbrauchs aus eigenen Stromerzeugungsanlagen deckte, stieg der Bezug aus dem öffentlichen Netz nicht ganz so stark an (+ 89%). Dagegen ist der Stromverbrauch der Verkehrseinrichtungen, der in den 50er Jahren ebenfalls noch eine allerdings weniger stark aufwärts gerichtete Tendenz zeigte, seit 1960 rückläufig, so daß sich bei einem Vergleich der Jahre 1956 und 1966 eine Abnahme um 1% ergibt. Zu den Ver-

kehrseinrichtungen zählt dabei nicht die Deutsche Bundespost, die unter den öffentlichen Einrichtungen erfaßt wird. Weiterhin enthalten die Angaben insbesondere nicht den Fahrstrom der Bundesbahn, der aus Einphasen-Primärmaschinen gewonnen wird, soweit überhaupt ein Bezug aus dem öffentlichen Netz erfolgt, was nur zu einem geringeren Teil der Fall ist, da der Bedarf in erster Linie unmittelbar durch die Bahnkraftwerke gedeckt wird. Die vom Gesamttrend abweichende Sonderentwicklung des Stromverbrauchs der Verkehrseinrichtungen dürfte nicht unwesentlich durch den Rückgang des Straßenbahn- und Obusverkehrs beeinflusst worden sein.

Die Gliederung des Stromabsatzes an Endverbraucher nach Tarifgruppen deckt sich zum Teil mit der Verteilung nach Verbrauchergruppen, da die Tarife weitgehend auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren abgestellt wurden. Dabei umfassen die Sonderabnehmer hauptsächlich die industriellen Verbraucher, die Verkehrseinrichtungen und zum weitaus größten Teil auch die öffentlichen Einrichtungen, während der Stromverbrauch bei den Haushalten fast vollständig, bei der übrigen gewerblichen Wirtschaft sowie der Land- und Forstwirtschaft mit gewissen Ausnahmen, nach den entsprechenden Tarifen abgerechnet wird. An den Stromabsatz an Endverbraucher in Höhe von 8 140 Mill. kWh waren im Jahre 1966 die Sonderabnehmer zu

Stromabsatz nach Verbrauchergruppen 1966

Verbrauchergruppe	Menge	Wert	Durchschnittl. Preis
	MWh	1 000 DM	Pf je kWh
Energieverteiler	6 602 263	369 081	5,6
Endverbraucher	8 140 451	739 410	9,1
Sonderabnehmer	5 617 875	382 240	7,0
Tarifabnehmer	2 522 576	357 170	14,2
Haushalts-Tarife	1 525 027	205 254	13,5
Landwirtschaftliche Tarife	230 161	26 968	11,7
Gewerbliche Tarife	767 388	124 948	16,3
Insgesamt	14 742 714	1 108 491	7,5



69% und die Tarifabnehmer zu 31% beteiligt, wobei unter den Lieferungen an Tarifabnehmer der Absatz zu Haushaltstarifen (19%) vor dem Absatz zu gewerblichen und landwirtschaftlichen Tarifen (9 bzw. 3%) rangierte.

Da die überregionalen und regionalen Versorgungsunternehmen die Stromverteilung an die Endverbraucher in vielen Fällen nicht selbst übernehmen, sondern diese Aufgabe kommunalen Versorgungsunternehmen überlassen, geht ein erheblicher Teil des gesamten Stromabsatzes der Elektrizitätsversorgungsunternehmen nicht an Endverbraucher, sondern an Energieverteiler; im Jahre 1966 waren es 6 602 Mill. kWh oder 45% des gesamten Stromabsatzes der Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Der Strom wird an Weiterverteiler naturgemäß zu sehr viel niedrigeren Preisen geliefert als an Endverbraucher, so daß der Erlösanteil mit 369 Mill. DM oder 33% erheblich geringer war; im Durchschnitt übernahmen die Energieträger den Strom für 5,6 Pf je kWh. Von den Endverbrauchern bezogen die Sonderabnehmer den Strom zu einem Preis, der mit 7,0 Pf je kWh im Durchschnitt nur halb so hoch war, wie der Preis, der den Tarifabnehmern in Rechnung gestellt wurde (14,2 Pf je kWh).

#### 4. Strombilanz der Industrie

Bei der Darstellung des Stromabsatzes wurde bereits darauf hingewiesen, daß 60% des von den Endverbrauchern über das öffentliche Netz bezogenen Stroms an Industriebetriebe gehen und daß der Anteil des Stromverbrauchs der Industrie sich sogar auf 71% beläuft, wenn man den in industriellen Kraftwerken erzeugten, aber nicht über das öffentliche Netz geleiteten Strom in die Rechnung miteinbezieht. Diese Sonderstellung, welche die Industrie im Rahmen der gesamten Stromversorgung einnimmt, hat Veranlassung dazu gegeben, die monatlichen und jährlichen Erhebungen bei den öffentlichen Versorgungsunternehmen über das Stromaufkommen und seine Verwendung durch zusätzliche Ermittlungen im Rahmen der Industriestatistik zu ergänzen. Zu diesem Zweck wird eine besondere jährliche Erhebung bei den Industriebetrieben durchgeführt, die über Stromerzeugungsanlagen mit einer Nennleistung von mehr als 1 000 kVA verfügen. Die wichtigsten Ergebnisse aus dieser Statistik wurden kurz in dem Kapitel über die Kraftwerke dargestellt (siehe Abschnitt 2.). Darüber hinaus werden im monatlichen Industriebericht, durch den in erster Linie Informationen über die Entwicklung der Beschäftigung, des Umsatzes und des Auftragseingangs bei den Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten bereitgestellt werden sollen, Angaben über die Erzeugung, den Bezug, die Abgabe und den Verbrauch von Elektrizität erfaßt, wie dies in ähnlicher Form auch für die anderen Energiearten (Kohle, Heizöl, Gas) geschieht. Die Ergebnisse des monatlichen Industrieberichts können dabei mit den Angaben aus den Erhebungen bei den öffentlichen Elektrizitätsversorgungsunternehmen insofern nicht genau übereinstimmen, als die beiden Statistiken an verschiedenen Stellen ansetzen - hier Industriebetriebe, dort Elektrizitätsversorgungsunternehmen - so daß sich der Kreis

der jeweils der Industrie zugerechneten Betriebe nicht deckt, zumal sich die Statistik der öffentlichen Elektrizitätsversorgung hier bezüglich der regionalen und wirtschaftssystematischen Abgrenzung besonderen Schwierigkeiten gegenüberstellt, worauf in dem vorangegangenen Kapitel bereits aufmerksam gemacht wurde. Die Abweichungen zwischen den Angaben des monatlichen Industrieberichts und der jährlichen Erhebung über die Stromerzeugungsanlagen in der Industrie erklären sich dagegen daraus, daß die letztere sich auf die Industriebetriebe mit Stromerzeugungsanlagen von über 1 000 kVA Nennleistung beschränkt; hinzu kommt, daß der monatliche Industriebericht von den Betrieben so kurzfristig zu liefern ist, daß in manchen Fällen nur geschätzte Angaben eingesetzt werden können, während in die längerfristige abzuwickelnde Jahreserhebung über die Stromerzeugungsanlagen die genauen Zahlen eingehen. Diese systembedingten Unstimmigkeiten zwischen den jeweils die gleichen Tatbestände wiedergebenden Eckwerten der genannten Statistiken sind allerdings nicht so gravierend, daß sie eine Ergänzung der verschiedenen Programme unmöglich machen; vielmehr halten sich die Abweichungen in relativ engen Grenzen und stören einen Vergleich nur dann, wenn es um die Darstellung sehr detaillierter Zusammenhänge geht.

Der Stromverbrauch der Industrie wird maßgeblich durch die Entwicklung der industriellen Produktion bestimmt. Da der Strombedarf je Produkteinheit aber in den einzelnen Branchen sehr stark schwankt, können sich bei unterschiedlichen Entwicklungstendenzen für die Industrien mit einem relativ hohen und niedrigen Stromverbrauch erhebliche Abweichungen zwischen den Zuwachsraten für die Produktion und den Stromverbrauch der Industrie insgesamt ergeben. Außerdem ändert sich der Strombedarf je Produkteinheit im Verlaufe der Zeit, wobei die stärkere Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse auf eine Erhöhung, die Bemühungen um eine Rationalisierung des Energiebedarfs auf eine Verminderung hinwirken.

Der industrielle Stromverbrauch nahm in den 50er Jahren in einem außergewöhnlichen Umfang zu; die Zuwachsraten lagen dabei bis 1957 zum Teil weit über 10%. Lediglich in den Jahren 1952 und 1958, die eine Unterbrechung der stark aufwärts gerichteten konjunkturellen Entwicklung brachten, waren sie mit + 7,8% und + 3,3% merklich niedriger. Der in den folgenden Jahren zu beobachtende Verlauf hält sich ziemlich eng an die Entwicklung der industriellen Produktion; im Jahre 1959 stieg der Stromverbrauch wieder um 8,1% und 1960 um 9,3%, während in dem für die Industrie weniger erfolgreichen Jahr 1961 eine erheblich geringere Zunahme (+ 4,4%) zu verzeichnen war. In den Jahren 1962 bis 1966 bewegten sich die jährlichen Zuwachsraten etwa um + 7%. Erst 1967 fiel die Zuwachsrate auf + 2,4%. Zwar führte die allgemeine Verschlechterung der konjunkturellen Lage im Jahre 1967 auf Grund des hohen Anteils von Wachstumsindustrien in Rheinland-Pfalz nicht zu einem Rückgang der industriellen Produktion, wie dies



Strombilanz der Industrie 1950 - 1967  
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Stromerzeugung			Strombezug			Stromabgabe			Strom- verbrauch
	ins- gesamt	Wasser- kraft- werke	Wärme- kraft- werke	ins- gesamt	aus dem öffentlichen Netz	von anderen Betrieben	ins- gesamt	an das öffentliche Netz	an andere Betriebe	
	MWh									
1950	801 320	10 012	791 308	908 652	899 172	9 480	21 332	15 444	5 888	1 688 640
1951	838 339	11 484	826 855	1 195 586	1 184 019	11 567	41 667	35 415	6 252	1 992 258
1952	839 225	11 416	827 809	1 343 263	1 324 108	19 155	34 728	21 926	12 802	2 147 760
1953	996 966	8 834	988 132	1 554 489	1 535 188	19 301	35 773	21 970	13 803	2 515 682
1954	1 124 635	11 556	1 113 079	1 883 799	1 862 318	21 481	31 261	16 446	14 815	2 977 173
1955	1 213 262	11 401	1 201 861	2 306 456	2 280 729	25 727	38 593	21 681	16 912	3 481 125
1956	1 323 336	13 699	1 309 637	2 643 214	2 601 616	41 598	105 051	32 696	72 355	3 861 499
1957	1 432 354	12 425	1 419 929	2 932 600	2 889 277	43 323	100 810	27 473	73 337	4 264 144
1958	1 651 862	13 072	1 638 790	2 842 662	2 815 869	26 793	91 445	41 354	50 091	4 403 079
1959	1 875 486	7 170	1 868 316	2 970 347	2 942 208	28 139	86 761	39 552	47 209	4 759 072
1960	1 870 373	10 315	1 860 058	3 418 661	3 387 140	31 521	89 435	45 164	44 271	5 199 599
1961	2 051 491	12 579	2 038 912	3 464 263	3 432 472	31 791	87 520	39 637	47 883	5 428 234
1962	2 111 711	10 841	2 100 870	3 732 281	3 707 214	25 067	74 715	33 849	40 866	5 769 277
1963	2 307 055	8 808	2 298 247	3 952 781	3 927 987	24 794	76 189	29 735	46 454	6 183 647
1964	2 512 009	8 304	2 503 705	4 181 496	4 154 982	26 514	76 475	34 857	41 618	6 617 030
1965	2 776 393	14 339	2 762 054	4 408 989	4 385 050	23 939	83 611	38 146	45 465	7 101 771
1966	3 043 548	13 482	3 030 066	4 662 744	4 640 384	22 360	77 055	31 774	45 281	7 629 237
1967	3 372 919	12 493	3 360 426	4 500 362	4 481 594	18 768	62 052	26 062	35 990	7 811 229

im Bundesgebiet insgesamt geschah; vielmehr erhöhte sich die Gesamterzeugung in Rheinland-Pfalz abermals beträchtlich. In den Industrien mit dem größten Strombedarf nahm der Verbrauch aber überwiegend nur um etwas mehr als 3% zu (chemische Industrie, eisenschaffende Industrie, Papier und Pappe erzeugende Industrie), in der Zementindustrie sank er sogar auf Grund einer entsprechenden Drosselung der Produktion um 4%. Auch andere stärker ins Gewicht fallende Industriezweige, wie die Glas- und die Textilindustrie, meldeten einen rückläufigen Stromverbrauch (— 6,7 bzw. — 5,5%).

Der Anteil des Stromverbrauchs, der aus eigenen Stromerzeugungsanlagen gedeckt werden konnte, verminderte sich zunächst von 47,5% im Jahre 1950 bis auf 33,6% im Jahre 1957. In den folgenden Jahren bewegte er sich um 37%. Seit 1963 stieg jedoch

die Stromerzeugung der industriellen Kraftwerke von Jahr zu Jahr stärker als der Stromverbrauch, so daß der Anteil der Eigenerzeugung sich wieder bis auf 43,2% im Jahre 1967 erhöhte. Der Strom-austausch mit anderen Industriebetrieben ist nur von geringer Bedeutung und zeigt keine der Entwicklung des Stromverbrauchs oder der Stromerzeugung entsprechende Tendenz; 1967 standen Lieferungen in Höhe von 36 Mill. kWh Bezüge von 19 Mill. kWh gegenüber. Das gleiche gilt für die Stromabgabe an das öffentliche Netz, die ebenfalls erheblichen Schwankungen unterliegt (1967: 26 Mill. kWh). Dies ist in erster Linie dadurch bedingt, daß die Stromabgabe an das öffentliche Netz ebenso wie der Stromtausch der Industriebetriebe untereinander weitgehend dazu dient, Spitzen in der Erzeugung und im Verbrauch auszugleichen.

Dr. K. Nold

## Schulden von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden am 31. Dezember 1967

### 1. Gesamtverschuldung

Die staatliche und kommunale Verschuldung betrug Ende 1967 rund 4,9 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr nahm der Schuldenstand damit um 12,6% zu, während sich von 1961 bis 1967 durchschnittlich eine Wachstumsrate von 10,1% ergab. Von dem Nettozugang in Höhe von 550 Mill. DM entfielen 57% auf das Land und 43% auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Landeshaushalt wies somit im Gegensatz zum Vorjahr, als sich mit rund 56% ein Übergewicht des kommunalen Kreditbedarfs ergab, eine höhere Darlehenszunahme aus. In den kommunalen Haushalten wurden nach Abzug der Tilgungen mit 237 Mill. DM nur 64% des Vorjahresbetrages aufgenommen, wodurch sich der Anteil der Kommunalschulden an der Gesamtverschuldung um einen Punkt auf 55% ermäßigte. Die starke Minderung des Schuldenzuwachses ist vor allem eine Folge der 1967 eingetretenen Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität, die zu einer Korrektur

vieler Haushaltsplanansätze führte. Neben den Schwierigkeiten einer Kreditaufnahme durch die zur Pflege des Kapitalmarktes am „Runden Tisch“ koordinierten Emissionswünsche der öffentlichen Hand erfuhren die kommunalen Steuereinnahmen, aus denen überwiegend die stark angestiegenen Schuldendienstleistungen der unrentierlichen Schulden aufgebracht werden müssen, im vergangenen Jahr keine wesentliche Steigerung mehr (+ 0,3 Mill. DM). Aus diesem Grund wurden die Gemeinden und Gemeindeverbände zu einer Kürzung ihrer Investitionen gezwungen, die zum Beispiel bei den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und Landkreisen mit einer Abnahme um 18% ein erhebliches Ausmaß erreichte. Dementsprechend wurden zur Finanzierung des außerordentlichen Haushalts weniger Fremdmittel benötigt. Allerdings ist bei der Beurteilung dieser Entwicklung zu berücksichtigen, daß in den Zahlen die Schuldenaufnahmen der Zweckverbände nicht enthalten sind, die



durch die Finanzstatistik nicht erfaßt werden. Die günstigeren Aussichten am Ende des vergangenen Jahres konnten gleichwohl die Abnahme der Investitionsbereitschaft nicht verhindern. Daher hat sich auch das zweite Konjunkturprogramm der Bundesregierung, das der antizyklischen Finanzpolitik entsprechend eine stärkere Verschuldung der öffentlichen Gebietskörperschaften anstrebte, bei den Gemeinden nicht in vollem Umfang ausgewirkt.

Mit 1 252 DM je Einwohner weist Rheinland-Pfalz eine um 9% über dem Länderdurchschnitt liegende Gesamtverschuldung (ohne Ausgleichsforderungen) auf. Der Betrag hat sich gegenüber dem vorjährigen Ergebnis (1 105 DM) um 13% erhöht. 954 DM Neuschulden je Einwohner (ohne die der wirtschaftlichen Unternehmen und ohne Kassenkredite) hatten die rheinland-pfälzischen Gebietskörperschaften bis Ende 1966; davon waren 71% Schulden aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln und 29% solche bei Gebietskörperschaften, Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen.

Im Gegensatz zu allen anderen Ländern haben sich Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bei öffentlichen Kreditgebern stärker verschuldet als auf dem Kreditmarkt. Ein Vergleich der Landes- und Kommunalschulden mit den Steuereinnahmen nach Umverteilung durch den Länderfinanzausgleich zeigt für das Jahr 1966 eine wiederum höhere Belastung. Rheinland-Pfalz liegt dabei mit 130% um 20 Punkte über dem Länderdurchschnitt. Noch höher ist das Verhältnis im Saarland, in Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Die Gesamthaftungssumme der übernommenen Bürgschaften belief sich Ende Dezember 1967 auf 388 Mill. DM. Das sind 7% mehr als am vorangegangenen Stichtag. Auf das Land entfielen 191 Mill. DM oder 49% des Bürgschaftsbetrages. Für Zwecke des Wohnungsbaues verbürgte sich das Land mit 69% der Summe. Für den Rest wurden Haftungszusagen zur allgemeinen Wirtschaftsförderung gegeben. Die Gemeinden und Gemeindeverbände bürgten für 197 Mill. DM, was einer Zunahme um 14% entspricht. Mehr als 70% wurden für den Bau von

Schuldenaufnahmen und -tilgungen<sup>1)</sup> des Landes und der Gemeinden (Gv.) 1967

Art der Schulden	Neu- auf- nahmen	Til- gungen	Netto- zugang/ -abgang
	Mill. DM		
<b>Land</b>	426, 2	112, 8	313, 4
Neuschulden			
aus Kreditmarktmitteln	404, 1	51, 0	353, 1
aus öffentlichen Sondermitteln	-	1, 5	- 1, 5
bei Gebietskörperschaften	22, 1	57, 5	- 35, 4
Ausgleichsforderungen	-	2, 8	- 2, 8
<b>Gemeinden und Gemeindeverbände</b>	387, 4	150, 6	236, 8
Neuschulden			
aus Kreditmarktmitteln	360, 8	130, 4	230, 4
aus öffentlichen Sondermitteln	1, 9	3, 1	- 1, 2
bei Gebietskörperschaften	24, 7	17, 0	7, 7
Altschulden	-	0, 1	- 0, 1
<b>Insgesamt</b>	813, 6	263, 4	550, 2

1) Einschl. Schuldenzu- und -abgänge durch außerhaushaltsmäßige Vorgänge (z. B. Erlasse bei Ablösungen); ohne Kassenkredite.

Steuereinnahmen und Neuschulden der Länder und Gemeinden (Gv.) des Bundesgebietes 1966

Land	Steuer- ein- nahmen 1)	Neuschulden <sup>2)</sup> am Jahresende			
		aus Kreditmarkt- und öffentlichen Sondermitteln		bei Gebietskörper- schaften, LAG und ERP-Vermögen <sup>3)</sup>	
	DM je Einwohner	% der Steuer- ein- nahmen	DM je Ein- wohner	% der Steuer- ein- nahmen	
Schleswig-Holstein	734	584	80	603	82
Niedersachsen	729	690	95	396	54
Nordrhein-Westfalen	853	382	45	405	47
Hessen	889	812	91	281	32
Rheinland-Pfalz	731	682	93	272	37
Baden-Württemberg	866	546	63	296	34
Bayern	759	471	62	259	34
Saarland	729	999	137	267	37
Insgesamt	809	545	67	345	43

1) Nach Umverteilung durch den Länderfinanzausgleich. - 2) Ohne Kassenkredite und ohne Wirtschaftsunternehmen. - 3) Ohne Bereinigung von Doppelzählungen.

Wohnungen zur Verfügung gestellt, während 17% der Förderung von Wirtschaftsunternehmen dienten. Der Hauptanteil der Haftungssumme entfällt auf die kreisfreien Städte mit 114 Mill. DM.

### 2. Schulden des Landes

Die Schulden des Landes bezifferten sich Ende 1967 auf rund 2,2 Mrd. DM. Auf Neuschulden entfielen mit 1 858 Mill. DM über vier Fünftel des Gesamtbetrages, während sich die abnehmenden Altschulden - ohne 102 Mill. DM Ausgleichsforderungen von überregionalen Versicherungen und Bausparkassen - noch auf 369 Mill. DM beliefen. Im Vergleich zu 1966 haben sich damit die fundierten Schulden (+ 16,4%) nicht ganz so stark wie im Vorjahr erhöht. Der Zugang um 313 Mill. DM resultierte aus 426 Mill. DM Neuaufnahmen abzüglich Tilgungszahlungen und Abgängen aufgrund außerhaushaltsmäßiger Veränderungen in Höhe von 113 Mill. DM. Einen erheblichen Rückgang um die Hälfte des Ausgangsbetrages wiesen die zur Abdeckung eines augenblicklichen Kassenfehlbetrages verwendeten schwebenden Schulden, nämlich die Kassenkredite in Form von Buchkrediten bei der Deutschen Bundesbank auf, die mit 30 Mill. DM nurmehr 1,4% gegenüber 3,2% der vorjährigen langfristigen Verbindlichkeiten ausmachten.

Die Kreditmarktschulden einschließlich der Schulden bei Sozialversicherungsträgern stellten mit 1 130 Mill. DM mehr als die Hälfte der staatlichen Verschuldung dar. Ein Drittel der Schuldensumme ist beim Bund, dem Lastenausgleichsfonds und dem ERP-Sondervermögen aufgenommen worden, während der Rest aus Ausgleichsforderungen besteht. Der größte Teil der Ausgleichsforderungen wird mit 3% verzinst, 51 Mill. DM der durch Tilgungsleistungen ständig sich verringernden Ausgleichsforderungen sind mit einer Verzinsung von 3,5 oder 4,5% ausgestattet und nur 1,6 Mill. DM unverzinslich.

Der Anstieg der Neuschulden am Kreditmarkt, die mit 353 Mill. DM stärker als die Gesamtschulden des Landes zugenommen haben, entspricht einer



Art der Schulden	1966	1967	Veränderung
	Mill. DM		%
<b>Schulden ohne solche bei Gebietskörperschaften</b>	<b>1 150,8</b>	<b>1 499,6</b>	<b>30,3</b>
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	756,1	1 109,2	46,7
Inhaberschuldverschreibungen	369,1	565,9	53,3
Kassenobligationen	-	40,0	.
Unverzinsliche Schatzanweisungen	40,0	68,0	70,0
Banken und Sparkassen	311,2	393,8	26,5
Versicherungen, Bausparkassen	35,8	40,7	13,7
Übrige Schulden aus Kreditmarktmitteln	-	0,8	.
Neuschulden aus öffentl. Sondermitteln	22,7	21,2	- 6,6
Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	5,1	4,1	- 19,6
Sonstige Sozialversicherungen	17,6	17,1	- 2,8
Ausgleichsforderungen <sup>1)</sup>	372,0	369,2	- 0,8
der Banken und Sparkassen	299,4	291,1	- 2,8
der Versicherungen u. Bausparkassen	38,7	37,2	- 3,9
der Postscheck- (Postsparkassen-) ämter	4,6	4,6	-
des Ankaufsfonds der Bundesbank	29,3	36,3	23,9
<b>Schulden bei Gebietskörperschaften</b>	<b>763,4</b>	<b>728,0</b>	<b>- 4,6</b>
Vom Bund	565,2	566,6	0,2
Wohnbauschulden	534,1	538,4	0,8
Vom Lastenausgleichsfonds	196,5	159,8	- 18,7
Wohnbauschulden	172,9	140,4	- 18,8
ERP- (ECA-) Kredite	1,7	1,6	- 5,9
<b>Fundierte Schulden insgesamt</b>	<b>1 914,2</b>	<b>2 227,6</b>	<b>16,4</b>
davon: Neuschulden	1 542,2	1 858,4	20,5
Altschulden	372,0	369,2	- 0,8
außerdem: Kassenkredite	60,4	30,2	- 50,0

1) Ohne 104 Mill. DM (1966), 102 Mill. DM (1967) Ausgleichsforderungen der überregionalen Versicherungen und Bausparkassen.

Zuwachsrates von fast 50%. Mit einem Mehrbetrag von 197 Mill. DM sind vor allem Inhaberschuldverschreibungen vermehrt in Umlauf gebracht worden. Daneben hat das Land die Inanspruchnahme von Schatzanweisungen ausgeweitet. Sowohl die verzinslichen Schatzanweisungen - 1967 wurden erstmals 40 Mill. DM Kassenobligationen emittiert - als auch die unverzinslichen Papiere, mit einer Steigerung um 70%, trugen zur Erhöhung der Verschuldung aus Kreditmarktmitteln bei. Beachtlich angewachsen sind ferner die Schuldverpflichtungen gegenüber Banken und Sparkassen (+ 26,5%) sowie Versicherungen und Bausparkassen (+ 13,7%). Insgesamt dürfte sich hierin die hauptsächlich im letzten Vierteljahr 1967 durch konjunktur- und kreditpolitische Maßnahmen herbeigeführte Beruhigung des Kapitalmarktes ausgewirkt haben, die es den Schuldnehmern gestattete, neue Kredite zu niedrigerem Zinssatz aufzunehmen.

Durch Tilgung wurden die aus öffentlichen Sondermitteln gewährten Darlehen um 6,6% auf 21,2 Mill. DM abgebaut. Ihr Anteil am Gesamtvolumen ist jedoch mit 1% gering. Aus dem gleichen Grund ermäßigten sich die Verbindlichkeiten aus Ausgleichsforderungen um 2,8 Mill. DM, wobei hier die Tilgungsbeträge ganz und die Zinsen zur Hälfte vom Bund getragen werden. Vier Fünftel der überwiegend zu 3% verzinslichen Verpflichtungen bestehen gegenüber Banken und Sparkassen. Sie haben um 2,8% abgenommen, während die betragsmäßig geringeren Forderungen des Ankaufsfonds der Bundesbank, der durch Ankauf an Stelle der ursprünglichen Gläubiger die Verpflichtung übernimmt, um nahezu ein Viertel auf 36,3 Mill. DM angestiegen sind.

Ebenfalls rückläufig ist die Verschuldung bei Gebietskörperschaften (- 4,6%). Da die Tilgungen der Bundesschulden etwa die Höhe der 1967 gewährten Darlehen (+ 22 Mill. DM) erreichten, ergab sich nur ein unbedeutender Zuwachs auf 567 Mill. DM. Damit hat das Gewicht des Bundes als Gläubiger wie bereits im vergangenen Jahr weiter abgenommen. Infolge der gleichzeitig stark expandierenden Kreditmarktschulden ist er noch mit einem Viertel an der Gesamtverschuldung beteiligt. Diese Mittel wurden fast ausschließlich zur Förderung des Wohnungsbaues bereitgestellt. Erheblich geringer sind dagegen die Verpflichtungen beim Lastenausgleichsfonds geworden, die ebenfalls überwiegend dem Bau von Wohnungen dienten. Da im Jahre 1967 lediglich 0,6 Mill. DM Neuschulden aufgenommen worden sind, verminderte sich das Volumen durch Tilgungen um 36,7 Mill. DM oder 19%. In diesem Betrag sind neben den Zahlungen im Berichtszeitraum auch die Zuschüsse enthalten, die von 1959 bis 1967 gemäß § 6 (3) LAG gezahlt und von der am 31. März 1967 bestehenden Verbindlichkeit zur Hälfte als Tilgung abgezogen wurden.

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern betrug die rheinland-pfälzische Neuverschuldung einschließlich der schwebenden Schulden am 31. Dezember 1967 mit 522 DM je Einwohner 85% des Länderdurchschnitts (617 DM). Lediglich Bayern (350 DM) und Nordrhein-Westfalen (394 DM) hatten einen geringeren Darlehensbestand, während Niedersachsen (646 DM), Schleswig-Holstein (858 DM) und das Saarland (949 DM) erheblich höher lagen. Hessen (528 DM) und Baden-Württemberg (542 DM) besitzen ungefähr die gleiche Pro-Kopf-Verschuldung wie Rheinland-Pfalz. Aus diesen Zahlen allein lassen sich jedoch keine Schlüsse über die effektive Belastung der Länder Haushalte durch die Schuldenaufnahmen ziehen, denn ein in den Ländern unterschiedlicher Prozentsatz wird - vornehmlich bei Verpflichtungen zum Wohnungsbau gegenüber Gebietskörperschaften - an Dritte weitergeleitet, die Zinsen und Tilgungen zu tragen haben. Unterschiede bestehen auch in der Höhe der Kapitaldienstzuschüsse, welche die Länder gewähren. Da die Länder selbst nicht als Kreditnehmer auftreten, erscheint das damit geförderte Volumen nicht in den Schuldenstandmeldungen.

### 3. Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände

Im Jahre 1967 haben die Gemeinden 387 Mill. DM Darlehen neu aufgenommen. Abzüglich der Tilgungen in Höhe von 150 Mill. DM ergibt sich ein Nettozugang von 237 Mill. DM oder 9,7%. Der Schuldenstand am Jahresende 1967 weist damit 2 674 Mill. DM Verbindlichkeiten aus. Es handelt sich fast vollständig um Neuschulden; die Altschulden betragen nur 1,8 Mill. DM. Nach einer fortlaufenden Erhöhung der jährlichen Schuldenaufnahmen von 1961 bis 1965, hat sich damit die 1966 (+ 372 Mill. DM) einsetzende sinkende Tendenz fortgesetzt. Gegenüber dem Ergebnis von 1965 mit 459 Mill. DM ist die kommunale Neuverschuldung des vergangenen Jahres um die Hälfte niedriger gewesen. Neben den fundierten Schulden griffen die kommunalen Gebietskörperschaften zur Überwindung kurzfristiger Kassenanspannungen auf 7,4 Mill. DM Kassenkre-



Art der Schulden	Insgesamt			Kreisfreie Städte		Kreisangeh. Gemeinden und Ämter					Landkreise	
						zusammen	Gem. mit ... Einw.					
	10 000 und mehr	3 000 b. unt. 10 000	weniger als 3 000									
				1966	1967		1967			1966	1967	
	1966	1967	Veränderung	1966	1967	1966	1967	1967			1966	1967
	Mill. DM		%	Mill. DM								
Schulden ohne solche bei Gebietskörperschaften	2 196,7	2 425,8	10,4	1 131,7	1 254,6	921,7	998,3	213,8	335,2	437,8	134,9	164,1
Neuschulden aus Kreditmarktmitteln	2 158,0	2 388,4	10,7	1 103,1	1 227,5	912,6	989,1	208,0	333,3	436,3	133,9	163,0
bei Sparkassen	648,4	748,3	15,4	146,0	178,2	453,8	503,2	68,6	165,4	262,8	47,7	65,9
bei Girozentralen	447,2	462,6	3,4	216,6	223,9	191,1	194,9	37,5	57,9	96,7	39,0	43,3
bei sonstigen Kreditinstituten	584,3	685,3	17,3	458,0	540,0	115,8	130,4	44,8	42,6	42,7	10,5	14,9
bei Privatversicherungen und Bausparkassen	461,2	472,0	2,3	276,3	277,0	142,6	149,9	52,0	63,9	32,1	35,1	37,6
Neuschulden aus öffentl. Sondermitteln von Sozialversicherungsträgern	38,2	37,0	- 3,1	28,2	26,8	9,0	9,1	5,7	1,9	1,5	1,0	1,1
	36,8	35,6	- 3,3	26,9	25,5	8,9	9,0	5,7	1,8	1,5	1,0	1,1
Altschulden aus Kreditmarktmitteln	0,5	0,4	- 20,0	0,4	0,3	0,1	0,1	0,1	-	-	-	-
Schulden bei Gebietskörperschaften	240,8	248,5	3,2	66,3	67,3	134,6	136,7	20,0	40,3	75,1	39,0	43,7
Neuschulden	239,4	247,1	3,2	65,1	66,1	134,4	136,5	19,9	40,2	75,1	39,0	43,7
Wohnbaukredite von Bund und Land <sup>1)</sup>	77,3	81,0	4,8	33,1	34,9	23,9	23,8	5,7	8,6	9,4	20,2	22,2
Sonstige Kredite von Bund und Land <sup>1)</sup>	119,6	119,4	- 0,2	19,3	18,4	83,9	84,2	7,9	22,4	53,9	15,9	16,3
ERP- (ECA-) Kredite	35,6	36,1	1,4	12,6	12,8	20,3	20,4	6,2	6,0	8,1	2,4	2,6
Altschulden	1,4	1,4	-	1,2	1,2	0,2	0,2	0,1	0,1	-	-	-
Insgesamt	2 437,5	2 674,3	9,7	1 198,0	1 321,9	1 056,3	1 135,0	233,8	375,5	512,9	173,9	207,8
davon: Neuschulden	2 435,6	2 672,5	9,7	1 196,4	1 320,4	1 056,0	1 134,7	233,6	375,4	512,9	173,9	207,8
Altschulden	1,9	1,8	- 5,3	1,6	1,5	0,3	0,3	0,2	0,1	-	-	-
außerdem: Kassenkredite	7,7	7,4	- 3,9	1,1	-	6,6	6,6	1,0	3,2	0,4	-	0,8

1) Einschl. Lastenausgleichsfonds.

dite zurück. 133 der 3 084 Gebietskörperschaften besitzen keine Schulden; darunter sind 76 Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern und 54 Ämter.

Kreditquelle der Gemeinden und Gemeindeverbände ist in der Hauptsache der Kreditmarkt, der mit 2 388 Mill. DM rund 89% des Darlehensbedarfs deckte. Insbesondere die „Hausbanken“ der kommunalen Gebietskörperschaften, die Sparkassen und Girozentralen, räumten nach dem Stand Ende 1967 Kredite in Höhe von 1 211 Mill. DM oder 45% des Gesamtvolumens ein. Dadurch wies die Verschuldung bei Sparkassen einen Nettoschuldenanstieg von 15% auf. In etwas geringerem Umfang sind Kreditbanken, Privatversicherungen und Bausparkassen (1 157 Mill. DM) beteiligt, von denen 43% der Verbindlichkeiten stammen. Hierbei hat vor allem das Geschäft mit Privatbanken eine kräftige Ausweitung (+ 17%) erfahren.

Aus öffentlichen Mitteln hatten die rheinland-pfälzischen Gemeinden (Gv.) Ende 1967 rund 286 Mill. DM beansprucht. Das sind 11% der Gesamtverschuldung. Der überwiegende Teilbetrag entfiel auf die meist mit günstigeren Zins- und Tilgungsbedingungen ausgestatteten Kredite von Gebietskörperschaften, wovon mit 81 Mill. DM gegenüber Ende 1966 etwa 5% mehr Wohnbaukredite von Bund, Land und Lastenausgleichsfonds bewilligt wurden. Aus öffentlichen Sondermitteln, vor allem von Sozialversicherungsträgern, und dem ERP-Vermögen stammten jeweils rund 37 Mill. DM. Bei den kommunalen Schuldenaufnahmen überwiegen die Kredite, deren Tilgung über einen längeren Zeitraum als zehn Jahre vorgesehen ist. Ihr Anteil an den Neuschulden beträgt 90%. Eine Laufzeit zwischen vier und zehn Jahren haben Kredite im Wert von 140 Mill. DM, während die kurzfristigen fun-

dierten Verbindlichkeiten mit kürzeren Laufzeiten nur zu 4% (119 Mill. DM) beteiligt sind. Gut drei Fünftel der Neuschulden sind Annuitätsdarlehen.

Die Verwendung der Schulden durch die einzelnen Gebietskörperschaften und innerhalb der Gemeindegrößenklassen ist unterschiedlich. Insgesamt haben die Gemeinden (Gv.) bis Ende 1967 mehr als ein Viertel der Gesamtverbindlichkeiten für öffentliche Einrichtungen und zur Wirtschaftsförderung aufgenommen, die ihre Ausgaben zum großen Teil aus eigenen Einnahmen decken. Mit 415 Mill. DM steht hierbei die Stadtentwässerung an erster Stelle, deren Schuldenbelastung um 11% überdurchschnittlich angestiegen ist. Da die kreisfreien Städte durchweg kanalisiert sind, liegt der Anteil der Verschuldung mit 11% der Gesamtdarlehen für diesen Zweck unter dem der kreisangehörigen Gemeinden, die hierfür zwischen 20% bei Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und 26% in den darunter liegenden Gemeindegrößenklassen aufwenden.

Wie in den Vorjahren entfällt auch diesmal gut ein Fünftel der gemeindlichen Schulden auf wirtschaftliche Unternehmen. Rund 85% wurden Unternehmen zur Strom-, Gas- und Wasserversorgung zugeführt. Die Verschuldungsrate stieg 1967 mit 47 Mill. DM oder 9% weitaus geringer als 1966 (21%) an. In den kreisfreien Städten ist die anteilige Verschuldung der Wirtschaftsunternehmen mit 30% doppelt so hoch wie in den Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern, die nur 15% für diese Zwecke verwenden. In den lediglich über wenige Wirtschaftsunternehmen verfügenden Landkreisverwaltungen wurden 6% bereitgestellt. Während in den kreisfreien Städten die Schuldenaufnahmen für Unternehmen der Strom- und Gasversorgung über-



Neuschulden<sup>1)</sup> der Gemeinden (Gv.) nach der Verwendung Ende 1966 und 1967

Verwendung	Insgesamt			Kreisfreie Städte		Kreisangeh. Gemeinden und Ämter					Landkreise	
						zusammen	Gem. mit . . . Einw.					
	10 000 und mehr	3 000 b. unt. 10 000	weniger als 3 000									
				1966	1967		1966	1967	1967	1966	1967	
	1966	1967	Veränderung	1966	1967	1966	1967	1967			1966	1967
	Mill. DM		%	Mill. DM								
0 Allgemeine Verwaltung	18,3	23,3	27,3	5,2	7,1	8,3	8,7	0,4	1,7	1,8	4,8	7,5
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	1,2	1,2	-	0,9	0,9	0,3	0,3	0,3	0,0	0,0	-	-
2 Schulen	349,2	383,1	9,7	100,0	116,9	205,7	212,8	31,8	77,2	103,4	41,3	51,3
3 Kultur	13,4	14,7	9,7	12,2	13,6	1,2	1,1	0,5	0,2	0,4	-	-
4 Soziale Angelegenheiten	19,0	21,9	15,3	14,5	16,4	3,5	4,1	1,4	0,8	1,9	1,0	1,4
5 Gesundheitspflege	140,8	172,0	22,2	39,9	47,2	31,8	42,7	26,6	8,7	6,5	64,0	76,5
6 Bau- und Wohnungswesen	475,4	509,8	7,2	244,3	263,0	182,2	191,7	39,5	59,1	90,3	48,3	54,6
Wohnungsbau <sup>2)</sup>	166,4	168,0	1,0	109,7	110,6	31,7	31,2	14,2	11,2	4,8	25,0	26,2
Straßen, Wege, Brücken	291,7	322,6	10,6	124,1	141,1	144,3	153,2	24,7	44,4	82,4	23,3	28,3
7 Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung	631,0	703,0	11,4	267,4	305,4	362,0	395,2	60,4	128,4	205,8	0,2	1,0
Stadtentwässerung <sup>2)</sup>	375,5	415,3	10,6	130,5	145,5	245,0	269,8	46,6	96,5	126,8	-	-
Müllbeseitigung <sup>2)</sup>	18,5	20,5	10,8	18,0	20,0	0,5	0,5	0,1	0,3	0,0	-	-
Schlacht- und Viehhöfe, Märkte <sup>2)</sup>	21,9	22,2	1,4	16,5	17,0	5,4	5,2	2,1	2,9	0,1	-	-
Übrige öffentliche Einrichtungen	77,1	85,6	11,0	41,2	45,3	35,8	40,2	6,2	17,7	16,0	0,1	0,1
Wirtschaftsförderung	138,0	159,4	15,5	61,2	77,6	75,3	79,5	5,4	11,0	62,9	0,1	0,9
9 Finanzen und Steuern	244,0	253,2	3,8	156,2	160,0	86,2	91,3	28,5	36,9	24,3	1,6	1,9
Wohngrundstücke <sup>2)</sup>	121,2	121,7	0,4	57,3	57,0	62,5	63,0	14,6	27,1	20,2	1,4	1,7
Übriges allgemeines Grundvermögen <sup>2)</sup>	121,0	127,4	5,3	98,8	102,9	22,2	24,5	12,2	9,1	3,1	-	-
8 Wirtschaftsunternehmen	543,3	590,3	8,7	355,8	389,9	174,8	186,8	44,3	62,4	78,5	12,7	13,5
Strom- und Gasversorgung	228,5	239,2	4,7	188,4	196,8	38,7	41,1	17,1	18,1	4,4	1,4	1,3
Wasserversorgung	242,8	262,8	8,2	107,3	117,1	125,3	134,6	23,5	39,8	71,2	10,2	11,2
Insgesamt	2 435,6	2 672,5	9,7	1 196,4	1 320,4	1 056,0	1 134,7	233,7	375,4	512,9	173,9	207,7
dar.: Schulden ohne Wirtschaftsunternehmen	1 892,3	2 082,2	10,0	840,6	930,5	881,2	947,9	189,4	313,0	434,4	161,2	194,2
für unrentierliche Zwecke	1 067,8	1 207,3	13,1	409,8	477,5	513,9	553,9	99,5	166,0	279,3	134,8	166,3
für rentierliche Zwecke <sup>2)</sup>	824,5	874,9	6,1	430,8	453,0	367,3	394,0	89,9	147,0	155,1	26,4	27,9

1) Ohne Kassenkredite. - 2) Schulden, für die im Prinzip der Schuldendienst durch Kostendeckung oder von Dritten ausgebracht wird.

wiegen, nahmen die kleinen Gemeinden 91% für Unternehmen der Wasserversorgung auf.

Auch das Bau- und Wohnungswesen benötigte mit 510 Mill. DM oder knapp einem Fünftel einen bedeutenden Teil der Darlehen. Stärker zugenommen hat vor allem der Bau von Straßen, Wegen und Brücken (+ 11%), so daß sich dessen Anteil Ende 1967 auf 63% der Verschuldung des Einzelplanes 6 stellte. Von den Mitteln für den Wohnungsbau nahmen die kreisfreien Städte allein zwei Drittel in Anspruch. Für den Bau von Straßen, Wegen und Brücken verschuldeten sie sich mit 141 Mill. DM oder 44%. Hier besitzen auch die kleineren Gemeinden einen beträchtlichen Anteil von einem Viertel. Weitere bedeutende Beträge und 10% mehr als im Vorjahr wurden für Schulen (383 Mill. DM) aufgenommen. An diesen Schulden sind in hohem Maße die kleineren Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern beteiligt, die mit 27% nicht viel weniger als die kreisfreien Städte für Schulen aufnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in den Zahlen nicht die erheblichen Schuldenaufnahmen der in der Schuldenstatistik nicht erfaßten Schulverbände enthalten sind, die in zunehmendem Maße durch den Bau von Mittelpunktschulen an Bedeutung gewinnen.

Von den Neuschulden (ohne Schulden der Wirtschaftsunternehmen) in Höhe von 2 082 Mill. DM wurden 58% für unrentierliche und 42% für rentierliche Zwecke verwendet. Die ihren Schuldendienst nicht selbst tragenden Darlehen erfuhren mit 13% eine doppelt so hohe Steigerung wie die rentierlichen Schulden. Noch unterschiedlichere Zu-

wachsraten führten dazu, daß sich in den kreisfreien Städten das vorjährige Verhältnis umkehrte, so daß 1967 die unrentierlichen Schulden (51%) anteilmäßig höher waren als die rentierlichen (49%). Ähnlich ist es bei den kreisangehörigen Gemeinden und Ämtern. Erheblich mehr unrentierliche Schulden haben die Landkreise (86%) aufgenommen.

Die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, auf die mehr als die Hälfte der kom-

Neuschulden der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte Ende 1967

Stadt	Zu- nahme 1967	Schulden ohne wirt- schaftliche Unternehmen			Schulden für die wirt- schaft- lichen Unter- nehmen
		ins- ge- sam	un- ren- tier- lich 1)	ren- tier- lich 2)	
DM je Einwohner					
Zweibrücken	125	1 418	756	662	296
Neustadt a. d. Weinstr.	479	1 382	867	515	705
Mainz	1	1 357	799	558	831
Ludwigshafen a. Rhein	275	1 226	557	669	444
Neuwied	46	1 139	697	442	229
Bad Kreuznach	- 17	1 069	551	518	38
Pirmasens	224	1 056	260	796	497
Worms	65	1 010	584	426	245
Trier	127	935	522	413	288
Speyer	209	874	462	412	517
Frankenthal (Pfalz)	144	826	409	417	343
Kaiserslautern	186	788	304	484	378
Koblenz	63	757	432	325	223
Landau i. d. Pfalz	55	668	424	244	173
Idar-Oberstein	84	568	241	327	455
Insgesamt	139	1 044	538	506	422

1) Schulden, deren Schuldendienst den Haushalt voll belastet. - 2) Schulden, deren Schuldendienst durch Kostendeckung oder von Dritten ausgebracht wird.



munalen Schuldenzunahme entfällt, verzeichneten 1967 einen Anstieg um durchschnittlich 139 DM je Einwohner. Damit belaufen sich die Schulden ohne die der wirtschaftlichen Unternehmen auf 1 044 DM (+ 11%) und für die in der Regel als Eigenbetriebe geführten Wirtschaftsunternehmen auf 422 DM je Einwohner (+ 10%). Als Folge einer fast unveränderten Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt Mainz - die Wirtschaftsunternehmen ausgenommen - rückte Zweibrücken mit 1 418 DM an die erste Stelle. Mit der höchsten Jahreszunahme von 479 DM bzw. 402 DM ohne Wirtschaftsunternehmen folgt Neustadt mit geringem Abstand dahinter. Insgesamt wiesen 8 Städte eine höhere Verschuldung als 1 000 DM je Einwohner auf. Die restlichen 7 Gebietskörperschaften schuldeten Ende 1967 ohne Wirtschaftsbetriebe zwischen 935 DM (Trier) und 568 DM je Einwohner (Idar-Oberstein).

Gemessen am Volumen der anderen Länder liegen die Schulden der kommunalen Gebietskörperschaften von Rheinland-Pfalz mit 741 DM je Einwohner um 13% höher als im Länderdurch-

schnitt (658 DM). Das Jahr 1967 führte in Rheinland-Pfalz mit 9% zu einer höheren Schuldenzunahme als im Durchschnitt der Länder. Damit nahmen die rheinland-pfälzischen Gemeinden (Gv.) hinter Hessen (900 DM) den zweiten Rang ein. Infolge der hohen Schuldenaufnahmen im Jahre 1965 sind die Schuldendienstleistungen, die sich mit einer einjährigen Verzögerung erstmalig im Ergebnis für 1966 auswirkten, erheblich angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Pro-Kopf-Betrag um 11 DM auf 52 DM und damit um nahezu 4 DM über den Länderdurchschnitt angewachsen. Die Belastung der rheinland-pfälzischen Gemeindehaushalte durch Zinszahlungen und Tilgungen - ohne wirtschaftliche Unternehmen und Tilgungen der außerordentlichen Rechnung - hat sich um gut ein Viertel erhöht. Für den Schuldendienst der unrentierlichen Schulden, der sich auf 31 DM (Bundesgebiet: 28 DM) beläuft, müssen fast 12% der gemeindlichen Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Finanzzuweisungen bereitgestellt werden, während der Anteil im Länderdurchschnitt 9% beträgt.

Dipl.-Volkswirt D. Lenz

## Aufwand der Sozialhilfe im Jahre 1967

Aufwand der Sozialhilfe im Sinne der folgenden Ausführungen ist nicht gleichbedeutend mit den Haushaltsausgaben, welche den Gebietskörperschaften bei der Durchführung des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) erwachsen. Er beschränkt sich vielmehr auf die direkten Kosten der Träger der Sozialhilfe für diejenigen Leistungen, für welche sie sachlich zuständig sind. Indirekte Kosten, wie Personalkosten der Verwaltung und Kosten für Bauten und Einrichtungen, sind darin ebenso wenig enthalten wie Erstattungen der Träger untereinander und ihre Verpflichtung zum Kostenbeitrag. Zu den Einnahmen der Träger werden nur der Ersatz von Kosten, welchen die Empfänger oder zum Unterhalt verpflichtete dritte Personen leisten, sowie die Zahlungen, zu denen andere Sozialleistungsträger, zum Beispiel Krankenkassen und Rentenversicherungen, verpflichtet sind, gerechnet.

Die erwähnten indirekten Kosten sind innerhalb der Haushaltsausgaben kein unbedeutender Posten. So beliefen sich beispielsweise die Gesamtausgaben der Gebietskörperschaften im Zusammenhang mit der Ausführung des BSHG im Jahre 1966 - die Zahlen für 1967 liegen noch nicht vor - auf rund 161 Mill. DM, von denen immerhin 46 Mill. DM den indirekten Kosten zuzurechnen waren. Die Haushaltsausgaben der Gebietskörperschaften für die Sozialhilfe verteilten sich im Jahre 1966 zu 39% auf das Land, zu einem Drittel auf die Landkreise und zu einem Viertel auf die kreisfreien Städte. Der Rest von etwa 4% entfiel auf die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter.

### 1. Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe (ohne Tuberkulose-Hilfe)

a. Ausgaben: Für Sozialhilfemaßnahmen - die Tbc-Hilfe ausgenommen - wurden im Jahre 1967 über 120 Mill. DM ausgegeben. Das war im

Vergleich zum Vorjahre eine Erhöhung um nahezu 12 Mill. DM oder etwa 12%. Zur Einwohnerzahl des Landes in Beziehung gesetzt, ergab sich daraus ein Mittel von 33,18 DM je Kopf der Bevölkerung. Die nicht unerhebliche Erhöhung des Aufwandes wurde in erster Linie durch die Kostensteigerung für die Hilfe in Anstalten verursacht. So belief sich die Zunahme der Aufwendungen für diese Zwecke, bei einer Gesamtausgabe von über 65 Mill. DM, allein auf annähernd 9,5 Mill. DM. Für Hilfe außerhalb von Anstalten fielen etwas über 55 Mill. DM an, nur ungefähr 2,5 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Die Zunahme ist im Vergleich zum Ausmaß der bisher üblichen jährlichen Kostensteigerungen dieser Hilfe auffallend gering und nur durch einen scheinbaren Rückgang der Ausgaben für die Blindenhilfe zu erklären. Diese etwas ungewöhnliche Entwicklung ist, wie bereits in der Darstellung der Ergebnisse für das Jahr 1966 hingewiesen wurde<sup>1)</sup>, durch die Umstellung in der Abrechnung des überörtlichen Trägers verursacht worden. Der in den letzten Jahren verhältnismäßig geringe und bisher stetig rückläufige Betrag, der für die Sozialhilfe an Zugewanderte aufzuwenden war, belief sich, bei einer nur unbedeutenden Erhöhung, auf etwa 1,1 Mill. DM. Etwa die Hälfte davon entfiel auf die Hilfe zum Lebensunterhalt und der verbleibende Teil auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Die Hilfe zum Lebensunterhalt erforderte 1967 einen Betrag von nahezu 42 Mill. DM oder rund 5 Mill. DM mehr als im Vorjahre. An diesen Mehrausgaben waren allein die laufenden Leistungen außerhalb von Anstalten mit über 3 Mill. DM und die laufenden und einmaligen Leistungen in Anstalten mit rund 1,3 Mill. DM beteiligt. Es handelt sich bei den Leistungen in Anstalten um einen Gesamtbetrag von etwa 10 Mill. DM, welcher vorwiegend für in Heimen untergebrachte alte Menschen, die zwar nicht mehr in der Lage, einen eigenen Haus-

<sup>1)</sup> Vgl. Th. Walter: Aufwand der Sozialhilfe im Jahre 1966. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 20, Heft 7, Juli 1967.



halt zu führen, aber noch nicht pflegebedürftig sind, aufgewendet werden mußte. Als Hilfe zum Lebensunterhalt wurde an Zugewanderte ein Betrag von rund 0,6 Mill. DM gewährt, der gegenüber dem Vorjahre weiter zurückgegangen ist.

Wesentlich mehr an Mitteln als die Hilfe zum Lebensunterhalt erforderte die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Sie beanspruchte von dem für die Sozialhilfe verausgabten Gesamtbetrag allein fast zwei Drittel. Mit 79 Mill. DM wurden für diese Hilfeart etwa 6,8 Mill. DM mehr ausgegeben als 1966. Während nun im Vorjahre die Ausgaben für Hilfen außerhalb von Anstalten prozentual wesentlich stärker gestiegen sind als für die innerhalb von Anstalten, war die Situation im Berichtsjahr gerade umgekehrt: Der Aufwand für die erstgenannte Hilfe ging nämlich um knapp 1 Mill. DM zurück, der für die letztgenannte stieg jedoch um etwa 8 Mill. DM oder 15% an. Der Rückgang der Hilfe in besonderen Lebenslagen außerhalb von Anstalten ist durch das bereits erwähnte Absinken des Betrages für die Blindenhilfe verursacht worden, denn fast alle übrigen Maßnahmen dieser Hilfe beanspruchten in der Berichtszeit höhere Mittel als im Jahre zuvor. Über die Hälfte (etwa 53%) der Kosten für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen entfielen auf die Hilfe zur Pflege. Von den dafür ausgegebenen 42 Mill. DM sind allein über 38 Mill. DM für die Pflege in Anstalten, und zwar überwiegend für körperlich und geistig behinderte oder geistig schwache Personen, verwendet worden. Diese Ausgaben haben sich gegenüber dem Vorjahre um etwa 6 Mill. DM erhöht. Nahezu 3,6 Mill. DM, fast der gleiche Betrag wie 1966, sind für Pflegegeld verbraucht worden. Auch der verhältnismäßig hohe Aufwand für Krankenhilfe ist mit knapp 12 Mill. DM von dem des Vorjahres nicht erheblich abgewichen. Die Zunahme blieb nämlich unter 1 Mill. DM. Beträchtlich zurückgegangen, und zwar um über 2 Mill. DM auf etwa 10 Mill. DM, sind dagegen die Ausgaben für die Blindenhilfe. Diese Abnahme war zu erwarten, weil der für diese Maßnahme verausgabte Betrag von fast 13 Mill. DM im Jahre 1966 durch Nachzahlungen für das Jahr 1965 wesentlich überhöht war; zwischen 1965 und 1966 lag die ungewöhnlich hohe Zunahme um 72%. Ein Betrag von knapp 10 Mill. DM als Ausgabe für die Blindenhilfe im Vorjahre mußte daher näher an den tatsächlichen Aufwand herankommen, als der

für diese Zeit nachgewiesene von 12,8 Mill. DM. So dürfte die Blindenhilfe bei einer zeitlich berichtigten Verteilung der Kosten im Jahre 1965 rund 9 Mill. DM, 1966 knapp 10 Mill. DM und 1967 etwas über 10 Mill. DM beansprucht haben. Die Entwicklung der Ausgaben für diese Hilfe ist demnach also ähnlich verlaufen wie die der übrigen Arten der Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Ihrer Art nach schwankend sind die Kosten der Krankenhilfe, wenn auch der 1967 dafür angefallene Betrag von rund 12 Mill. DM den für das Jahr 1966 nicht wesentlich überschritt. Mehr als 58% dieser Kosten entfielen auf Krankenhausbehandlungen, weitere 10 Mill. DM erforderte die Eingliederungshilfe für Behinderte, über 28% mehr als im Jahre zuvor. Das Hauptgewicht dieser erheblichen Zunahme lag auf der Schulausbildung und den beruflichen Maßnahmen. Dafür entstanden allein etwa 1,5 Mill. DM Mehrausgaben, bei einem Gesamtbetrag von fast 6,3 Mill. DM.

Einen nicht unerheblichen Posten bei den Gesamtausgaben stellen auch die Ausgaben für die vorbeugende Gesundheitshilfe in Höhe von 2,1 Mill. DM dar. Im Vorjahre war für diese Maßnahme ein Betrag von fast der gleichen Höhe angefallen. Es handelt sich hier um Aufwendungen für ärztliche Untersuchungen und vor allem für ärztlich empfohlene Erholungsaufenthalte. Für die noch verbleibenden Arten von Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden im einzelnen Beträge ausgewiesen, die meist unter 0,5 Mill. DM lagen. Eine Ausnahme davon machte nur die Ausbildungshilfe, die Kosten von knapp 1 Mill. DM verursachte. Diese waren jedoch nicht wesentlich höher als 1966.

Die Unterscheidung der Kosten nach Sozialhilfeträgern ist nicht gleichbedeutend mit deren haushaltsmäßiger Belastung. Die Ausgaben für die Maßnahmen werden dadurch nur nach dem jeweiligen Aufgabenbereich unterteilt. Danach entfielen auf den überörtlichen Träger 39% der Gesamtkosten, auf die Landkreise 38%, die kreisfreien Städte 23%. Die erhebliche Verschiebung der Kostenanteile gegenüber dem Jahre 1966 wurde durch den geänderten Nachweis der Blindenhilfe, die seit 1967 von den örtlichen Trägern zu führen ist, für die aber der überörtliche Träger trotzdem sachlich zuständig bleibt, hervorgerufen. Der Anteil dieser Hilfe an den Gesamtkosten belief sich 1967 auf fast 9%.

Ausgaben der Sozialhilfe (ohne Tuberkulosehilfe) nach Regierungsbezirken, Sozialhilfeträgern und Hilfearten 1967

Regierungsbezirk Sozialhilfeträger	Hilfe zum Lebensunterhalt			Hilfe in besonderen Lebenslagen				
	insgesamt	außerhalb von Anstalten	in Anstalten	insgesamt	vorbeugende Gesund- heitshilfe	Kranken- hilfe	Blinden- hilfe	Hilfe zur Pflege
	1 000 DM							
Koblenz	13 116	10 114	3 002	11 425	752	2 444	3 815	3 149
Trier	5 756	3 828	1 928	3 943	200	1 036	1 081	1 087
Montabaur	2 546	2 024	522	2 983	312	584	1 015	828
Rheinessen	6 344	4 379	1 965	5 218	303	1 187	1 091	2 100
Pfalz	13 742	11 539	2 203	8 676	551	2 375	2 719	1 621
Kreisfreie Städte	16 860	13 026	3 834	11 129	817	3 357	2 243	3 463
Landkreise	24 644	18 858	5 786	21 116	1 301	4 269	7 478	5 322
Landessozialamt	170	28	142	46 381	12	4 281	607	33 083
Rheinland-Pfalz	41 674	31 912	9 762	78 626	2 130	11 907	10 328	41 868



Jahr	Ausgaben					Einnahmen	
	insgesamt	je Einwohner	für Hilfe außerhalb von Anstalten		für Hilfe in Anstalten	insgesamt	Anteil an den Ausgaben
			zusammen	laufende Leistungen			
1 000 DM	DM	1 000 DM				%	
1958	58 135	17,32	30 298	21 979	27 837	15 626	26,9
1959	57 427	17,06	26 731	20 119	30 696	15 897	27,7
1960	57 507	16,86	26 800	20 185	30 707	15 349	26,7
1961	63 461	18,57	27 010	20 080	36 451	16 721	26,3
1962	64 792	18,80	27 163	21 111	37 628	16 011	24,7
1963	73 750	21,01	37 684	22 088	36 066	14 118	19,1
1964	80 871	22,81	40 640	22 039	40 231	16 109	19,9
1965	93 015	25,97	43 264	22 000	49 752	16 427	17,7
1966	108 550	30,05	52 881	24 953	55 669	20 253	18,6
1967	120 299	33,18	55 285	28 084	65 014	21 324	17,7

Wird dieser Satz dem Kostenanteil des überörtlichen Trägers hinzugeschlagen, so ergeben sich für die Verteilung der Kosten nach Trägern unter Berücksichtigung des Rückgangs der Ausgaben der Blindenhilfe keine wesentlich anderen Relationen als im Vorjahre. Der größte Ausgabenposten war für den überörtlichen Träger die Hilfe zur Pflege, welche mit über 33 Mill. DM 71% seines Gesamtaufwandes ausmachte. Es handelt sich dabei vorwiegend um die Anstaltsunterbringung geistig und körperlich Behinderter, für die ausschließlich der überörtliche Träger sachlich zuständig ist. Die Ausgaben haben sich um mehr als 12% erhöht. Auch die Eingliederungshilfe für Behinderte fällt in den Bereich des überörtlichen Trägers. Für diese wurde ein Betrag von 8 Mill. DM, über 1 Mill. DM mehr als im Vorjahre, ausgewiesen. Davon beanspruchten allein die Schulausbildung und die beruflichen Maßnahmen nahezu 6 Mill. DM. Für die etwas variable Krankenhilfe entstanden mit rund 4,3 Mill. DM etwas geringere Kosten als 1966. Die höchsten Ausgaben bei den örtlichen Trägern, sowohl bei den kreisfreien Städten als auch den Landkreisen, beanspruchte immer die Hilfe zum Lebensunterhalt. Mit 17 Mill. DM bei den kreisfreien Städten und 25 Mill. DM bei den Landkreisen waren das immerhin 60 bzw. 54% der jeweiligen Gesamtausgaben. Offenbar infolge der erhöhten Regelleistungen stiegen diese Kosten gegenüber 1966 um 10 bzw. 12%. Mehrausgaben, und zwar um annähernd 19%, wiesen auch die Landkreise für die Krankenhilfe nach, während sich für die kreisfreien Städte dafür nur eine Steigerung von nicht ganz 8% ergab. Die 1967 erstmals von den örtlichen Trägern ausgewiesene Blindenhilfe verteilte sich zu 72% auf die Landkreise, zu 22% auf die kreisfreien Städte und zu 6% auf den überörtlichen Träger.

b. Einnahmen: Die Einnahmen erreichten 1967 etwas über 21 Mill. DM. Sie haben gegenüber dem Vorjahre um mehr als 1 Mill. DM zugenommen, sind aber, gemessen an den erheblich gestiegenen Ausgaben, relativ geringer geworden. Der Ersatz erreichte 1967 nämlich nur noch 17,7% gegenüber 18,6% im Jahre 1966. Von einigen Schwankungen abgesehen war der Ersatz der Kosten in den letzten zehn Jahren stets rückläufig, insbesondere von dem Zeitpunkt ab, an dem das Sozialhilfegesetz in Kraft getreten ist, das die Verpflichtung zur Kostenersatzung, speziell für Hilfe in besonderen Le-

benslagen, wesentlich gelockert hat. Da der Aufwand für die genannte Hilfeart stetig ansteigt, haben sich die Einnahmen durch die verminderte Rückerstattungspflicht relativ ständig verringert. Über 12 Mill. DM, etwa 58% der Gesamteinnahmen, und 1,5 Mill. DM mehr als im Vorjahre, erbrachten die Erstattungen der Sozialleistungsträger. Anteilsmäßig und zum Teil auch absolut zurückgegangen sind die Kostenbeiträge und der Kostenersatz der Empfänger und der Unterhaltspflichtigen. Ihrer Höhe nach unbedeutend blieben auch in diesem Jahre die Einnahmen aus der Tilgung und den Zinsen von Darlehen.

Die von den Trägern verbuchten Einnahmen waren ihrem Anteil an den Ausgaben nach nicht sehr verschieden. Der überörtliche Träger und die Landkreise erhielten einen Ersatz von etwa 17%, die kreisfreien Städte dagegen einen solchen von 20%. Den jeweils höchsten Betrag der Erstattungen erbrachten in allen Fällen die Sozialleistungsträger. Bei den kreisfreien Städten und den Landkreisen machten sie weit mehr als die Hälfte der Einnahmen aus, beim überörtlichen Träger kamen sie jedoch nicht an 50% heran. Dort war nämlich der Kostenbeitrag und der Aufwendersatz der Hilfebedürftigen selbst mit 3,2 Mill. DM fast ebenso hoch wie die Erstattungen der Sozialleistungsträger. Der Ersatz durch die Empfänger selbst und die Ersatzleistungen von Unterhaltsverpflichteten brachten den örtlichen Trägern im Berichtsjahr nur verhältnismäßig geringe Einnahmen.

## 2. Tuberkulosehilfe

Als Hilfe in besonderen Lebenslagen ist auch die Tbc-Hilfe zu bezeichnen. Da sie jedoch auch noch eine spezielle Aufgabe zu erfüllen hat und gesetzlich gesondert innerhalb der rechtlichen Bestimmungen über die Sozialhilfe geregelt ist, bedarf ihre Entwicklung einer besonderen Darstellung. Für sie liegt die sachliche Zuständigkeit ausschließlich beim überörtlichen Träger, dem Landessozialamt. Wegen ihrer speziellen Aufgabe leistet der Bund auch Kostenbeiträge, die jedoch im Vergleich zu den Gesamtausgaben kaum eine Bedeutung erlangen.

Für die Tbc-Hilfe wurden im Jahre 1967 rund 5,9 Mill. DM ausgegeben, etwa 3% mehr als 1966. Diese verhältnismäßig geringe Zunahme ist eher auf die Erhöhung der Unterhaltssätze als auf eine steigende Zahl von hilfebedürftigen Kranken zurückzuführen.



Ausgaben für die Tuberkulosehilfe 1963 - 1967

Jahr	Ins- gesamt	Hilfe außer- halb von An- stalten	Hilfe in An- stalten	Heil- be- hand- lung	Ein- ge- lie- de- rungs- hilfe	Hilfe zum Lebens- unterhalt	Übrige Hilfen
1 000 DM							
1963	3 557	1 654	1 903	1 832	95	1 449	181
1964	5 642	3 352	2 290	2 262	81	2 956	343
1965	6 591	4 255	2 336	2 313	127	3 775	376
1966	5 768	3 832	1 936	1 894	141	3 467	266
1967	5 952	4 022	1 930	1 733	121	3 856	242

Nach den Ergebnissen der Tuberkulosestatistik ist die Zahl der an Tbc Erkrankten von Ende 1966 bis Ende 1967 sogar um 900 auf 13 766 zurückgegangen. Das gleiche geht auch daraus hervor, daß die Hilfe in sonstigen Fällen außerhalb von Anstalten, meist Hilfe zum Lebensunterhalt (auch Angehörige), um mehr als 17% zugenommen hat. Diese Hilfeart beansprucht mit rund 3,5 Mill. DM etwa 58% der Gesamtausgaben. Einen weiteren bedeutenden Anteil stellen die Ausgaben für die Heilbehandlung dar. Für 1967 fiel dafür ein Betrag von über 1,7 Mill. DM an, fast 9% weniger als 1966. Daraus ist abermals zu schließen, daß nicht ein Neuzugang von Kranken, sondern ausschließlich das Steigen der Unterhaltssätze die Erhöhung der Kosten herbeigeführt haben muß. Die übrigen Hilfearten im Rahmen der Tbc-Hilfe erforderten im Vergleich zu den beiden vorgenannten Hilfen keine Beträge von besonderer Bedeutung. Die Bundesbeteiligung erstreckte sich in erster Linie auf die Anstaltsunterbringung, auf die Gewährung von Ernährungszulagen, auf die Fälle von stationärer Dauerbehandlung und auf die Sonderleistungen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse. Sie steuerte jedoch nur verhältnismäßig geringe Teilbeträge zu, die in ihrer Gesamtheit - 1967 waren es 1 Mill. DM - sogar unter dem Zuschuß von 1966 lagen.

Auch die Einnahmen haben sich mit + 2% nur unwesentlich erhöht. Den höchsten Satz mit 50% erbrachten die Zahlungen von Sozialleistungsträgern mit einer Steigerung um 6% gegenüber 1966. Die Erstattungen durch andere Kostenträger gingen dagegen um über die Hälfte zurück. Geringer als im Vorjahre waren auch die Erträge und Ersatzleistungen der Unterhaltspflichtigen sowie die Einnahmen aus Tilgungen und Zinsen von Darlehen.

### 3. Weitere und sonstige Leistungen

Die weiteren und sonstigen Leistungen sind Aufwendungen für besondere Maßnahmen, welche zwar ihrer Art nach zur Sozialhilfe gehören, aber nach ihrer Wirksamkeit einer zeitlichen Begrenzung unterliegen. Ihre rechtliche Regelung ließ sich daher nicht in das Sozialhilfegesetz, das eine solche zeitliche Begrenzung nicht kennt, einbauen, weshalb der Nachweis solcher Ausgaben auch gesondert zu führen ist.

Für die vorerwähnten Maßnahmen wurden im Jahre 1967 rund 6 Mill. DM aufgewendet. Gegenüber dem Jahre 1966 sind diese Ausgaben etwas zurückgegangen. Den Kosten nach sind die Kran-

kenversorgung nach dem Lastenausgleichsgesetz (LAG) und die an bedürftige Personen zu gewährende Weihnachtsbeihilfe die bedeutendsten dieser Maßnahmen. Auf sie entfielen annähernd 78% der Gesamtausgaben. Die Krankenversorgung beanspruchte mit rund 2,9 Mill. DM 1967 nur einen geringfügig höheren Betrag als 1966 und etwas mehr als 1,7 Mill. DM waren für die Zahlung von Weihnachtsbeihilfe erforderlich. Dem nicht unerheblichen jedoch etwas ungewöhnlichen Rückgang der Leistungen für Weihnachtsbeihilfe liegen offenbar in erster Linie buchungstechnische Vorgänge zugrunde, denn im allgemeinen blieben diese Ausgaben, abgesehen von einer leicht steigenden Tendenz, über eine längere Zeit verhältnismäßig konstant. Sozialhilfe und Kostenersatz für Deutsche im Ausland verursachten Kosten in Höhe von etwa 1 Mill. DM. Der Betrag ist um nicht ganz 3% höher als 1966. Die Leistungen des Bundes für diese Hilfe gingen wieder um mehr als 8% zurück, die des überörtlichen Trägers erhöhten sich dagegen um fast 22%. Gestiegen um 16% auf über 0,3 Mill. DM sind auch die Kosten für die Rückführung von Deutschen aus dem Ausland. Es handelt sich dabei um Ausgaben, die allerdings, gemessen an dem Aufwand für die Krankenversorgung und die Weihnachtsbeihilfe, nicht besonders ins Gewicht fallen.

Ausgaben für weitere und sonstige Leistungen 1958 - 1967

Jahr	Insgesamt	Kranken- versorgung nach § 276 LAG	Weihnachts- beihilfen
1 000 DM			
1958	3 615	1 834	1 724
1959	4 018	1 904	1 502
1960	4 313	2 061	1 412
1961	4 123	2 103	1 664
1962	4 123	2 167	1 684
1963	5 015	2 309	1 760
1964	5 070	2 346	1 737
1965	5 501	2 483	1 869
1966	6 103	2 881	1 962
1967	5 933	2 876	1 728

Die Krankenversorgung nach dem LAG und die Weihnachtsbeihilfe fallen, wie auch die Rückführung Deutscher aus dem Ausland, vorwiegend in den Aufgabenbereich der örtlichen Träger, während der Kostenersatz für Deutsche im Ausland ausschließlich zur Zuständigkeit des überörtlichen Trägers gehört. 76,4% der Kosten für die Krankenversorgung nach dem LAG entfielen so auf die Landkreise und 23,2% auf die kreisfreien Städte. Die Weihnachtsbeihilfe verteilte sich zu 60% auf die Landkreise, zu einem Drittel auf die kreisfreien Städte und zu 7% auf den überörtlichen Träger, das Land. Die Anteile der örtlichen Träger haben sich damit gegenüber 1966 vergrößert.

Für die Krankenversorgung nach dem LAG bestehen Ersatzansprüche der Träger der Sozialhilfe gegenüber dem Ausgleichsfonds, und die für Deutsche im Ausland verausgabten Mittel werden weitgehend vom Bund erstattet, weshalb die reale Belastung der Träger für diese Hilfe wesentlich geringer ist. Die Kostenerstattungen für die Rückführung Deutscher aus dem Ausland blieben dagegen recht unbedeutend.

Dr. Th. Walter



## Haltung von Zuchtsauen im Dezember 1967

Bei der allgemeinen Viehzählung im Dezember 1967 wurden außer den Viehbeständen wiederum auch die landwirtschaftlichen Nutzflächen der Viehhaltungen erfaßt, um Aufschluß über das Verhältnis des Viehbestandes zur Flächengröße zu erhalten. Wie schon in den vergangenen Jahren konnten die diesbezüglichen Auszählungen aus Zeit- und Kostengründen jedoch nur für eine beschränkte Anzahl von Vieharten durchgeführt werden. Aus aktuellem Anlaß galt das besondere Interesse dieses Mal den Strukturverhältnissen speziell in der Schweinezucht. In den Zuchtsauenhaltungen wird mit den Sauenzulassungen über den jeweiligen Umfang der Ferkel- und damit der Schweinefleischproduktion entschieden. Diese mit der Nachfrage in Übereinstimmung zu bringen, ist eine Frage der Angebotselastizität, die ihrerseits wiederum von der Betriebs- und Bestandsgrößenstruktur der Zuchtbetriebe beeinflußt wird.

### 1. Bestandsgrößen

Unter den 102 000 Anfang Dezember 1967 in Rheinland-Pfalz vorhandenen Schweinehaltungen befanden sich 21 825 mit Zuchtsauen. Mithin befaßte sich ungefähr jede fünfte mehr oder weniger intensiv mit Schweinezucht. Die Zahl der Zuchtsauen betrug insgesamt 68 109, was knapp einem Zehntel der Gesamtzahl der Schweine entspricht. Daraus errechnet sich eine Durchschnittszahl von 3,1 Sauen je Betrieb. Verglichen mit 1960 bedeutet das einen erheblichen Fortschritt auf dem Weg zur Zusammenfassung zu größeren Bestandseinheiten. Damals kamen im Durchschnitt nur zwei Sauen auf einen Betrieb. Die allenthalben in der Landwirtschaft zu beobachtenden Konzentrationstendenzen sind damit auch in diesem Teilbereich deutlich sichtbar geworden. So ist die Zahl der Zuchtbetriebe seit 1960 um ungefähr ein Fünftel zurückgegangen, während umgekehrt die Zahl der Zuchtsauen mit der langfristigen Ausweitung der Schweinebestände stieg. Das Ausmaß des bisher eingetretenen Wandels wird bei einem Blick auf das Jahr 1949 noch deutlicher erkennbar. Damals befaßten sich rund 38 000 Betriebe, also noch fast doppelt so viel wie heute, mit Schweinezucht, wobei allerdings auf jeden Betrieb

im Durchschnitt lediglich 1,3 Zuchtsauen entfielen. Daraus läßt sich erkennen, daß der Zuchtsauenbestand damals in weit stärkerem Maße als heute in Kleinbestände aufgesplittet war. Dieses Bild hat sich inzwischen durch starke Verschiebungen zu den größeren Bestandseinheiten, wobei in den Spitzenbetrieben die Bestände bisher nicht beobachtete Größen erreichten, merklich geändert. Schon 1960 war in Betrieben mit Beständen bis zu zwei Sauen nur noch wenig mehr als die Hälfte des Sauenbestandes anzutreffen, Ende 1967 waren es nicht einmal mehr ganz drei Zehntel (19 500). Der weitaus überwiegende Teil stand mithin schon in größeren Beständen, und zwar entfielen auf die Gruppe der Betriebe mit jeweils drei Zuchtsauen 8 871 oder 13,1% der Gesamtzahl, auf Betriebe mit jeweils vier Sauen 6 348 oder 9,3%, auf Betriebe mit fünf Sauen 4 730 oder 6,9% und auf Betriebe mit sechs und mehr Sauen 28 647 oder 42,1%. Unter den letztgenannten befanden sich sogar 14 Haltungen, die über Bestände von 50 und mehr Tieren verfügten. Der auf die größeren Betriebe entfallende starke Bestandsanteil läßt den Trend zu betrieblichen Schwerpunktbildungen besonders deutlich erkennen.

Ihrer Zahl nach verteilen sich die Zuchtbetriebe jedoch anders auf die einzelnen Bestandsgrößenklassen, als es dem Verhältnis ihrer Anteile am Zuchtsauenbestand entspricht. Obwohl seit 1960 fast um die Hälfte reduziert, sind mit 7 983 oder einem Anteil von 36,6% die nur eine Zuchtsau haltenden Betriebe zahlenmäßig am stärksten vertreten. Ihnen folgen mit 5 765 (26,4%) die Betriebe mit jeweils zwei Sauen. Diese beiden Gruppen zusammengefaßt stellen mithin allein 63,0% aller Zuchtbetriebe dar, auf die allerdings, wie dargelegt, nur 28,6% der Zuchtsauen entfallen. Mit wachsender Besatzstärke geht jedoch die Zahl der Betriebe stark zurück. Bestände von jeweils drei Sauen besaßen nur noch 2 957 (13,5%) Betriebe, solche von vier 1 587 (7,3%) und solche von fünf lediglich 946 (4,3%). Betriebe mit sechs und mehr Zuchtsauen gab es insgesamt 2 587 (11,9%). Von diesen hielten 1 527 (7,0%) jeweils sechs bis neun, 803 (3,7%) zehn bis 19 und

Zuchtsauenhaltungen nach Größenklassen des Bestandes und der LN im Dezember 1967

Betriebs- größenklasse nach der LN	Insgesamt			Halter mit ... Zuchtsauen								
	Halter	Zucht- sauen	Zucht- sauen je Halter	1	2	3	4	5	6 - 9	10 - 19	20 - 49	50 und mehr
unter 0,5 ha	438	909	2,1	246	102	36	21	11	13	8	1	-
0,5 bis " 2 "	592	1 181	2,0	356	140	44	17	11	11	11	2	-
2 " " 5 "	1 730	3 154	1,8	1 027	438	126	53	33	36	16	1	-
5 " " 10 "	5 340	10 753	2,0	2 655	1 573	574	243	108	133	46	8	-
10 " " 20 "	10 203	31 929	3,1	3 094	2 843	1 670	887	503	787	341	74	4
20 " " 50 "	3 375	17 768	5,3	597	661	502	357	269	523	339	124	3
50 und mehr "	147	2 415	16,4	8	8	5	9	11	24	42	33	7
<b>I n s g e s a m t</b>	<b>21 825</b>	<b>68 109</b>	<b>3,1</b>	<b>7 983</b>	<b>5 765</b>	<b>2 957</b>	<b>1 587</b>	<b>946</b>	<b>1 527</b>	<b>803</b>	<b>243</b>	<b>14</b>



243 (1,1%) 20 bis 49 Tiere. Verglichen mit 1960 ist nicht nur eine erhebliche Reduktion der Gesamtzahl der Zuchtbetriebe, sondern auch eine bemerkenswerte starke Verschiebung zu den höheren Bestandsgrößenklassen hin eingetreten. Die Haltungen mit ein oder zwei Sauen büßten seitdem mehr als ein Drittel ihrer damaligen Anzahl ein, während diejenigen mit sechs und mehr Tieren heute fast dreimal so stark vertreten sind.

## 2. Betriebsgrößen

Für den Entwicklungsverlauf ist neben der Konzentrierung auf größere Bestandseinheiten die Verlagerung der Schweinezucht in die mittelbäuerlichen Betriebe charakteristisch, eine Erscheinung, die nicht zuletzt auch mit der steigenden durchschnittlichen Betriebsgröße in der Landwirtschaft allgemein im Zusammenhang steht. Lagen vor annähernd zwanzig Jahren ungefähr drei Viertel der Zuchtbetriebe mit ihrer landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) unter der Größe von 10 ha, so war es 1960 nur noch wenig mehr als die Hälfte und 1967 gar mit 8 100 nur noch etwas mehr als ein Drittel. Dagegen hat sich bei den Betrieben mit 10 und mehr ha LN nicht nur deren relativer Anteil entsprechend vergrößert, sondern ihre Zahl ist auch absolut gestiegen. Sie betrug in der Größenklasse von 10 bis 20 ha LN 10 203 oder 46,7% (1960: 37,9%), in der Größenklasse 20 bis 50 ha 3 375 oder 15,5% (8,2%) und in der Größenklasse von 50 und mehr ha 147 oder 0,7%. Dabei erhöhte sich der auf die Betriebe mit 10 bis 20 ha entfallende Anteil des Zuchtsauenbestandes von 40,7% im Jahre 1960 auf 46,9% und der auf die Betriebe mit 20 bis 50 ha entfallende sogar von 14,5 auf 26,1%. Damit liegt der Schwerpunkt der Schweinezucht eindeutig bei den Betrieben mit 10 bis 50 ha LN.

Erwähnenswert erscheint in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß ab 10 ha mit steigender Betriebsgröße auch die Bestandskonzentration wächst. Betriebe mit 10 bis 20 ha LN hielten im Durchschnitt 3,1, solche mit 20 bis 50 ha 5,3 und die mit 50 und mehr ha sogar 16,4 Zuchtsauen. Daß auf dem Wege zu größeren Bestandseinheiten der bäuerliche Mittelbetrieb eine bemerkenswerte Rolle spielt, zeigt sich auch daran, daß von den insgesamt 2 587 Betrieben mit sechs und mehr Zuchtsauen 1 206 auf die Größenklasse 10 bis 20 ha und 989 auf die mit 20 bis 50 ha entfielen, was zusammen einem Anteil von 85% an den größeren Bestandseinheiten entspricht.

## 3. Regionale Schwerpunkte

Die Schwerpunkte der Schweinezucht liegen im nördlichen Teil des Landes und hier vor allem im Gebiet der Eifel. 1967 fanden sich allein im Regierungsbezirk Trier 7 347 Zuchtbetriebe mit 24 279 Zuchtsauen. Das ist gut ein Drittel aller Betriebe und des gesamten Bestandes an Zuchtsauen. Mit weitem Abstand vor allen anderen Kreisen des Landes rangiert der Kreis Bitburg mit 2 387 Betrieben und 9 957 Sauen. Während sich im Landesmittel jede fünfte Schweinehaltung mit Zucht befaßt, ist es hier gut jede zweite. Auch die Zusammenfassung zu größeren Bestandseinheiten ist hier sehr weit fortge-

schritten, wie der Durchschnittsbestand von 4,2 Sauen je Betrieb erkennen läßt. So besaß allein knapp ein Drittel der Betriebe Bestände von fünf und mehr Sauen, darunter 315 mit sechs bis neun, 170 mit zehn bis 19 und 33 mit 20 bis 49 Tieren. Weit verbreitet ist die Schweinezucht auch im Kreis Prüm, der 1 518 Betriebe mit 4 254 Sauen zählte. Hier treten allerdings die kleineren Bestände im Strukturbild stärker hervor. Durchschnittlich wurden in jedem Betrieb 2,8 Zuchtsauen gehalten. Das gleiche gilt für den in diesem Raum mit 936 Betrieben an nächster Stelle folgenden Kreis Wittlich. Ebenso lassen sich das Gebiet der Stadt und des Landkreises Trier sowie der Kreis Saarburg mit 791 bzw. 678 Betrieben als Schwerpunkte ansprechen, zumal sich dort der Zuchtsauenbestand vergleichsweise stärker auf größere Bestandseinheiten konzentriert (durchschnittlich 3,5 Tiere je Betrieb) als in den Kreisen Prüm und Wittlich.

Unter den zum Regierungsbezirk Koblenz gehörenden Kreisen ist der ebenfalls in der Eifel gelegene Kreis Mayen herausragendes Schwerpunktgebiet. Hier fand sich mit 6 863 Zuchtsauen in 1 514 Betrieben nicht nur mehr als ein Drittel des im gesamten Regierungsbezirk Koblenz vorhandenen Bestandes, sondern mit 4,5 Tieren je Betrieb war hier auch der höchste durchschnittliche Besatz zu beobachten. Lediglich in der Stadt und im Landkreis Koblenz ergab sich - bei allerdings wesentlich geringerer Zahl von Betrieben - ein gleich hoher Konzentrationsgrad. 431 oder knapp drei Zehntel der Betriebe des Kreises Mayen besaßen jeweils fünf und mehr Zuchtsauen, darunter waren 163 mit sechs bis neun, 139 mit zehn bis 19 und 47 mit 20 bis 49 Tieren vertreten. Eine besonders weite Ausdehnung der Schweinezucht läßt sich ferner im Kreis Simmern beobachten, in dem sich 932 Betriebe mit 2 356 Zuchtsauen befanden. Abweichend von der Bestandsstruktur im Kreis Mayen treten hier jedoch die Betriebe mit kleineren Bestandseinheiten stärker in den Vordergrund. Im Durchschnitt kamen hier 2,5 Zuchtsauen auf je einen Betrieb.

Im Regierungsbezirk Montabaur liegen die Schwerpunkte auf dem Loreleykreis mit 850 und dem Unterlahnkreis mit 777 Betrieben. Der Durchschnittsbestand stellt sich allerdings hier nur auf 2,4 bzw. 2,8 Sauen je Betrieb.

Unter den Kreisen Rheinhessens hebt sich der Kreis Alzey mit 794 Betrieben und 2 155 Zuchtsauen ab, während in der Pfalz mit 682 Betrieben und 2 437 Sauen der Kreis Rockenhausen an der Spitze steht, der sich durch einen überdurchschnittlich großen Besatz je Betrieb, nämlich 3,6 Tiere, auszeichnet. Wenn auch die Zuchtbetriebe in den einzelnen Kreisen der Pfalz zahlenmäßig relativ schwach vertreten sind, so ist andererseits doch nicht zu übersehen, daß die Entwicklung zu größeren Bestandseinheiten hier im allgemeinen stärker fortgeschritten ist als in den Regierungsbezirken Montabaur und Rheinhessen. Mit durchschnittlich 3,1 Zuchtsauen je Betrieb rangiert die Pfalz dicht hinter dem nach Trier (3,3) an zweiter Stelle stehenden Regierungsbezirk Koblenz (3,2).

P. Porn



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 335	3 620	3 615	3 616	3 617	3 626	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 323	1 390	2 406	2 141	1 120	1 480	1 910	2 138 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,7	5,0	7,8	8,1	3,6	...	...	...
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	5 091	4 962	5 674	4 999	5 110	4 967	4 987	5 783 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,9	17,9	18,5	18,9	16,6	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>3)</sup>	Anzahl	3 014	3 420	3 352	3 729	3 268	4 194	4 607	3 914	3 736 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	11,3	12,1	12,1	12,4	13,6	...	...	...
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	125	125	143	103	102	102	123	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,6	25,2	25,2	20,6	20,0	20,5	24,7	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 671	1 610	1 945	1 731	916	360	1 073	2 047 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	5,5	5,8	6,3	6,5	3,0	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	8 644	6 834	8 918	9 941	7 769	...	...	...
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	9 251	7 492	9 700	10 299	8 085	...	...	...
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	- 607	- 658	- 782	- 358	- 316	...	...	...
* Binnenwanderung <sup>4)</sup>	"	9 508	10 602	8 254	10 404	10 975	9 903	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	1 000	44,1	30,2	48,9	36,7	30,1	48,4	40,7	27,0	17,5
* Männer	"	35,8	24,3	42,1	30,6	24,0	42,0	35,2	22,3	13,3
<b>Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe</b>										
Bauberufe	Anzahl	2 727	1 328	3 534	1 483	606	4 178	2 577	897	324
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	3 692	9 329	5 751	3 444	9 055	7 648	3 713	1 283
Offene Stellen	"	14 493	18 403	27 872	22 809	19 582	24 819	21 462	15 283	10 389
Männer	"	7 719	11 679	11 214	12 555	11 806	12 078	14 802	16 684	17 609
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	5 395	4 564	5 721	5 274	5 412	7 153	8 240	8 828
Bauberufe	"	386	222	232	288	271	163	270	286	350
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 119	727	1 037	990	811	1 185	1 450	1 569
	"	2 989	4 214	3 308	4 072	3 971	5 085	6 260	7 277	7 883
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand 5)</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	761	.	.	.	.	.	.	.
* Milchkühe	"	327	297	.	.	.	.	.	.	.
* Schweine	"	659	822	.	745	.	.	.	857	.
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	68	.	64	.	.	.	71	.
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	42	.	39	.	.	.	42	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren 6)</b>										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	18	17	18	17	21	17	18	18
* Kälber	"	10	4	4	6	4	4	4	4	5
* Schweine	"	93	98	93	99	94	117	101	104	110
* Hausschlachtungen	"	28	24	31	29	22	39	34	34	25
<b>Gesamtschlachtgewicht aus gewerbl. Schlachtungen 7)</b>										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,1	9,6	10,7	10,8	11,8	9,9	10,6	12,1
* Kälber	"	4,1	4,6	4,1	4,5	4,4	4,9	4,2	4,5	4,8
* Schweine	"	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
	"	5,6	6,2	5,2	5,8	6,1	6,6	5,5	5,8	7,0
<b>Milcherzeugung</b>										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	87	80	92	91	83	84	94	95
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	75,2	72,2	73,3	74,4	74,2	73,6	74,4	75,2
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,6	9,5	9,9	10,2	9,0	9,7	10,3	10,7

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
<b>Industrie und Handwerk</b>										
<b>Industrie 1)</b>										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 106	3 140	3 130	3 125	3 041	3 038	3 039	...
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	364	367	365	364	357	359	361	...
* Arbeiter 2)	"	274	274	277	276	274	268	270	272	...
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	43	41	44	42	44	42	44	...
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	322	287	311	301	310	300	313	...
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	212	184	208	193	205	195	207	...
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	110	103	103	108	105	105	106	...
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	135	138	145	136	142	136	132	...
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	40	35	38	41	41	41	47	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	155	166	165	159	185	175	180	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	651	602	658	638	661	665	694	...
* Stromerzeugung 5)	"	138	281	273	279	272	347	345	324	...
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 638	1 444	1 587	1 570	1 540	1 637	1 827	...
* Auslandsumsatz	"	126	339	321	349	349	302	331	375	...
<b>Index der industriellen Produktion 7)</b>										
Gesamtindustrie	1958=100	100	224	199	221	228	220	235	251	267 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	"	100	225	201	222	228	224	239	253	268 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	100	226	201	223	229	224	239	254	270 <sup>p</sup>
Energieversorgungsbetriebe	"	100	209	199	207	221	229	232	238	227 <sup>p</sup>
Bergbau	"	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Verarbeitende Industrie	"	100	229	203	226	231	222	242	257	273 <sup>p</sup>
Grundstoff- und Produktionsgüter	"	100	227	208	226	235	218	244	252	258 <sup>p</sup>
Industrie d. Steine u. Erden	"	100	138	83	126	151	67	88	123	150 <sup>p</sup>
Hochofen-, Stahl- und Warmwalzwerke	"	100	165	186	182	198	94	171	191	207 <sup>p</sup>
Chemische Industrie	"	100	291	276	292	295	309	336	331	327 <sup>p</sup>
Investitionsgüter	"	100	341	268	328	334	345	367	425	467 <sup>p</sup>
Maschinenbau	"	100	208	175	195	205	135	161	197	202 <sup>p</sup>
Elektrotechnische Industrie	"	100	180	201	181	178	158	158	184	193 <sup>p</sup>
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	100	216	185	195	196	200	209	234	232 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüter 8)	"	100	176	171	183	184	172	180	193	204 <sup>p</sup>
Holz verarbeitende Industrie	"	100	212	196	221	211	180	181	201	242 <sup>p</sup>
Schuhindustrie	"	100	145	165	166	159	159	168	175	178 <sup>p</sup>
Textilindustrie	"	100	111	99	104	114	116	109	110	113 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	"	100	168	147	155	152 <sup>r</sup>	152	161	149	179 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	"	100	209	143	204	225 <sup>r</sup>	112	145	189	244 <sup>p</sup>
<b>Handwerk</b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962=100	.	102	.	97	.	.	.	101	.
* Umsatz 9)	1962=100	.	142	.	123	.	.	.	107	.
* Handwerksumsatz 9)	"	.	142	.	122	.	.	.	104	.
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61 <sup>r</sup>	212 <sup>r</sup>	224 <sup>r</sup>	237 <sup>r</sup>	209 <sup>r</sup>	238 <sup>r</sup>	258 <sup>r</sup>	277	...
Strombezug (netto)	"	318 <sup>r</sup>	496 <sup>r</sup>	431 <sup>r</sup>	465 <sup>r</sup>	474 <sup>r</sup>	506 <sup>r</sup>	...	...	...
Stromaufkommen	"	375 <sup>r</sup>	695 <sup>r</sup>	641 <sup>r</sup>	690 <sup>r</sup>	672 <sup>r</sup>	729 <sup>r</sup>	...	...	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	105	100	111	132	142	129	144	111
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe 10)</b>										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	87	78	84	86	84	84	87	89
Facharbeiter	"	30	47	42	45	47	45	44	46	47
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	26	22	24	26	25	25	27	28
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	9	13	13	7	9	12	14
* Wohnungsbauten	"	5	6	3	6	6	3	4	5	6
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	1	2	2	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	4	5	5	3	3	5	6
Hochbau	"	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Straßenbau	"	2	2	1	2	2	1	1	2	2
Sonstiger Tiefbau	"	3	2	2	2	2	1	1	2	2
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	71	50	66	68	45	53	65	79
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	64	44	60	62	38	46	58	72
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	6	6	6	7	7	7	7
* Umsatz	"	76	226	165	176	197	129	103	109	136

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; ab März 1968 vorläufige Ergebnisse.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 137	881	1 035	1 302	1 281	...	...	...
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	107,7	105,3	105,4	108,5	108,9	...	...	...
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	191	145	156	206	216	...	...	...
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	293	233	254	296	321	...	...	...
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 962	1 351	1 771	1 989	1 818	...	...	...
* in Wohngebäuden	"	929	1 106	838	931	1 202	926	...	...	...
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 500	1 881	2 072	2 684	2 575	...	...	...
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 062	1 531	1 617	2 151	2 326	...	...	...
<b>Baupreise</b>										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	96	99	.	.	100	.	.	.
Ziegelmauerwerk	"	.	120	121	.	.	128	.	.	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	122	122	.	.	130	.	.	.
Leichttrennwand	"	.	121	122	.	.	127	.	.	.
Stahlbetondecke	"	.	109	111	.	.	115	.	.	.
Beton B 80 für Wände	"	.	120	121	.	.	126	.	.	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	109	110	.	.	112	.	.	.
Dachverbandholz liefern	"	.	101	105	.	.	103	.	.	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	128	130	.	.	131	.	.	.
Deckenputz	"	.	129	132	.	.	131	.	.	.
Außenwandputz	"	.	135	137	.	.	139	.	.	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	116	119	.	.	118	.	.	.
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	97	96	96	95	96	96	95	95
Umsätze	"	.	125	102	129	120	101	102	121	130
Waren verschiedener Art	"	.	177	133	171	155	162	143	171	192
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	116	101	121	114	101	104	116	121
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	116	86	123	108	92	78	104	130
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	125	94	118	108	81	84	105	113
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	121	88	113	99	87	90	95	106
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	114	92	129	125	63	83	115	123
<b>Handel mit Berlin (West)</b>										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	12 561	11 407	13 064	12 195	10 353	9 507	12 973	12 427
* Lieferungen	"	14 040	32 986	28 700	30 607	32 747	32 710	33 875	38 632	36 960
<b>Ausfuhr</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	393,0	368,6	396,0	417,2	404,1	408,3	443,7	423,4
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	11,7	8,3	10,8	13,0	11,6	10,5	14,6	13,9
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	381,3	360,2	385,2	404,3	392,6	397,8	429,1	409,5
* Rohstoffe	"	5,8	7,5	6,6	7,1	8,3	5,5	6,2	8,5	7,6
* Halbwaren	"	23,1	29,1	32,1	29,2	30,8	31,1	33,0	36,0	27,1
* Fertigwaren	"	111,5	344,7	321,5	348,9	365,2	356,0	358,6	384,6	374,8
* Vorzeugnisse	"	59,5	151,5	137,0	147,8	163,4	158,7	145,5	167,6	156,9
* Enderzeugnisse	"	52,0	193,2	184,5	201,1	201,7	197,3	213,1	217,1	217,9
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG - Länder	"	41,0	148,7	140,6	148,5	157,7	140,5	154,2	166,0	157,1
Belgien - Luxemburg	"	9,5	27,2	26,3	26,7	27,9	24,0	27,3	28,4	24,2
Frankreich	"	9,6	53,7	53,5	54,7	56,8	55,4	61,9	64,5	65,5
Italien	"	9,6	34,7	29,9	34,2	36,8	33,6	31,4	36,2	33,2
Niederlande	"	12,2	33,0	30,9	32,8	36,3	27,4	33,5	36,9	34,1
* EFTA - Länder	"	36,4	93,3	92,8	94,0	100,4	91,4	89,0	103,8	91,0
Dänemark	"	3,4	9,7	10,4	10,8	12,7	9,3	10,1	12,4	10,7
Großbritannien	"	9,5	22,1	23,0	24,2	23,2	20,4	20,7	23,2	20,7
Österreich	"	6,8	17,4	15,8	16,4	19,8	19,1	13,6	18,1	17,6
Schweden	"	5,4	13,3	14,1	12,8	12,7	11,7	13,1	16,0	12,0
Schweiz	"	8,3	22,6	22,4	23,3	24,8	20,6	24,7	25,1	22,4
USA und Kanada	"	10,1	22,8	17,5	22,9	25,7	23,0	21,1	27,6	32,5
Ostblockländer	"	3,6	21,9	19,0	21,2	30,7	30,4	30,1	18,5	26,5
<b>Gastgewerbe (Meßziffern)</b>										
Beschäftigte	1962=100	.	110	101	104	111	98	106	103	110
Teilbeschäftigte	"	.	167	130	152	167	132	150	131	150
Umsätze insgesamt:	"	.	132	109	120	126	96	109	113	124
Übernachtungen	"	.	155	68	107	130	61	71	97	152
Beköstigung	"	.	130	111	120	126	98	112	113	121
<b>Fremdenverkehr in 203 Berichtsgemeinden</b>										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	207	95	134	182	83	92	117	...
* Auslands Gäste	"	36	44	9	18	29	7	8	11	...

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	777	363	515	589	311	365	451	...
* Auslands Gäste	"	68	95	23	41	59	16	18	27	...
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	329	184	254	261	152	187	229	...
Luftkurorte	"	40	44	17	28	31	16	18	23	...
Sonstige	"	330	404	162	233	297	143	160	199	...
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 832	2 504	2 781	2 694	2 849	2 662	2 912	...
Wagenachskilometer	"	104 960	112 382	93 974	108 671	105 822	107 853	101 192	113 427	...
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 181	979	1 122	1 098	1 137	1 063	1 196	...
Nettotonnenkilometer	"	293	332	269	301	308	325	312	356	...
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	59 950	49 560	54 937	56 070	48 269	50 972	56 850	...
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	2 818	2 308	2 938	2 930	2 218	2 657	3 016 <sup>2</sup>	3 113
* Gütereingang	"	811	1 432	1 238	1 466	1 413	1 267	1 313	1 419 <sup>2</sup>	1 440
* Güterversand	"	1 001	1 386	1 070	1 472	1 517	951	1 344	1 597	1 673
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	4 351	3 445	4 023	4 239	3 888	3 658	3 935	3 694
Ladung	1 000 t	2 938	3 167	2 466	2 860	3 092	3 028	2 615	2 737	2 612
Auslastungsgrad 2)	%	80	84	86	86	87	89	89	87	88
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 475	3 809	4 098	4 310	3 965	3 881	4 077	3 769
Ladung	1 000 t	893	1 578	1 455	1 569	1 744	1 319	1 632	1 942	1 713
Auslastungsgrad 2)	%	70	82	83	86	85	83	86	86	87
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 528	6 511	10 293	9 153	4 690	6 546	9 835	...
Kraftfahrzeuge										
Kraftroller (einschließlich Motorroller)	"	366	23	16	24	28	8	10	34	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	5 733	4 965	8 076	7 130	3 448	5 191	7 882	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	654	535	748	695	437	586	752	...
* Lastkraftwagen	"	346	466	308	486	534	390	397	597	...
Zugmaschinen	"	640	579	633	883	667	365	324	515	...
Kraftfahrzeuganhänger	"	132	244	149	268	294	115	133	266	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen 3)	1 000	20 118	20 547	20 331	20 201	20 538	22 298	20 869	21 589	18 872
Orts- und Nachbarortslinienverkehr	"	11 395	10 672	10 718	10 806	10 871	11 203	10 700	10 945	9 670
Straßenbahnen	"	4 219	4 303	4 515	4 532	4 507	3 965	4 061	3 988	3 422
Obusse	"	2 924	4 303	4 515	4 532	4 507	3 965	4 061	3 988	3 422
Kraftomnibusse	"	4 252	6 369	6 203	6 274	6 364	7 238	6 639	6 957	6 248
Überlandlinienverkehr	"	8 056	8 903	8 635	8 405	8 789	10 360	9 394	9 716	8 389
Berufsverkehr 4)	"	233	576	575	604	595	564	570	644	582
Gelegenheitsverkehr	"	434	310	140	185	241	132	164	223	211
Wagenkilometer 3)	"	7 990	8 960	7 526	8 289	8 334	8 204	8 151	8 748	8 432
Orts- und Nachbarortslinienverkehr	"	2 289	2 057	1 937	2 089	2 048	2 139	2 038	2 145	2 036
Straßenbahnen	"	871	688	687	740	707	640	610	638	606
Obusse	"	541	688	687	740	707	640	610	638	606
Kraftomnibusse	"	877	1 369	1 250	1 349	1 341	1 499	1 428	1 507	1 430
Überlandlinienverkehr	"	4 048	4 127	3 828	4 079	4 054	4 463	4 302	4 527	4 023
Berufsverkehr 4)	"	233	1 069	1 065	1 122	1 067	1 088	1 062	1 109	1 073
Gelegenheitsverkehr	"	1 420	1 641	474	817	1 141	490	722	927	1 289
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	6 098	4 734	5 554	5 768	5 836	5 443	5 638	5 793
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 716	1 283	1 486	1 624	1 312	1 387	1 555	1 648
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 382	3 451	4 068	4 144	4 524	4 056	4 083	4 145
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 718	2 939	3 443	3 525	3 882	3 470	3 419	3 515
über 1 000 DM 6)	"	.	664	512	625	619	642	586	664	630
* Getötete Personen 7)	"	68	96	79	82	98	50	99	92	77
* Verletzte Personen	"	1 913	2 445	1 737	2 097	2 323	1 864	1 937	2 160	2 404
Schwerverletzte	"	765	843	610	711	790	627	680	729	867
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	34 843	31 042	38 450	34 079	36 317	32 712	36 374	38 813
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 023	969	1 144	992	973	986	1 025	1 120
Telegramme	"	99	68	54	73	69	58	55	59	74
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	823 220	716 579	823 942	806 138	888 664	718 263	786 236	815 550
Lastschriften	"	460 840	822 696	712 219	828 225	807 070	904 085	721 392	762 958	818 434
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 049	8 520	9 480	9 128	11 894	10 863	10 321	10 456
Auszahlungen	"	5 296	9 707	7 166	9 613	8 544	7 883	7 942	8 913	10 764
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 036	1 032	1 033	1 034	1 046	1 048	1 051	1 052
Fernsehrundfunk	"	78	757	742	746	749	797	805	813	818

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) Einschließlich Schüler-, Markt- und Theaterfahrten sowie Ferienzeil-Reiseverkehr (in Aufgliederungen nicht enthalten. - 4) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 307	11 984	11 142	11 289	11 357	11 956	12 104	12 420	12 396
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 275	3 121	3 208	3 221	3 178	3 216	3 306	3 243
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 195	3 053	3 139	3 148	3 129	3 157	3 217	3 173
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	80	68	69	73	49	59	89	70
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	8 709	8 021	8 081	8 136	8 778	8 888	9 114	9 153
* an Wirtschaft und Private	"	1 551	6 728	6 224	6 256	6 297	6 753	6 802	6 907	6 941
an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	1 981	1 797	1 825	1 839	2 025	2 086	2 207	2 212
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	10 949	9 789	9 809	9 935	11 086	11 261	11 289	11 412
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	3 629	3 200	3 186	3 254	3 618	3 694	3 669	3 740
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	2 862	2 415	2 404	2 499	2 867	2 921	2 886	2 992
von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	767	785	782	755	751	773	783	748
* Spareinlagen	"	1 857	7 320	6 589	6 622	6 681	7 468	7 567	7 620	7 672
* bei Sparkassen	"	1 274	4 833	4 375	4 395	4 431	4 917	4 984	5 017	5 048
* bei Kreditbanken	"	.	849	750	757	768	873	883	888	896
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	349	313	328	316	569	372	370	368
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	297	247	294	258	416	273	318	316
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	14	11	9	13	17	10	14	10
Vergleichsverfahren	"	3	3	2	4	3	-	2	-	3
Wechselproteste	"	2 860	2 596	2 382	2 720	2 461	2 278	2 053	2 122	1 974
" 4)	1 000 DM	2 017	4 237	3 837	4 334	3 945	3 069	2 679	2 804	2 871
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	135 475	93 826	200 172	78 499	116 031	91 680	215 451	87 703
* Vermögensteuer	"	2 443	7 702	15 802	1 867	684	1 826	16 101	4 948	1 075
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	15 271	13 311	16 706	16 963	19 397	14 118	16 818	17 889
* Biersteuer	"	3 176	5 082	5 118	3 772	3 789	4 515	5 007	3 651	4 150
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	102 572	54 589	172 942	50 403	83 464	52 201	185 165	60 473
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	214 983	151 250	242 607	168 911	228 264	142 043 <sup>T</sup>	257 712	167 704
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	87 713	71 793	71 771	87 007	116 700	49 855	48 447	70 757
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	10 701	3 398	7 986	4 668	9 119	10 740	24 775	12 908
* Beförderungsteuer	"	1 582	2 126	1 441	1 852	1 905	2 391	136	111	114
* Zölle	"	8 704	11 446	6 499	6 779	5 270	5 745	6 126	18 148	6 740 <sup>P</sup>
* Verbrauchsteuern	"	32 345	42 749	36 034	52 656	40 441	45 290	43 471	54 454	40 032 <sup>P</sup>
* Tabaksteuer	"	18 677	5 647	1 942	8 932	2 875	4 893	5 725	9 853	2 926
* Mineralölsteuer	"	2 522	7 038	6 287	6 800	5 341	3 091	6 500	5 559	5 852
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	60 241	32 061	101 569	29 603	49 019	30 657	108 748	35 516
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 145	12 849	1 294	1 451	1 212	12 891	899	1 146
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	162 813	86 650	274 511	80 006	132 483	82 858	293 913	95 989
* Lohnsteuer	"	19 833	70 883	64 075	49 600	59 919	113 477	72 005	65 052	60 153
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	59 668	11 459	154 124	12 888	13 555	6 017	154 424	22 740
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	6 191	3 516	511	935	1 108	4 215	435	6 503
* Körperschaftsteuer	"	13 065	26 071	7 600	70 276	6 264	4 343	621	74 002	6 593
* Gemeindesteuereinnahmen 7)	"	83 725	184 673	.	183 961	.	.	.	178 844	.
* Realsteuern	"	76 545	171 318	.	170 633	.	.	.	163 506	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 704	.	6 749	.	.	.	7 005	.
* Grundsteuer B	"	15 026	24 910	.	22 434	.	.	.	24 218	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	127 680	.	131 286	.	.	.	121 888	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 024	.	10 164	.	.	.	10 395	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	13 355	.	13 328	.	.	.	15 338	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Einschließlich Steuern der Kreise; Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Löhne und Gehälter <sup>1)</sup>										
Arbeiter in der Industrie <sup>2)</sup>										
Bruttowochenverdienste	DM	96	193	.	.	192	190	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	106	210	.	.	210	207	.	.	...
Facharbeiter	"	113	224	.	.	224	220	.	.	...
Angelernte Arbeiter	"	107	205	.	.	204	202	.	.	...
Hilfsarbeiter	"	87	173	.	.	172	169	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	61	130	.	.	128	133	.	.	...
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,46	.	.	4,45	4,44	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,76	.	.	4,75	4,77	.	.	...
Facharbeiter	"	2,44	5,05	.	.	5,04	5,05	.	.	...
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,65	.	.	4,63	4,67	.	.	...
Hilfsarbeiter	"	1,90	3,96	.	.	3,95	3,95	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,23	.	.	3,23	3,26	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	43,1	.	.	43,1	42,8	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,0	.	.	44,1	43,3	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	40,0	.	.	39,4	40,9	.	.	...
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,8	.	.	41,7	39,7	.	.	...
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,7	.	.	42,6	40,2	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,6	.	.	38,2	37,9	.	.	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 077	.	.	1 074	1 104	.	.	...
in der Industrie <sup>2)</sup>	"	495	977	.	.	971	1 010	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 177	.	.	1 169	1 224	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	377	749	.	.	748	763	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	648	1 251	.	.	1 254	1 265	.	.	...
* Technische Angestellte	"	665	1 285	.	.	1 288	1 299	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	452	866	.	.	873	879	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	355	742	.	.	730	764	.	.	...
im Handel <sup>3)</sup>	"	351	737	.	.	726	760	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	"	485	962	.	.	946	1 001	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	279	581	.	.	574	595	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	438	915	.	.	907	941	.	.	...
in Industrie <sup>2)</sup> und Handel <sup>3)</sup> zusammen	"	404	835	.	.	826	863	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	"	536	1 064	.	.	1 052	1 108	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	307	641	.	.	636	654	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"	625	1 233	.	.	1 236	1 249	.	.	...
* Technische Angestellte	"	646	1 267	.	.	1 269	1 283	.	.	...
* Männliche Angestellte	"	418	853	.	.	858	863	.	.	...
* Weibliche Angestellte	"			.	.			.	.	...
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung <sup>4)</sup>										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 050	1 051	1 054	1 052	1 055	1 063	1 066	1 065
Pflichtmitglieder	"	649	656	661	664	660	648	653	653	647
Rentner	"	227	258	252	252	253	314	318	322	325
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,2	4,9	4,0	4,1	7,4	5,6	4,6	4,1
Männer	"	4,6	4,2	4,8	3,9	4,0	7,4	5,5	4,5	4,1
Frauen	"	4,3	4,1	5,0	4,1	4,1	7,6	5,6	4,7	4,1
Soziale Rentenversicherung <sup>5)</sup>										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	334 548	329 180	330 270	331 698	340 656	340 555	341 411	342 871
Angestelltenversicherung	"	84 107	.	.	.	.	.	.	.	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	75 500	68 772	83 089	74 265	77 052	76 854	87 362	80 767
Angestelltenversicherung	"	13 762	.	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	24 354	39 093	33 011	26 876	40 960	38 019	29 117	15 805
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	22 254	37 887	31 230	25 221	36 750	32 944	23 329	11 761
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	10 537	13 151	15 040	11 051	9 397	20 003	17 583	12 621
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	9 782	12 963	14 613	10 445	8 591	18 315	15 397	10 367
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	171	.	172	.	.	.	169	.
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	30 432	33 890	27 990	29 343	30 007	29 720	29 970	30 340

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967					1968		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	59 873 <sup>p</sup>	59 800	59 807	59 818	59 948	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	40 270 <sup>p</sup>	26 945	26 358	42 082	45 058	20 695	26 688	34 254
Lebendgeborene 2)	"	75 361	84 954 <sup>p</sup>	85 475	83 851	91 894	82 075	85 285	82 790	86 769
Gestorbene 3)	"	49 784	57 278 <sup>p</sup>	60 068	55 555	60 273	64 044	71 098	79 532	66 006
Geburtenüberschuß	"	25 577	27 676 <sup>p</sup>	25 407	28 296	31 621	18 031	14 187	3 258	20 763
Arbeitslose	1 000	769	466 <sup>p</sup>	621	674	576	526	673	590	460
Männer	"	500	340 <sup>p</sup>	493	534	441	388	527	461	348
<b>Landwirtschaft</b>										
Schweinebestand 4)	"	14 747	19 032	.	.	17 859	19 032	.	.	19 273 <sup>p</sup>
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	254	254	223	244	254	279	241	260
Milcherzeugung	"	1 490	1 810	1 660	1 614	1 939	1 613	1 695	1 695	1 975
<b>Industrie und Energiewirtschaft</b>										
Industrie 6)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 015	7 843	8 044	7 968	7 906	7 724	7 723 <sup>p</sup>	...	...
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. Std.	1 139	916	964	890	934	873	936 <sup>p</sup>	...	...
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	18 166	31 722	29 085	28 291	31 934	36 064	30 570 <sup>p</sup>	...	...
Auslandsumsatz	"	2 698	5 947	5 525	5 490	5 900	6 950	5 347 <sup>p</sup>	...	...
Index der industriellen Produktion 9)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	...	118	110	105	115	122	117 <sup>p</sup>	118 <sup>p</sup>	127 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe	"	...	118	112	107	116	124	120 <sup>p</sup>	119 <sup>p</sup>	128 <sup>p</sup>
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	...	117	110	105	115	122	117 <sup>p</sup>	117 <sup>p</sup>	126 <sup>p</sup>
Energieversorgungsbetriebe	"	...	138	151	133	139	166	167 <sup>p</sup>	153 <sup>p</sup>	160 <sup>p</sup>
Bergbau	"	...	89	97	87	89	90	99 <sup>p</sup>	91 <sup>p</sup>	94 <sup>p</sup>
Verarbeitende Industrie	"	...	119	111	107	117	124	119 <sup>p</sup>	119 <sup>p</sup>	128 <sup>p</sup>
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	...	133	121	116	130	128	132 <sup>p</sup>	135 <sup>p</sup>	145 <sup>p</sup>
Investitionsgüter	"	...	109	104	100	107	126	109 <sup>p</sup>	109 <sup>p</sup>	118 <sup>p</sup>
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	...	114	110	107	115	116	119 <sup>p</sup>	120 <sup>p</sup>	128 <sup>p</sup>
Nahrungs- und Genußmittel	"	...	122	107	107	115	123	116 <sup>p</sup>	113 <sup>p</sup>	118 <sup>p</sup>
Bauhauptgewerbe	"	...	115	80	78	109	84	72 <sup>p</sup>	90 <sup>p</sup>	102 <sup>p</sup>
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 337	10 622	9 546	9 464	9 012	10 265	9 643	9 865
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 064	8 077	6 813	7 142	9 109	8 707	7 542	8 059
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 281	2 113	2 067	2 260	2 163	2 375	2 406	2 585
Stahlrohblöcken	"	2 143	3 018	2 871	2 812	2 965	2 836	3 224	3 230	3 522
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 076	1 948	1 891	2 072	1 929	2 078	2 248	2 430
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	15 443	16 785	14 792	15 545	18 080	.	...	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	1 956	1 632	1 915	1 676	1 737	1 802	1 719	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
Bauhauptgewerbe 10)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 322	1 467	1 362	1 336	1 418	1 457	...	...	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	206	151	145	201	145	...	...	...
Umsatz	Mill. DM	1 431	3 694	3 070	2 574	2 957	5 178	...	...	...
Baugenehmigungen:										
Wohnungen	Anzahl	48 466	44 396	34 371	35 147	39 385	39 737	...	...	...
<b>Handel</b>										
Umsätze	1962=100	.	132	115	109	134	192	113	112	132
Waren verschiedener Art	"	.	159	128	119	156	270	135	128	159
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	131	115	115	135	160	119	121	135
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	123	114	93	123	191	103	86	115
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	129	103	101	121	208	89	95	116
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	127	106	97	115	292	95	96	106
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	121	90	101	138	153	75	96	131
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	2 594	5 849	5 570	5 104	5 769	6 613	6 212	6 152	6 634
Ausfuhr	"	3 083	7 250	6 999	6 515	7 264	8 101	7 476	7 449	8 409
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"	489	1 401	1 429	1 411	1 495	1 488	1 264	1 298	1 775

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1967				1968			
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
<b>Verkehr</b>										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	99	91	93	92	100	...	...	...
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	125	104	110	117	113	107	...	...
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	124	121	118	118	129	124	...	...
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Bundesbahn:										
Beförderte Personen	"	124	82	90	86	80	80	...	...	...
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"	102	72	75	79	74	71	68	70	...
Kraftomnibusse:										
Beförderte Personen	"	78	109	126	117	110	110	115	116	...
<b>Geld und Kredit</b>										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	31 412	29 291	29 995	30 162	31 412	29 750	30 548	31 022 <sup>p</sup>
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	320 656	295 360	297 304	298 245	320 656	319 102	322 142	326 127 <sup>p</sup>
Kurzfristige Kredite	"	32 530	75 366	70 970	71 212	70 824	75 366	72 407	72 922	74 496 <sup>p</sup>
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	245 290	224 390	226 092	227 421	245 290	246 695	249 220	251 631 <sup>p</sup>
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	243 576	211 496	215 015	214 229	243 576	244 137	247 195	247 461 <sup>p</sup>
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	100 148	83 455	85 572	84 012	100 148	98 099	99 155	98 351 <sup>p</sup>
Spareinlagen	"	36 065	143 428	128 041	129 443	130 217	143 428	146 038	148 040	149 110 <sup>p</sup>
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	97,6	85	91	92	114,3	121,1	121,8	121,4
<b>Steuern</b>										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 275	7 725	6 051	10 146	12 327	7 962	6 399	10 197
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 357	3 566	2 784	6 598	7 752	3 717 <sup>r</sup>	2 866	6 858
Steuern vom Umsatz	"	1 080	2 060	2 465	1 790	1 695	2 247	2 799 <sup>r</sup>	1 762	1 575
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 858	1 694	1 477	1 853	2 328	1 446 <sup>r</sup>	1 771	1 764
<b>Preise</b>										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	109,3	109,4	109,8	108,7	102,0	100 <sup>p</sup>	100 <sup>p</sup>	100 <sup>p</sup>
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	109,9	109,9	110,0	110,9	106,6	102,8	104,8	105,0
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	104,9	105,6	105,5	105,4	104,8	99,7	99,8	99,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	115,9	.	117,3	.	.	.	...	.
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	95,3	.	93,7	.	.	.	...	.
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	226,5	225,9	226,1	226,3	226,1	229,1	228,9	229,1
"	1958=100	100	123,4	123,1	123,2	123,3	123,2	124,8	124,7	124,8
"	1962=100	92,7	114,4	114,1	114,2	114,3	114,2	115,7	115,6	115,7
Ernährung	"	93,0	112,7	113,3	113,3	113,0	110,9	111,8	111,1	111,0
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	108,9	106,5	106,5	109,4	109,2	110,9	110,8	110,7
Wohnung	"	82,0	137,6	135,1	135,4	135,6	139,7	141,8	142,9	143,9
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	108,4	109,5	109,5	109,2	110,2	116,0	116,8	116,6
Hausrat	"	97,7	103,5	104,2	104,1	104,0	102,8	102,7	102,7	102,6
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,1	112,2	112,2	112,0	112,0	112,0	112,0
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	113,9	113,4	113,5	113,5	114,4	118,7	119,3	119,4
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	119,7	117,9	118,6	118,7	121,5	124,2	124,6	124,7
Verkehr	"	93,2	114,0	113,2	113,3	113,5	114,8	116,0	115,9	116,2
<b>Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)</b>										
Bruttowochenverdienste	1962=100	72,5	132,4	128,2	.	.	.	...	.	.
Männliche Arbeiter	"	67,8	138,2	135,0	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	"	71,5	140,0	138,4	.	.	.	...	.	.
Bruttostundenverdienste	"	66,4	144,3	143,0	.	.	.	...	.	.
Männliche Arbeiter	"	101,6	94,7	92,7	.	.	.	...	.	.
Weibliche Arbeiter	"	102,0	95,6	94,2	.	.	.	...	.	.

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumlauf; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitt Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).



**AUSZUG AUS DEN**  
**VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ**

**Zusammenfassende Veröffentlichungen**

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

**Bevölkerung und Erwerbstätigkeit**

**Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961

Statistische Berichte: 8 Reihen

**Unterricht und Bildung, Rechtspflege**

**Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65

Statistische Berichte: 4 Reihen

**Wahlen**

**Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" .., 11, 38, 69, 130	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963
" .., 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955

Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)

**Landwirtschaft**

**Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*	Obstbaumzählung 1951
" 61	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957
" 55	Weinbau 1950 - 1957
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159	1963, 1964, 1965

Statistische Berichte: 20 Reihen

**Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr**

**Statistik von Rheinland - Pfalz**

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

\*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz aufgeführt wurden.



## noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62	Handwerkszählung 1949, 1956
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44	Verkehrsstruktur 1950 - 1955
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128	Straßennetz am 1. Januar 1961
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 21 Reihen

## Bau- und Wohnungswesen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161	1961, 1962, 1963, 1964, 1965
" 158	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965

Statistische Berichte: 8 Reihen

## Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

## Öffentliche Sozialleistungen

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166	1962, 1963, 1964, 1965

## Öffentliche Finanzen

### Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

#### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM-Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961
" 31, 49, 146	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961
" 68, 79, 131, 154	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157	1961, 1962, 1964
" 101	Gewerbesteuer 1958

Statistische Berichte: 3 Reihen

## Preise, Löhne und Gehälter

### Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 6 Reihen

## Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*	Sozialprodukt 1950 - 1955
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

## Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962  
 Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957  
 Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966  
 Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.